

# NEUE ZEIT

OKTOBER 1980

44

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Abgeschrieben  
aus dem Bestand der Bibliothek

ABRÜSTUNG  
Unterschrift des Leiters  
WILLE DER VÖLKER



7500-7101  
BIBLIOTHEK-BEZ  
14159-44 123 678 190  
PSF-77

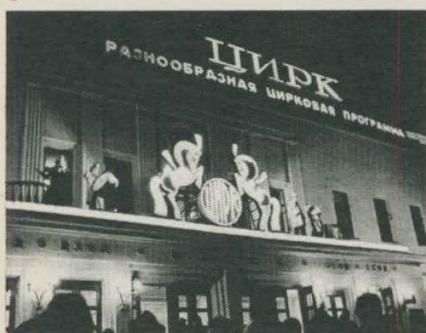
Der Zirkus... Kindern wie Erwachsenen bereitet er unvergleichliche Freude. Wenn die Lichter ausgehen, wird es ganz still und ungeduldig im Saal. Man erwartet etwas Besonderes. Die Ouvertüre erklingt, die Vorstellung beginnt. Die Artisten wechseln



Luftakrobatik  
von Tamara  
Mussina  
und Gunars  
Katkevics



Szene  
mit den Clowns  
J. Nikulin  
und M. Schujdin



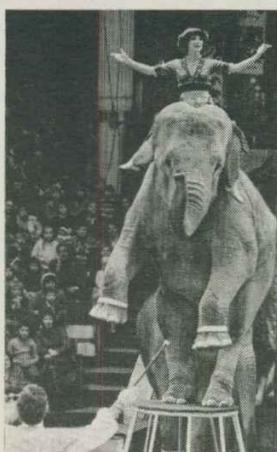
Zirkuslichter

Olga  
Denissowa  
und Sarwat  
Begbudi  
mit ihrer  
Elefantennummer

einander auf der Manege ab, die Zuschauer halten den Atem an, folgen allen Tricks der Luftakrobaten und Zauberkünstler. Die Clowns werden laut und freundlich empfangen. Jeder Auftritt der Künstler wird von stürmischem Beifall begleitet.

Der Moskauer Zirkus beginnt jetzt sein 100jähriges Jubiläum. Es ist ein Jubiläum von Traditionen und wahren Volksfesten, von wo die Zirkuskunst ihren Anfang nimmt. Aber der heutige Zirkus ist eine hohe Kunst, die an einer Fachschule speziell gelehrt wird. Die Zirkuskunst genießt großes Ansehen — ebenso wie Film und Theater.

In Rußland wurden früher die Zirkusartisten meist verachtet, und die begabten „Könige der Manege“ starben oft unbekannt und in Not. Heute haben die sowjetischen Zirkuskünstler einen hervorragenden Ruf. Oleg



Popow und Juri Nikulin sind in der ganzen Welt ein Begriff. Die Zuberbrüder Kio traten mit großem Erfolg in vielen Ländern auf. Die meisten Artisten wurden mit



Eine  
Attraktion  
unter  
Leitung  
von Anatoli  
Stezenko

Mark  
Mestetschkin,  
Haupfregisseur  
des Zirkus  
am Zwestnoi  
Boulevard,  
ist  
zufrieden



Titeln, Orden und Medaillen  
ausgezeichnet.

Jeden Abend öffnet der Moskauer Zirkus seine Pforten. Sein Jubiläum ist auch das Jubiläum der von allen geliebten Kunst, die den Menschen so viel Freude bereitet.

Aus der  
Zwischennummer  
„Lang ist's her“



Fotos: W. Achlomow  
und G. Chomsor

## AKTIONSWOCHE FÜR ABRÜSTUNG

Unbewaffnet sind sie stärker als jene, die mit den Waffen klingen, ohne formale Macht sind sie einflußreicher als Parlamente und Regierungen. Ohne offizielle Vollmachten repräsentieren sie die ganze Welt. Es sind die Friedenskämpfer, die Teilnehmer der Aktionswoche für Abrüstung, die auf Beschuß der Abrüstungssondertagung der UNO-Vollversammlung und des Weltfriedensrates durchgeführt wird.

Die Menschheit muß den Friedenskämpfern Anerkennung zollen. Sie sind ihr bewußtester und energischster Teil. Sie handeln auch für jene, die nicht auf die Straße gehen, um Frieden und Abrüstung zu fordern, für jene, die sich mit der Zuschauerrolle begnügen.

UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim erinnerte gegenüber der UNO und den Teilnehmern der Aktionswoche für Abrüstung daran, daß es jetzt darum geht, „das Überleben des Menschen- geschlechts sicherzustellen“.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden 150 bewaffnete Konflikte entfesselt, bei denen westlichen Schätzungen zufolge 25 Millionen Menschen umkamen — die Hälfte der Opfer, die der zweite Weltkrieg gefordert hatte. Doch unvorstellbar wären die Ausmaße einer thermonuklearen Katastrophe. Die Menschheit unternimmt jetzt große Anstrengungen, um Flora und Fauna für künftige Generationen zu bewahren. Diese Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn die Menschheit sich selbst zu bewahren vermag. Wenn aber das Wettrüsten nicht gezügelt und das Abgleiten in den Krieg nicht gestoppt wird, ist die Menschheit in ihrer Existenz gefährdet.

Die Lage ist ernst, und es wäre nicht richtig, die drohende Gefahr zu unterschätzen. Doch ebenso falsch wäre es zuzulassen, daß sich die Situation aussichtslos verschlechtert und ihr nicht mehr zu entrinnen ist. Die Herren des Militär-Industrie-Komplexes möchten nur zu gern, daß ihnen niemand zu widersprechen wagt. Doch das Kräfteverhältnis ist jetzt nicht auf Seiten derer, die in militärischer Macht das Maß aller Dinge sehen. Der Weltfrieden hat

Verteidiger wie die Sowjetunion, die sozialistische Ländergemeinschaft, die internationale Arbeiterbewegung, die demokratische Bewegung und die nationale Befreiungsbewegung, die nichtpaktgebundenen Länder. Die Bewegung der Friedenskräfte ist breiter und aktiver als je zuvor. Es wirkt auch ein Faktor wie die realistisch denkenden politischen Kreise kapitalistischer Staaten. Die objektive Einschätzung der Potentiale und Möglichkeiten der einander international gegenüberstehenden Kräfte zeigt, daß die reale Möglichkeit gegeben ist, die Entfesselung eines dritten Weltkrieges zu verhindern, die Entspannung zu vertiefen und sie auf den militärischen Bereich auszuweiten.

Manche Leute im Westen meinen, die USA wie die UdSSR seien gleicherweise für das Wettrüsten verantwortlich. Doch dem müssen wir entschieden widersprechen. Wer, wenn nicht die UdSSR kürzt von Jahr zu Jahr seine Rüstungsausgaben — trotz der starken Anhebung der Rüstungsausgaben in den USA und anderen NATO-Ländern, trotz der derzeitigen Spannungen? Wer, wenn nicht die UdSSR, schlägt immer neue Maßnahmen für eine Verringerung der Kriegsgefahr vor, Maßnahmen zur Zügelung des Wettrüstens? Diese Maßnahmen werden jetzt in der UNO, im Genfer Abrüstungsausschuß und bei den Wiener Truppenabbaugesprächen erörtert. Wer, wenn nicht die UdSSR, gibt der Welt ein Beispiel bei einseitigen Abrüstungsschritten, wer, wenn nicht die UdSSR, hat erklärt, jede Waffenart begrenzen, reduzieren und verbieten zu wollen?

Die Sowjetunion will nicht den Krieg, sondern den Frieden. Sie stellt nicht Konzeptionen einer militärischen Überlegenheit auf, sondern Konzeptionen der Gleichheit, nicht Doktrinen „begrenzter“ und anderer Kriege, sondern Doktrinen der Sicherheit.

In der Hauptfrage — der Frage von Frieden und Krieg hat die Sowjetunion ein reines Gewissen vor der friedliebenden Öffentlichkeit. Sie braucht ihre Friedensliebe nicht ständig zu beteuern wie die Anwärter für das Weiße Haus im Wahlkampf, in dem sie die Wähler mit ihren kriegerischen Sprüchen die Angst gelehrt haben. Der eine will sich der US-Presse zufolge als ruhigen und bedachtsamen Friedensanhänger hinstellen, der die Sicherheit seines Landes nicht aufs Spiel setzen wolle. Der andere sucht den Eindruck zu zerstreuen, sein Machtantritt lasse einen neuen Krieg wahrscheinlicher werden.

Die Aktionswoche für Abrüstung wird weitergehen. Die Friedenskämpfer werden auf die Straße gehen, werden Völker und Regierungen daran erinnern, daß die Fließbänder der Rüstungsindustrie angehalten werden müssen, und das solange, bis die Menschheit einen dauerhaften Frieden haben wird — ohne Waffen und Konflikte.

# NEUE ZEIT

## WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 44 OKTOBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMEŃSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

### IN DIESEM HEFT:

Aktionswoche für Abrüstung . . . . .	1
I. Trofimowa — Bilanz und Weichenstellung . . . . .	5
J. Gudkow — Bebenherd New York . . . . .	7
L. Besymenski — Europa in einer wichtigen Phase . . . . .	9
J. Botschkarjow — Uganda. Unruhestifter . . . . .	10
W. Dolgow — Wachsame Revolution . . . . .	11
Zu einer Konferenz in Rom . . . . .	12
R. Mussin — Gerechte Strafe . . . . .	12
W. Kusnezow — Sicherheit — zusammen mit wem! . . . . .	14
E. Kowaljow — Griechenland. Der Kampf geht weiter . . . . .	14
Notizen ◆ Glossen . . . . .	16
W. Nekrassow — Im Labyrinth der Widersprüche . . . . .	18
W. Heilemann — DDR. Für die Werktätigen (Interview) . . . . .	20
J. Dimow — „Unvoreingenommenheit“ . . . . .	21
B. Pawlow — Ein Schritt voran . . . . .	22
W. Leonidow — Expansionsprofessor . . . . .	22
W. Schelepin — Ein Staat auf fünf Inseln . . . . .	23
I. Djakonow — Nigeria. Der Riese des tropischen Afrika . . . . .	26
S. Kusmin — Eingedenk sein! . . . . .	28
Diskussion mit dem Leser . . . . .	31
PS . . . . .	32



Schluß mit dem Krieg, Schluß mit dem Wettrüsten fordern die Friedenskämpfer in aller Welt. Von Millionen Menschen wurde die UNO-Abrüstungswoche begrüßt!

Titelgestaltung: W. Koslow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP. Puschkinskaja Plostschadji

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 23. Oktober wurde die 4. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der 10. Legislaturperiode beendet. Sie verabschiedete das Gesetz „Über den Staatsplan für wirtschaftliche und soziale Entwicklung der UdSSR 1981“, das Dokument „Über den Verlauf der Erfüllung des Staatsplans für ökonomische und soziale Entwicklung der UdSSR 1980“, das Gesetz „Über den Staatshaushalt der UdSSR 1981“, das Dokument „Über die Bestätigung des Berichts über die Erfüllung des Staatshaushalts der UdSSR 1979“ sowie einige andere Gesetze und Dokumente. Die Tagung entband Alexej Kossygin auf seine Bitte von seinen Pflichten als Vorsitzender des UdSSR-Ministerrats. Namens des Politbüros des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrats der UdSSR sprach Leonid Breshnew Alexej Kossygin den herzlichen Dank für seine langjährige, große und ersprießliche Arbeit auf hohen Posten in Partei und Sowjetregierung aus. Zum Vorsitzenden des UdSSR-Ministerrats wurde Nikolai Tichonow berufen (s. S. 4, 5).

■ Am 27. Oktober traf zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch der Vorsitzende des Provisorischen Militärverwaltungsrats und der Kommission zur Organisierung der Partei der Werkfältigen Äthiopiens, Mengistu Haile Mariam, in Moskau ein. Am 27. und 28. Oktober fanden sowjetisch-äthiopische Verhandlungen statt, die sowjetischerseits von Leonid Breshnew, Nikolai Tichonow, Andrej Gromyko, Boris Ponomarjow, Nikolai Ogarkow und äthiopischerseits von Mengistu Haile Mariam und anderen Staatsmännern Äthiopiens geführt wurden. Am 27. Oktober überreichte Mengistu Haile Mariam Leonid Breshnew die höchste äthiopische Auszeichnung „Ehrenstern des Sozialistischen Äthiopien“. Am 28. Oktober kam es zu einem freundschaftlichen Gespräch zwischen Breshnew und Mariam. Am gleichen Tag überreichte Leonid Breshnew dem hohen Gast den Orden der Oktoberrevolution.

■ Am 28. Oktober wurde in Nikosia (Zypern) eine Internationale Konferenz der Solidarität mit dem anti-imperialistischen Kampf der Völker der Region des Persischen Golfs eröffnet. Leonid Breshnew richtete an die Konferenzteilnehmer eine Botschaft, in der es u. a. heißt: „Wir setzen uns für eine gerechte politische Beilegung der bewaffneten Konflikte in dieser Region und für die Verwandlung des Persischen Golfs sowie des Indischen Ozeans in eine Friedenszone ein. Alle diesbezüglichen Anstrengungen wird das sowjetische Volk stets aktiv unterstützen.“



Während der sowjetisch-äthiopischen Verhandlungen

Foto: W. Mussaeljan (TASS)

Vom 22. bis 26. Oktober hielt sich das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU Andrej Kirilenko zu einem Freundschaftsbesuch in der CSSR auf. Er wurde am 22. Oktober vom Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsidenten der CSSR Gustáv Husák empfangen. In Bratislava und Pilzen gab es Kundgebungen der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft.

Vom 23. bis 25. Oktober fand in Moskau die 97. Tagung des RGW-Exekutivkomitees statt. Dabei wurden Fragen der Entwicklung und Vertiefung der Kooperation und Spezialisierung der Produktion besprochen und zusätzliche Maßnahmen zur Durchsetzung einer multilateralen Koordinierung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklungspolitik der wichtigsten verwandten Produktionszweige festgelegt. Ferner befaßte man sich mit der Information über die Vorbereitung eines gemeinsamen Abkommensentwurfs zwischen dem RGW und der EG. Es wurde festgestellt, daß die konstruktiven Vorschläge des RGW seitens der EG keinen Widerhall gefunden haben.

Am 24. Oktober beging die Weltöffentlichkeit den Tag der Vereinten Nationen. Seit Inkrafttreten der UNO-Charta waren 35 Jahre vergangen. Dem Tag der UNO und der UNO-Abbrüstungswoche galt eine Versammlung der Öffentlichkeit am 24. Oktober in Moskau. Auf der Versammlung wurde eine Botschaft des UNO-Generalsekretärs Waldheim verlesen. Die Teilnehmer richteten an den UNO-Generalsekretär eine Adresse, in der sie ihre

Besorgnis zum Ausdruck bringen, daß die Gefahr eines Krieges, darunter unter Einsatz von Massenvernichtungswaffen, noch nicht beseitigt ist.

Auf der 21. Tagung der UNESCO-Generalkonferenz in Belgrad wurde eine Resolution „Die Rolle der UNESCO bei der öffentlichen Meinungsbildung für die Einstellung des Wettrüstens und den Übergang zur Abrüstung“ angenommen, deren Entwurf die UdSSR eingebracht hatte. Polen legte eine Resolution über den Beitrag der UNESCO zum Frieden und die Aufgaben zur Verwirklichung der Menschenrechte sowie zur Beseitigung von Kolonialismus und Rassismus vor.

In Wien fand eine geschlossene Plenarsitzung der Truppen- und Rüstungsabbaugespräche für Mitteleuropa statt.

In Genf schloß die Sitzung der ständigen sowjetisch-amerikanischen Konzultativkommission, die 1972 zur Förderung der Ziele und Punkte des Vertrags über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme und eines zeitweiligen Abkommens über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der

Begrenzung der strategischen Offensivwaffen geschaffen worden war, die am 26. Mai 1972 zwischen der UdSSR und den USA geschlossen wurden, sowie des Abkommens über Maßnahmen zur Minderung der Gefahr eines Kernkrieges, das die beiden Länder am 30. September 1971 geschlossen hatten.

Am 21. Oktober kam es in Genf zu einer Begegnung der Delegationen der UdSSR und der USA bei den Verhandlungen über die Reduzierung der Kernwaffen in Europa.

Vom 22. bis 24. Oktober hielt sich der Generalsekretär der Rumänischen KP und Präsident der SRR Nicolae Ceaușescu zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Jugoslawien auf.

Die ständige Vertretung der DDR in der BRD protestierte entschieden gegen eine erneute Verletzung des Luftraums der DDR. Einer ADN-Meldung zufolge verletzte am 22. Oktober ein Flugzeug der BRD den Grenzluft Raum im Bezirk Erfurt, setzte den Flug im Luftraum der DDR fort und wurde zur Landung gezwungen.

Die herrschenden Kreise Chinas heizten die Spannungen an der vietnamesisch-chinesischen Grenze an und aktivieren bewaffnete Provokationen gegen die SRV. VIA meldet, zwischen dem 15. und dem 19. Oktober seien zahlreiche Gruppen chinesischer Soldaten in die vietnamesischen Provinzen Ha Tuyen, Cao Bang, Lang Son und Quang Ninh eingedrungen und hätten das Feuer auf friedliche Ortschaften eröffnet, wobei Wirtschaftsgebäude und Saaten vernichtet wurden. In dieser Zeit beschoss die chinesische Artillerie auch mehrmals verschiedene vietnamesische Gebiete.

Der Revolutionäre Volksrat Kampuchea hat die auf der UNO-Generalversammlung gefaßte Resolution über „Die Lage in Kampuchea“ entschieden zurückgewiesen, da er sie als illegitim und nicht der realen Lage im Lande entsprechend betrachtet. Die Resolution wurde als ungerechtfertigt sowie als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates ebenfalls von der Regierung Vietnams zurückgewiesen.

# Nikolai Alexandrowitsch TICHONOW

Vorsitzender des UdSSR-Ministerrats,  
Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU,



N. A. Tichonow wurde 1905 geboren und ist seit 1940 Mitglied der KPdSU. Seine Arbeitstätigkeit begann er 1924 als zweiter Lokführer. Nach Absolvierung des Eisenhütteninstituts von Dnepropetrowsk

war er seit 1930 Ingenieur, Abteilungsleiter, Chefingenieur und Werkdirektor. Er hatte verschiedene Leitungsposten im Ministerium für E-Metallurgie der UdSSR — Chef der Hauptverwaltung des Ministeriums, stellvertretender Minister — inne. 1957 leitete er den Volkswirtschaftsrat in Dnepropetrowsk. Seit 1960 ist er stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Wirtschaftsrats der UdSSR, Minister der UdSSR, seit 1963 stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, Minister der UdSSR. Seit 1965 stellvertretender Vorsitzender des UdSSR-Ministerrats, seit 1976 erster stellvertretender Vorsitzender des UdSSR-Ministerrats. 1978 wird er Kandidat des Politbüros des ZK des KPdSU, 1979 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU.

Tichonow ist Held der Sozialistischen Arbeit, Staatspreisträger, Doktor der technischen Wissenschaften.

In mehreren Legislaturperioden war er Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR.

■ In der Vorwoche dauerten die Kampfhandlungen zwischen Iran und Irak an. Der Konflikt wurde vom UNO-Sicherheitsrat diskutiert.

■ In der Bucht von Oman, nahe Iran, begannen gemeinsame amerikanisch-britische Flotten- und Luftwaffenmanöver, die bis zum 4. November, dem Tag der Präsidentschaftswahlen in den USA, andauern sollen. An ihnen beteiligen sich 25 Kriegsschiffe, 170 Flugzeuge sowie 18 000 Militärangehörige. Insgesamt sind im Persischen Golf mehr als 60 Kriegsschiffe der USA und ihrer Verbündeten konzentriert.

■ Ein Führer der Christlichen Volkspartei, Wilfried Martens, bildete am 22. Oktober die neue, 34. Nachkriegsregierung Belgiens. Ihr gehören Vertreter von vier Parteien an: der beiden Sozialistischen (frankophone und flämische), der Christlich-Sozialen und der Christlichen Volkspartei.

■ Am 22. Oktober kam es in Brüssel zu einer 100 000köpfigen antifaschistischen Demonstration. Ihre Teilnehmer waren Kommunisten, Sozialisten und Christlich-Soziale — Parteiführer, Minister, Par-

lamentarier, Vertreter der Gewerkschaften, der Jugend- und Frauenorganisationen sowie der Kirche.

■ In London fand am 26. Oktober eine Protestdemonstration gegen die Pläne zur Stationierung von Flügelraketen in Großbritannien und gegen die Trident-Raketen statt.

■ Das griechische Parlament debattierte vom 22.—24. Oktober die Rückkehr des Landes in die Militärorganisation der NATO (s. S. 14).

■ Am 22. Oktober setzte die israelische Luftwaffe die südlichen Randgebiete Beiruts, die Räume Borj al-Barajne, Doha, Ain-Drafil, Djur-Bshemun, Deir-Naame, Dakkun sowie die Stadt Damur Bombenangriffen und Raketenbeschuss aus.

■ Am 26. Oktober wurde in Beirut die Zusammensetzung der neuen libanesischen Regierung unter Shafik Wazzan bekanntgegeben. Sie löste das im Juli zurückgetretene Kabinett Hoss'ab.

■ In Preforia wurden die Verhandlungen zwischen einer UNO-Mission und der RSA-Regierung über die Unabhängigkeit Namibias abgebrochen.

## NZ POST

In der NZ habe ich gelesen, daß die imperialistischen Mächte gleich nach dem zweiten Weltkrieg unter Berufung auf eine „sowjetische Bedrohung“ einen Angriff auf die UdSSR geplant haben. Noch immer wollen sie mit ihrer Lüge ihre Kriegsvorbereitungen rechtfertigen. Die NATO-Staaten sind über die Erfolge der Friedenskräfte und über die Siege der jungen Staaten im Kampf um ihre Unabhängigkeit erschrocken, dieser Staaten, denen die große Heimat des proletarischen Internationalismus moralische, politische und materielle Hilfe leistet.

Armindo MADEIRA MOATI  
Uambo, Angola

Die USA besitzen unumstößliche Angaben über die Verbrechen des Pol-Pot-Regimes, eines der blutigsten, die die Geschichte der Menschheit kennt. Es hat fast die Hälfte der Landesbevölkerung ausgerottet. Das war schlimmster Völkermord, und Völkermord ist ja in völkerrechtlichen Dokumenten als Schwerverbrechen qualifiziert. Und da unterstützen der US-Vertreter und die einiger anderer Länder in der UNO die Anmaßung einer Pol-Pot-Kreatur, einen Platz in der UNO einzunehmen! Das ist Falschheit in höchster Potenz.

A. KRASNOW  
Bjisk, Region Altai, RSFSR

Unlängst las ich in der „New York Times“ einen Artikel von Flora Lewis über Moskaus Olympiade 1980. Das war eine unflätige Schimpferei auf die Veranstalter der Spiele. Die australische Presse brachte auch viel Derartiges. Damit hatten unsere Behörden unsere Olympioniken von der Reise nach Moskau abhalten wollen. Unsere Sportler beschlossen aber anders und wurden von der Arbeiterbewegung unterstützt. An der Olympiade haben Australier teilgenommen. Wir Fans aber haben uns dank der Livesendungen des australischen Fernsehens (7. Kanal) davon überzeugen können, wie falsch manche Meldungen unserer Presse waren. Ich finde, die Moskauer Olympiade war die schönste der neuzeitlichen Geschichte.

Jack BOOTH  
West Dubbo, Australien

# BILANZ UND WEICHENSTELLUNG

Jene besondere Atmosphäre des Nachdenkens über die Zukunft des Landes, der Aufstellung neuer Pläne und der engagierten Suche nach Lösungen für die herangereiften Probleme, in der die Parteitage der sowjetischen Kommunisten stets vorbereitet werden, ist jetzt in allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft spürbar. Gerade erst trat das Plenum des ZK der KPdSU zusammen, das am Vorabend der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR stattfand, um den Entwurf für den Plan und den Haushalt für 1981 zu behandeln. Doch das Plenum ging weiter. In seiner Rede sprach Leonid Breshnew davon, wo unser Land in diesem Jahr, gegen Ende des 10. Planjahrfünfts, steht. Auf die Wirtschaftsbereiche, in denen nicht alles klappt, wurde besonders verwiesen. Das Herangehen der Partei an die gesamte Wirtschaftstätigkeit wurde in den Hauptzügen formuliert, und das ist besonders wichtig, da die Vorbereitung des neuen Fünfjahrsplans auf vollen Touren läuft.

Die UdSSR tritt mit einem starken Wirtschaftspotential in die 80er Jahre. Im 10. Planjahrfünft wurden mehr als 1200 industrielle Großbetriebe fertiggestellt, u. a. nicht wenige Objekte, die den höchsten technologischen Anforderungen gerecht werden. Die Erfolge Westsibiriens, wo sich im Planjahrfünft die Ölförderung mehr als verdoppelt hat und die Gasförderung fast auf das 4,5fache gestiegen ist, verdienen besondere Beachtung.

Die Durchschnittsgetreideernte lag im 10. Planjahrfünft erstmals bei mehr als 200 Mio t. Kasachstan hat zum viertenmal in diesem Zeitraum über 16,38 Md. kg Getreide an den Staat verkauft.

Die Realeinkünfte der sowjetischen Menschen sind gestiegen. Die Erhöhung der Leistungen aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds hat die wirtschaftliche Grundlage der verfassungsmäßigen Rechte der sowjetischen Menschen auf kostenlose Bildung, medizinische Betreuung, Erholung und materielle Sicherheit im Alter erweitert. In den Wohnungsbau wurden 1,5 Md. Rubel mehr investiert als im Fünfjahrplan vorgesehen.

Von den ungelösten Problemen war auf dem Plenum offen, wie es Kommunisten ansteht, die Rede. Viele Schwierigkeiten erklärten sich dadurch, daß nur zwei Jahre — 1976

und 1978 — dieses Zeitraums für die Landwirtschaft günstig und die drei anderen Jahre nicht leicht waren. Die Ausschöpfung eines Teils der alten Bodenschätzvorkommen sowie die Verlegung der Hauptzentren der extraktiven Industrie in den Osten und den Norden riefen spezielle Schwierigkeiten hervor. Hinzu kamen Mängel in der Arbeit. Einstweilen ist es noch nicht gelungen, den Mechanismus der Leitung und Planung, die Methoden der Wirtschaftsführung und die Arbeitsdisziplin auf den Stand der heutigen Anforderungen zu heben. Das hat die Effektivität, die intensive Entwicklung der Volkswirtschaft erschwert. Doch insgesamt wurde für die 80er Jahre eine nicht schlechte Ausgangsbasis bereitet.

Was soll der weiteren sozialökonomischen Entwicklung des Sowjetstaates zugrunde liegen? Darauf antwortete Leonid Breshnew, als er bei einigen allgemeinen Fragen verweilte, die in direktem Zusammenhang mit der Wirtschaftstätigkeit im kommenden Jahr und im 11. Planjahrfünft stehen: „Ein Gespräch über diese Fragen würde ich nicht beim Metall, nicht beim Verkehrswesen und nicht einmal bei Brennstoffen und Energie — bei all ihrer enormen Bedeutung — beginnen, sondern bei den Fragen, von deren Lösung die Lebensbedingungen der sowjetischen Menschen am unmittelbarsten abhängen. Ich meine, daß gerade das das parteilichste Herangehen ist, wenn die Sorge für das Wohl des Volkes in den Mittelpunkt gestellt wird.“ Das zunehmende Lebensniveau des Volkes hängt weitgehend von einer verbesserten Lebensmittelversorgung des Landes ab. Diese Aufgabe steht jetzt im Vordergrund. So hat sich die Führung der Partei entschlossen, ein Nahrungsmittelprogramm zu erarbeiten. An was wird dabei gedacht?

Beginnen wir damit, daß das Nahrungsmittelproblem zu jenen globalen Fragen gehört, die große Besorgnis in der heutigen Welt hervorrufen. Die bürgerlichen Soziologen verbinden das mit der „Bevölkerungsexplosion“. Ja, die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung kompliziert das ganze wesentlich. UNO-Demographen gehen davon aus, daß gegen Anfang des 21. Jahrhunderts 1,3 Milliarden Menschen in den Industriestaaten und 5 Milliarden in den Entwicklungsländern leben werden. Um

die Erdbevölkerung zu ernähren, muß die Nahrungsmittelproduktion zumindest verdoppelt werden. Unterstes kann nach Angaben von Iwan Frolow, korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR, das Eiweißdefizit bereits in diesem Jahr 10 Mio t erreichen und sich bis zum Jahre 2000 verdoppeln.

Besonders akut ist dieses Problem in vielen Entwicklungsländern. Es gibt „Armutszonen“, wo Millionen Menschen, darunter Kinder, verhungern. Doch schuld daran ist nicht die „Bevölkerungsexplosion“. Die Wurzel des Übels ist vielmehr im sozialökonomischen Bereich zu suchen. Die Marxisten sehen sie in den schwerwiegenden Disproportionen der wirtschaftlichen Entwicklung, in der Konservierung überlebter sozialer Verhältnisse, im unzureichenden Entwicklungsstand der Produktivkräfte und in der Orientierung eines Teils der Entwicklungsländer auf die Reproduktion der kapitalistischen Infrastruktur.

Unzählige Menschen auch in den westlichen Industriestaaten ernähren sich schlecht. Die Ursachen dafür sind andere, doch auch sie sind sozialökonomischer Natur. Es ist eine Gesellschaft, in der die einen auf Kosten der Arbeit der anderen leben, ein System, das Arbeitslose hervorbringt und den Volkswohlstand dem Rüstungsmoloch opfert.

Die Gründe, die die Führung unserer Partei das Nahrungsmittelprogramm haben ausarbeiten lassen, sind also ganz andere als die für das globale Nahrungsmittelproblem. Und sein Wesen ist bei uns ein anderes. Selbst jene, die der Haß auf die Sowjetunion blind gemacht hat, würden nicht zu behaupten wagen, bei uns hungerten Menschen. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Nahrungsmitteln in der UdSSR nimmt zu, doch haben wir Schwierigkeiten bei der Fleisch- und Milchversorgung von Städten und Industriezentren nicht vermeiden können. Wie „Daily World“ (USA) zu Recht konstatierte, gibt es auch in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern spezifische Probleme. Doch diese Probleme, unterstreicht die Zeitung der amerikanischen Werktätigen, können anders als die unheilbaren Krisen des kapitalistischen Systems gelöst werden.

Die UdSSR hat Erfahrungen bei der Verwirklichung von Großpro-

jetten gesammelt. Erinnern wir uns an den GOELRO-Plan für die Elektrifizierung des Landes und an die Neulanderschließung. In diese Reihe gehört auch das Nahrungsmittelprogramm. In seiner Rede auf dem Plenum legte Leonid Breschnew sein Wesen dar. Das Programm soll Perspektiven der Landwirtschaft und der für sie arbeitenden Industriezweige, des Aufkaufs, der Lagerung, des Transports und der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, Fra-

den berücksichtigt, die Etatausgaben für eine verbesserte Ernährung in Kinderheimen, Internaten usw. anzuheben.

Wie sieht der Plan für 1981 in Zahlen aus?

Das Nationaleinkommen soll gegenüber 1980 um 3,4% oder um 15 Md. Rubel steigen. Das wird die Grundlage für die Vergrößerung der Realeinkünfte der Bevölkerung sein, für umfangreiche Investitionsvorhaben.

Die Industrieproduktion soll um 4,1% gesteigert werden. Vor allem ist die Brennstoff- und Energiebasis weiter zu verbessern. Eine große Zukunft hat Westsibirien. Die Erschließung seiner überaus reichen Ressourcen soll 1981 mehr als die Hälfte des gesamten Öl- und 42% des Erdgasauflieferungsmens decken. Größere Gaslieferungen könnten auch die Nachfrage in den sozialistischen Ländern umfassender befriedigen. Deshalb wurde jetzt die Frage aufgeworfen, ein Komplexprogramm für die Entwicklung der Öl- und Gasindustrie Westsibiriens zu erarbeiten.

Doch wie reich die Lagerstätten in unserem Lande auch sein mögen, so müssen sie doch rationell genutzt werden. In der Energiewirtschaft wird das Schwergewicht auf den Bau von Atom- und Wasserkraftwerken gelegt. Auch nach neuen Energiequellen wird gesucht. Sonnen-, Wind- und Gezeitenenergie, Geothermalwärme und Temperaturschwankungen des Weltmeeres können unerschöpfliche Energieträger werden.

Das Industriepotential der UdSSR wird immer umfassender für den Aufschwung der Landwirtschaft eingesetzt. Die Zunahme der Agrarproduktion wollen wir vor allem durch die Steigerung der Ergiebigkeit der Nutzpflanzen, durch höhere Produktivität der Vieh- und Geflügelhaltung, durch die Entwicklung von Melioration und Chemisierung sowie durch bessere Arbeitsorganisation erreichen. Auch hier kämpfen wir für die Intensivierung der Produktion. Ferner sollen die Nebenwirtschaften von Kolchosbauern, Arbeitern und Angestellten gefördert werden.

Die Zunahme der Ressourcen wird es ermöglichen, das reale Pro-Kopf-Einkommen der Werktätigen um 2,9% anzuheben. Das durchschnittliche Monatseinkommen der Arbei-

ter und Angestellten wird auf 171 Rubel (um 1,8%) und die Arbeitsvergütung der Kolchosbauern auf 123 Rubel (um 4,1%) steigen. Die gesellschaftlichen Konsumfonds werden zunehmen. Mehr Wohnhäuser als in diesem Jahr sollen entstehen: Wieder werden mehr als 10 Millionen Menschen ihre Wohnbedingungen verbessern.

Die sowjetischen Pläne sind auch für das kommende Jahr Bestandteil des großen Aufbauwerks. Das wird durch den Abbau der Rüstungsausgaben unterstrichen. 1980 wurden für Verteidigungszwecke 17,1 Md. Rubel und für 1981 — 17,05 Md. Rubel bewilligt. Die Verteidigungsausgaben belaufen sich auf 5,7% des Gesamthaushalts. Man vergleiche diese Zahl mit jenen 25 Prozent, die im US-Staatshaushalt 1981 für die Rüstung angesetzt sind, und der grundsätzliche Unterschied unserer Doktrinen wird deutlich.

Wir denken nur an unsere Verteidigung. Der UdSSR ist Expansionsstreben fremd. Das ist für jeden unvoreingenommenen Beobachter verständlich. Allein die Tatsache, daß die Sowjetunion enorme Mittel für das große Aufbauwerk bereitstellt, zeigt, wie haltlos die Behauptungen jener sind, die von „Aggressionsgelüsten“ der UdSSR sprechen, konstatierte Armand Hammer, ein namhafter Vertreter der amerikanischen Geschäftswelt.

Die Streitkräfte der Sowjetunion sollen die friedliche Arbeit der sowjetischen Menschen, die Souveränität und die territoriale Integrität des Sowjetstaates schützen. Und wir geben für die Verteidigung genau so viel aus, wie für die Sicherheit des Landes nötig — nicht weniger, doch auch nicht mehr.

Außenpolitische Fragen wurden auf dem Plenum und auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR nicht direkt behandelt. Wie Leonid Breschnew bemerkte, ist in den gefaßten Beschlüssen zweifelsohne der Außenpolitische Aspekt zugegen. Da die Sowjetunion alles für die Hebung des Volkswohlstandes tun will, ist sie folglich an günstigen äußeren Voraussetzungen interessiert, d. h. an Entspannung, Abrüstung und am Ausbau der Außenwirtschaftsbeziehungen. Eine bestimmte Innenpolitik diktiert auch die entsprechende Außenpolitik. Die Sowjetunion verfolgt unbeirrt den Kurs auf die Bewahrung von Frieden und Sicherheit der Völker, indem sie alle Länder auffordert, für dieses höchste Ziel zusammenzuarbeiten.

I. TROFIMOWA

„NEUE ZEIT“

44.80



Abgeordnete des Obersten Sowjets der UdSSR in einer Beratungspause

Foto: V. Tokarew

gen der Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie und des Lebensmittelhandels zusammenfassen. Dieser agrarindustrielle Komplex soll einheitlich geplant, finanziert und geleitet werden und hohe Endresultate bringen.

Ebendieses parteilichste Herangehen, um es mit Leonid Breschnews Worten zu sagen, wurde dem Plan für die sozialökonomische Entwicklung der UdSSR für 1981 zugrunde gelegt. Vor allem geht es dabei um die Sorge für das Volkswohl. Im neuen Plan wird der Schwerpunkt auf große Fortschritte in der Konsumgüterproduktion, bei der Verbesserung der Dienstleistungen gelegt.

Ferner soll die wirtschaftliche Effektivität angehoben werden. Beides ist miteinander verbunden. Es liegt auf der Hand, daß ohne eine größere Effektivität der Volkswirtschaft der Wohlstand der sowjetischen Menschen nicht angehoben werden kann.

Die endgültige Fassung des Plans wurde in der Debatte geboren. Der Vorschlag der ständigen Ausschüsse beider Kammern wurde angenommen, die Produktion und den Verkauf einzelner Konsumgüter zu steigern. Auch Erwägungen der Ministerräte der Unionsrepubliken wur-

# BEBENHERD NEW YORK

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Der lange Sommer in New York hat plötzlich mit Stürmen aus dem Nordwesten ein Ende genommen. Der UNO-Platz zwischen der 1. Avenue in Höhe der 40. Straßen und dem East River ist klein, aber hier tobt sich manchmal der Sturm besonders aus, als erreiche er hier seinen Höhepunkt.

Nun ja, die Launen des New-Yorker Herbstwetters haben nichts mit den bisweilen turbulenten Vorgängen im Hauptquartier der größten und angesehensten Weltorganisation zu tun, aber es stellt sich eine Gedankenverbindung mit den ebenfalls krassen und ungünstigen Veränderungen des weltpolitischen Klimas ein. Diese vergehen nicht von selbst nach ein paar Tagen und wirken sich auf die Tätigkeit der UNO direkt aus.

In New York ist das kein abstrakter Begriff, die Situation in der Stadt selbst hat sich allzu merklich verändert. In den 35 Jahren, die die UNO besteht, hat sich New York öfter Kritiken zugezogen. Doch in den letzten Monaten geht es nicht mehr um fehlende Respektierung der Gastfreundschaft. Viele Delegationen in der UNO haben in aller Form Protest gegen Explosions in den Gebäuden ihrer Vertretungen, gegen Brandstiftungen, Vandalenakte, Überfälle auf Diplomaten und Terrordrohungen eingelegt. Eine starke Explosion wurde vor der sowjetischen Vertretung ausgelöst, dreimal erschütterten Explosions die kubanische Mission. Zu den jüngsten derartigen Geschehnissen zählen die Explosion am Eingang zur türkischen Vertretung und der Mord, der am hellen Tage an einem Mitglied der kubanischen Mission verübt worden ist. Die Schuldigen werden meistens nicht ermittelt und gehen straflos aus.

Es ist kaum vorstellbar, daß diese Gewaltausbrüche nichts mit den Wandlungen in der Außenpolitik der USA zu tun haben sollen, die nicht nur von Brandreden, sondern auch von einer jähnen Zunahme des Antikommunismus und von der Verbreitung ausgesprochen chauvinistischer Stimmungen begleitet sind.

Allerdings muß man sagen, daß in der Schlußphase des Wahlkampfes sowohl Carter als auch Reagan plötzlich einen anderen Ton angeschlagen und über den Frieden zu reden begonnen haben. In einer viertelstündigen Rundfunkrede er-

klärte Carter: „Der Frieden ist meine Passion, meine Verheißung.“

Zugleich sagte er, er wolle sich um die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags im Senat gleich nach den Wahlen bemühen. Am selben Tag sprach Reagan eine halbe Stunde im Fernsehen und erklärte ebenso kategorisch: „Ich stecke mir das Ziel, die Rüstungseinschränkung anzukurbeln. Ich werde meine Energie für einen Abbau der verheerenden Kernwaffen aufbieten.“

Jetzt bereut Reagan vielleicht, daß er den SALT-II-Vertrag öffentlich abgelehnt hat, denn so kurz vor den Wahlen könnte dieser im Wahlkampf ein Schwerpunkt sein. Das stellt laut „New York Times“ eine „große Wendung im politischen Leben der USA dar“. Carter macht es sich geschickt zunutze, daß sein Rivale gegen den Vertrag opponiert hat, um schwankende Wähler zu gewinnen.

Eine politische Inkonsistenz, der Wunsch, sich mit den Rechten zu vertragen, und das kurz-sichtige Jagen nach konjunkturbedingten Vorteilen haben die Ratifizierung über ein Jahr aufgehalten und stärken keineswegs den Glauben an einen letztlichen Erfolg dieses „Prozesses“. Der Ölzeig, den jetzt der Kandidat Carter schwingt, hat nicht viel weniger militaristische Dornen als derjenige Reagans.

In der 35. UNO-Vollversammlung sagte Staatssekretär Muskie, es sei „Pflicht der Nation, die Rüstungen zu kontrollieren und abzubauen. Die verstärkten Spannungen in der Welt machen diese Pflicht schwerer erfüllbar, aber zugleich dringlicher.“

Das wird niemand bestreiten. Der Staatssekretär hat aber nicht nur das geäußert. Buchstäblich einen Tag vor seiner Rede in der UNO hielt er eine im Auswärtigen Ausschuß des Stadtrats von Pittsburgh. Darin sagte er: „Seit der Vereidigung Carters sind die militärischen Aufwendungen im Laufe der vier Jahre gestiegen, insgesamt um 10% unter Berücksichtigung der Inflation. Soll-

te das Fünfjahresprogramm des Präsidenten ausgeführt werden, so wird der reale Zuwachs der militärischen Aufwendungen im Jahre 1985 über 27% ausmachen. Diesem Programm zufolge sollen für Rüstungen bis 1985 über 1 Billion Dollar ausgeben werden.“ Wie läßt sich das mit der „Pflicht der Nation“ vereinbaren?

„Friedenssehnsucht“ fällt die amerikanischen Politiker an, wenn sie vor Wahlen den Wählern gegenüberstehen oder sich in der UNO Vertretern der Weltöffentlichkeit stellen müssen. Das zeigt nochmals, wie unpopulär der Kurs auf das Wettrüsten ist und daß die Entrüstung darüber immer größer wird. „Ich will in einem friedlichen Land leben, in einem Land, das nicht meint, die ganze Welt verteidigen zu müssen“, erklärte die 34jährige Ivy Zahn aus Colorado einem Korrespondenten der „New York Times“.



Gegen das Wettrüsten, gegen Kürzungen der Sozialausgaben protestieren diese jungen Amerikaner. „Die Erde braucht den Frieden“, steht auf einem Plakat der Teilnehmer der Antikriegsmanifestation.

Foto: TASS

Die US-Presse mag die UNO nicht, seitdem die USA, da die Zahl der unabhängigen Staaten zugenommen hat, die automatische Mehrheit eingebüßt haben, und übergeht bestensfalls die Vorgänge in der UNO mit Schweigen. Immer wieder äußern die größten Blätter Zweifel, ob das Bestehen der UNO noch zweckmäßig sei. Sie rufen dazu auf, der Organisation andere Ziele und Aufgaben zu geben, ja sogar zum Austritt aus ihr. Um so frappanter war das Ergebnis einer kürzlichen Umfrage: Zwei Drittel der befragten Amerikaner sind für eine regere Beteiligung ihres Lan-

des an der Tätigkeit der UNO, um die Kriegsgefahr zu verringern und weltpolitische Probleme zu lösen. Das kann nicht unberücksichtigt bleiben, und die US-Politiker beschwichtigen ihre Landsleute mit „friedlichen“ Beteuerungen. Ihr Tun aber erweckt Besorgnis.

Hier nur einige Fakten, die wiederholt auch in der Vollversammlung und in den Arbeitsausschüssen angeführt wurden:

— Im Mai 1978, während der UNO-Sondertagung für Abrüstung, beschlossen die NATO-Partner bei einem Treffen in Washington, die militärischen Aufwendungen jedes Jahr automatisch zu erhöhen;

— im Dezember 1979 wurde der Plan angenommen, in Westeuropa neue nukleare Mittelstreckenraketen zu stationieren;

— einen Monat danach meldete Washington sein „Recht“ an, bewaffnet in die Angelegenheiten anderer Länder einzugreifen, um seine „Lebensinteressen“ zu wahren, und nahm darauf eine Richtlinie an, laut der ein „langwieriger, aber begrenzter“ Kernkrieg möglich sein soll. Damit ist die Kernwaffe offiziell zur Angriffswaffe gemacht worden;

— die Kriegsmarine des Westens im Indik und im Persischen Golf wird rasch verstärkt. Jetzt zählt die „alliierte Flotte“ 60 Schiffe, davon 32 amerikanische. In der hiesigen Presse wird vermutet, daß auf der Basis der NATO eine Stabsgruppe zur Leitung von Operationen im Weltmeer gebildet wird. Zugleich spannen die USA das Netz ihrer Stützpunkte im Ausland in Eile weiter aus und bemühen sich um neue Bündnisse und Blöcke;

— die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags ist auf Eis gelegt worden. Sie ist aber nicht nur an sich wichtig, weil sie für die nuklearen strategischen Kräfte eine Höchstgrenze festsetzt und erstmalig zu ihrem praktischen Abbau führt, sondern dient auch als Grundlage für weitere Vereinbarungen. Eine Gefährdung der Ratifizierung gefährdet zugleich die Verhandlungen über die Kernwaffen.

Die Wendung zum Aufheizen der Spannung, die Washington in der Hoffnung ausgeführt hat, das Kräftegleichgewicht, wie es jetzt ist, verlagern zu können, setzte nicht erst heute und auch nicht gestern ein. Sie röhrt von Berechnungen auf weite Sicht her. Das erkennt man deutlich an dem untauglichen Versuch der Delegierten der USA und einiger anderer westlicher Länder in der UNO, die Verschlechterung der internationalen Lage mit den Vorgängen in Afghanistan erklären zu wollen. Sie vertauschen vorsätzlich

die Ursache und die Folge.

Am 24. Oktober war es genau 35 Jahre her, daß die UNO-Charta in Kraft trat. Die Jubiläumstagung verläuft aber unter schwierigen Verhältnissen, und die UNO, die jetzt über 150 Mitglieder hat, muß mehr denn je der Hauptforderung aus ihrer Charta entsprechen, „die kommenden Generationen für alle Zeiten vor Kriegsschrecken zu bewahren“. Deshalb gewinnt die von der UdSSR eingebrachte Frage „Über einige dringliche Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr“, die auf der Tagesordnung der Vollversammlung den Schwerpunkt bildet, ganz besondere Bedeutung. Daß sie aktuell ist, wurde in der politischen Generaldebatte bekräftigt, bei der der sowjetische Vorschlag Resonanz gefunden hat. Davon zeugen auch die Diskussionsbeiträge der Delegationen im ersten Ausschuß, der am 16. Oktober zusammengetreten ist.

Dort erklärte der Vertreter der UdSSR: „Die Befolgung der sowjetischen Vorschläge ist das wenigste, was man unverzüglich tun muß, um das Wettrüsten abzubremsen, um zu verhüten, daß die Welt wieder in einen kalten Krieg hineinschlittert, und die Gefahr eines Kernkonflikts abzuwenden.“ Der Punkt „über einige dringliche Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr“ hängt unlösbar mit dem gesamten Abrüstungsprogramm zusammen, das in dem Memorandum „Für Frieden und Abrüstung, für internationale Sicherheitsgarantien“ summiert ist, welches die sowjetische Delegation der 35. UNO-Vollversammlung unterbreitet hat.

In der Vollversammlung erklärte der sowjetische Chefdelegierte, Andrej Gromyko: „Für Frieden und Entspannung wäre es ungemein wichtig, daß die Staaten einen Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen vereinbaren würden.“ Die UdSSR hatte schon 1976 vorgeschlagen, einen globalen Gewaltverzichtsvertrag abzufassen und zu schließen. Die Vollversammlung stimmte zu. Aber bis jetzt ist die dafür gebildete Kommission größtenteils nicht vom Fleck gekommen. Die Delegation der USA hat die Teilnahme überhaupt abgelehnt, und die Delegationen einiger anderer Länder haben bei der Arbeit mehr gestört als geholfen. Ihr „Hauptargument“ ist, daß sich die Forderung nach Gewaltverzicht in der UNO-Charta vorfindet, falls der Vertrag der Charta gegenüber etwas Neues enthielte, würde er schädlich sein, falls er aber nichts Neues hinzufüge, wäre er nutzlos. Ein — gelinde gesagt — sonderbares Argument! Der

Vertrag soll ja die Forderungen aus der UNO-Charta dadurch effektiver machen, daß er konkretere Verpflichtungen der Staaten enthalten soll. Viele Bestimmungen aus der Charta sind ja schon durch detaillierte internationale Abkommen erhärtet.

Die Stellungnahme des Westens läßt nicht das Bestreben erkennen, die Charta „reinzuhalten“, sondern den Wunsch, sich freie Hand für eine Politik zu verschaffen, die deren Forderungen zuwiderliefe. Für Washington ist so ein Vertrag gleichbedeutend mit einer Verurteilung der Einmischungsdoktrin, für deren Verwirklichung schon die bewußte Eingreiftruppe aufgestellt worden ist. Dieser Vertrag wäre für Peking „unangenehm“, das in den 70er Jahren zweimal losschlug: 1974, als China die Paracel-Inseln besetzte, und 1979, bei der Aggression gegen Vietnam. Und heute droht Peking erneut.

Indessen hat der Ausschuß, in dem über den Vertrag debattiert wird, gleich zu Anfang seiner Tätigkeit einen erheblichen Fortschritt konstatiert. Davon zeugt ein Dokument, das 10 nichtpaktgebundene Länder eingereicht haben. Die Debatte darüber hat ergeben, daß die meisten Delegationen damit einverstanden sind und die neue Initiative als wichtig und zeitgemäß guthießen. Das Dokument hat viel mit dem sowjetischen Projekt gemein, so daß eine gute Grundlage für die weitere Diskussion gegeben ist. Die UdSSR ist zu praktischen Schritten an allen Abschnitten des Kampfes für eine Begrenzung und Einstellung des Wettrüstens bereit, wovon das Memorandum „Für Frieden und Abrüstung, für internationale Sicherheitsgarantien“ eindeutig zeugt. Dieser Standpunkt ist detailliert im ersten Ausschuß dargelegt worden.

Die jetzige UNO-Vollversammlung hat mit der praktischen Arbeit gerade erst begonnen. Deren Haupttrend ist aber schon deutlich sichtbar. Am 24. Oktober hatte der erste Ausschuß anlässlich des Beginns der Aktionswoche für Abrüstung eine Sondersitzung. Die Durchführung der Woche in aller Welt zeigt, daß die Entspannung tiefe Wurzeln geschlagen hat. Zugleich erkennt man aber, daß das Wettrüsten nicht nur immer größeren Umfang annimmt, sondern sich der Linie nähert, hinter der es nicht mehr im Zaum gehalten werden könnte. Dieser Fall wird nicht eintreten, wenn den Friedensphrasen der Gewaltverfechter konkrete Bemühungen der Staaten entgegengesetzt werden, denen eine Verbesserung des weltpolitischen Klimas wirklich am Herzen liegt. New York, am 27. Oktober

# EUROPA IN EINER WICHTIGEN PHASE

Von unserem politischen Kommentator Lew BESYMENSKI

In der gegenwärtig komplizierten internationalen Lage gewinne das Treffen der Vertreter der KSZE-Staaten, das am 11. November d. J. in Madrid seine Arbeit aufnehmen wird, an Bedeutung. Dieser Gedanke aus dem Kommuniqué der Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten am 19. und 20. Oktober in Warschau spiegelt klar die Besonderheit der weitreichenden Diskussionen, die augenblicklich um die Perspektiven Europas geführt werden. In der Tat bietet das Treffen Möglichkeiten zur Untermauerung des Entspannungskurses als Hauptentwicklungsrichtung auf unserem Kontinent, zur Fortsetzung des in Helsinki eingeleiteten gesamteuropäischen Prozesses.

\* \* \*

Befaßt man sich mit den Quellen und den Hintergründen der jetzigen Verschärfung der internationalen Situation, wird deutlich, daß die Initiatoren der Verschärfung jenen Gedanken zuwiderhandeln, die in Helsinki fundamentiert wurden.

Hauptsache der gesamteuropäischen Konferenz und ihrer Schlußakte war der Gedanke der friedlichen und gleichberechtigten Koexistenz aller Staaten. Die Schlußakte schließt jegliche Versuche eines Diktats, jegliche Ansprüche auf die Überlegenheit eines Staates über den anderen aus. Doch ebendiesem Prinzip handelten nun die USA zuwider, indem sie die militärische Überlegenheit über die Sowjetunion offen zu ihrem Ziel erklärten.

Der tiefe Sinn und die treibene Kraft der Schlußakte liegen in ihrer friedlichen Orientierung, im Aufruf zur Reduzierung der Rüstungen, zu Abrüstung und zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens. Wagt irgend jemand zu behaupten, daß dem der Kurs der USA und der NATO auf eine neue Runde des Wettrüstens, auf Erhöhung der Militärausgaben, auf Stationierung neuer Kernraketen in Westeuropa entspricht? Deutlicher als hier kann der tiefe Widerspruch zwischen dem Kurs auf militärische Konfrontation und dem Kurs auf konstruktive Zusammenarbeit, der in Helsinki verkündet wurde, nicht aufscheinen.

Weiter: Ist es keine Verachtung der Prinzipien von Helsinki, wenn die USA (und nicht nur sie) ver-

suchen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, in erster Linie die der sozialistischen, einzumischen und ihnen zu diktieren, was sie zu tun haben und was nicht, ansonsten drohe ihnen eine „Strafe“ oder sie würden „zur Verantwortung gezogen“? Die Reihe derartiger Fragen ließe sich nicht zuletzt mit der Frage fortsetzen, ob die amerikanische „Boycottpolitik“, beginnend mit der versuchten Anwendung von Wirtschaftssanktionen und endend mit dem ruhlosen Vorgehen gegen die Moskauer Olympiade, mit den Prinzipien der Schlußakte in Einklang zu bringen ist.

Aber es geht nicht darum, das Madrider Treffen darauf hinauslaufen zu lassen, den USA eine Rechnung zu präsentieren. Wollte man davon reden, dann reichten auch zwei derartige Treffen nicht aus. Es ist nicht Art der Sowjetunion, solche Diskussionen anzufachen. Gegenwärtig ist etwas anderes viel wichtiger: Die Prinzipien und Methoden von Helsinki zur Verbesserung der internationalen Lage zu nutzen.

Also eine „Rückkehr zu Helsinki“? Nicht nur, und zwar aus zwei Überlegungen. Die erste: Man darf sich nicht dem von vielen Propagandamachern künstlich hervorgerufenen Eindruck hingeben, als seien die Ergebnisse von Helsinki überhaupt fast schon ausgelöscht und keine Spuren von der vor fünf Jahren verkündeten Politik mehr vorhanden. Das ist keineswegs so. Selbst wenn man die Sache formell betrachtet, wurden in den vergangenen Jahren viele in Helsinki geplante Aktionen erfolgreich durchgeführt. In Genf tagte die Gesamteuropäische Konferenz zum Umweltschutz. Es gab ein „Wissenschaftliches Forum“ in Hamburg, ein Treffen von Mittelmeer-Experten und eine Konferenz zur friedlichen Beilegung von Differenzen in Montreux. Bereichert wurde die Struktur der gesamteuropäischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit sowohl durch bilaterale wie durch multilaterale Formen. Sicher gab es dabei

nicht wenige Schwierigkeiten. Doch der Prozeß läuft weiter!

Zweite Überlegung: Ein so grundätzlicher Prozeß wie die gesamteuropäische Entspannung erfordert nicht nur Aufrechterhaltung, sondern auch Weiterentwicklung. Nötig sind hier neue Gedanken, Methoden und Formen politischer Entscheidungen, die der veränderten Welt-situation entsprächen. Also nicht zurück zu Helsinki, sondern vorwärts auf dem von Helsinki initiierten Weg!

Es ist kein Geheimnis, daß diese Perspektive durchaus nicht allen zu paß kommt. Während man in Europa vom Madrider Treffen vieles erwartet, steht man ihm in Übersee



Während der Vorbereitung des Madrider Nachfolgetreffens

Foto: EFE-TASS

ziemlich kühl gegenüber. Österreichs Außenminister Dr. Willibald Pahr stellte vor kurzem enttäuscht fest, daß man in den USA absolut kein Interesse an dem bevorstehenden Madrider Treffen zeige. In der amerikanischen Presse werde keine Zeile darüber veröffentlicht, und in der Öffentlichkeit wüßten lediglich ein paar Tausend Menschen, daß ein solches Treffen stattfindet.

Nun wäre es allerdings nur halb so schlimm, wenn die USA sich damit begnügen, Madrid lediglich zu verschweigen, und wenn man dort nicht an einem sehr viel gefährlicheren Kurs bastelte. Schon lange ist aus Erklärungen führender Vertreter der amerikanischen Regierung klar, daß sie in Madrid eine fruchtbare, demagogische Konfrontation anfangen will. Ganz deutlich beschrieb der Washingtoner Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“ die amerikanischen Pläne: „Präsident Carter plant eine totale und auf Gewinn der Wählersympathien berechnete diplomatische Offensive gegen die Sowjetunion, wozu er ein Forum wie die Konferenz in Madrid benutzen will... Nach An-

sicht einiger Diplomaten werde dieser Konflikt die Entspannung noch mehr untergraben."

Diese Idee ist nicht neu. Man wollte sie bereits während vorangegangener Treffen in Belgrad 1977–1978 durchsetzen. Und das Ergebnis? Die sich in Belgrad für Europa anbahnenden Möglichkeiten blieben ungenutzt. Die obstruktionistische Linie der USA verhinderte die Annahme positiver Beschlüsse.

\* \* \*

Nicht Konfrontation, sondern einen realen Beitrag zur Entspannung erwartet Europa von dem bevorstehenden Treffen. Die Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten haben sich auf ihrer kürzlichen Tagung entschieden dafür eingesetzt, daß auf diesem Treffen „Übereinkünfte über weitere praktische Schritte auf allen Grundrichtungen zur Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent ausgearbeitet“ werden müßten. Dieser Aufruf der sozialistischen Länder entspricht den Augenblickserfordernissen Europas.

Die sozialistischen Länder werden mit einer ganzen Reihe konstruktiver Gedanken nach Madrid gehen, die kürzlich in Warschau bestätigt wurden. Der wichtigste Gedanke besteht darin, die Anstrengungen auf die entscheidende Frage der Gegenwart zu konzentrieren: auf die notwendige Verhütung des Wettrüsts und die Minderung der militärischen Spannungen. Bereits in Belgrad stellte die Sowjetunion den Antrag,

verschiedene Maßnahmen im Bereich der militärischen Entspannung zu ergreifen. Sie wurden damals offen von den USA und einigen ihrer Verbündeten durchkreuzt. Jetzt ist die Lage etwas anders: Der Vorschlag zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa findet immer stärkere Unterstützung, darunter auch im Westen. Immer häufiger erheben sich Stimmen, man solle in Madrid über die Tagesordnung, den Termin und den Ort der Konferenz entscheiden.

Anders ausgedrückt besteht eine reale Möglichkeit, in Madrid einen wichtigen Schritt zur militärischen Entspannung zu tun. Sicher verschließt niemand die Augen davor, daß die Meinungen in Europa zu einer ganzen Reihe von Aspekten einer solchen Konferenz auseinandergehen. Dieser Umstand bestimmt eine spezifische Aufgabe in Madrid: Dort muß eine weitreichende und flexible politische Lösung gefunden werden, die es gestalten würde, die Arbeit allmählich, etappenweise aufzunehmen. In dieser Beziehung sind die sozialistischen Staaten bereit, alle konstruktiven Vorschläge anderer Länder in Rechnung zu ziehen. Ihrerseits haben sie bereits (unter anderem auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten im Mai d. J.) etliche Vorschläge erarbeitet.

Nun wird allerdings manchmal die Frage gestellt: Läßt es sich in Einklang bringen, die Aufmerksamkeit

in Madrid auf die militärische Entspannung zu konzentrieren und doch gleichzeitig die übrigen Abschnitte der Schlußakte voranzubringen? Es läßt sich nicht nur in Einklang bringen, sondern ist auch wünschenswert. Bedenkt man, daß das Belgrader Treffen buchstäblich durch einen Strom verschiedenster Vorschläge (häufig sich einander ausschließender) überschwemmt wurde, soll diesmal so vorgegangen werden, daß in Madrid einige Fragen aus jedem der Hauptabschnitte der Schlußakte ausgewählt werden. Das müssen selbstverständlich Fragen sein, mit deren Lösung die Teilnehmer des Treffens wirksam zur Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen könnten. Hier gibt es große Möglichkeiten, beginnend von der Einberufung einer gesamteuropäischen Energiekonferenz und endend mit Maßnahmen im kulturellen und humanitären Bereich.

Die sozialistischen Länder sind bereit, ihren Beitrag zur Erzielung von Übereinkünften im Rahmen aller Abschnitte der Schlußakte zu leisten. Ein realer Fortschritt in Richtung auf die Entspannung, auf die Verankerung der Sicherheit und Zusammenarbeit ist besonders für die Fortsetzung des gesamteuropäischen Prozesses wichtig. Das in Rechnung stellend, werden die sozialistischen Länder bereit sein, in Madrid entsprechende Bedingungen zur Durchführung eines nächsten derartigen Treffens zu definieren.

\* \* \*

## UGANDA

# UNRUHESTIFTER

Ende Oktober wurde in Ugandas Hauptstadt Kampala der Abschluß der militärischen Operationen im Nordwesten des Landes bekannt. In einer Botschaft an das Volk erklärte der Vorsitzende des Militärkomitees Paulo Muwanga, die Kampfhandlungen seien durch das Eindringen bewaffneter Truppen aus Anhängern des im vergangenen Jahr gestürzten ugandischen Regierungschefs Idi Amin in die genannten Gebiete ausgelöst worden.

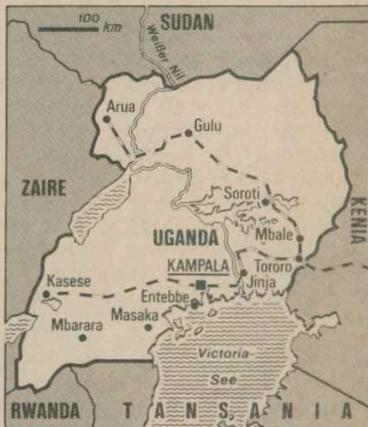
Amin war 1971 durch einen von ihm organisierten Militärputsch an die Macht gekommen. In seiner achtjährigen Regierungszeit verschaffte er sich den Ruf eines blutigen Diktators, der ausländischen Presseangaben zufolge bis zu 300 000 seiner Mitbürger ausgerottet hat. Er provozierte einen Krieg mit Tansania, konnte jedoch dem gemeinsamen Vorgehen der tansanischen Truppen und eines Teils der Volksbefreiungsarmee Ugandas nicht standhalten. Nach der Niederlage flüchtete der Diktator, und seine zerschla-

genen Truppen fanden unter Mitnahme von Waffen Asyl in Zaire und im Sudan. Von dort her, so erklärte Paulo Muwanga, starteten sie ihre Überfälle.

Die mit Gewehren, Minenwerfern und MPis ausgerüsteten 3000 Anhänger Amins eroberten die Stadt Arua, das Verwaltungszentrum der Provinz West-Nil an der Grenze zu Zaire und dem Sudan. Bereits vorher hatten sie die Geburtsstadt Amins Koboko eingenommen. Die in die Provinz West-Nil entsandten Truppenverstärkungen befreiten jedoch Arua von den Okkupanten und vertrieben diese aus Uganda.

Das ugandische Außenministerium protestierte bei den Behörden des Sudan und Zaires dagegen, daß diese Länder ihr Gebiet von Banden Amins zu Vorrößen in die Provinz West-Nil nutzen ließen. Zaire und Sudan wiesen die Beschuldigungen zurück und erklärten, sie stünden in keinerlei Beziehung zu dem Eindringen in Uganda.

Die Frage, wie die bewaffneten Anhänger Amins nach Uganda gerieten,



ist weniger wichtig. Sehr viel wichtiger ist es, den Zweck dieses Abenteuers zu erkennen. Und daß es ein Abenteuer ist, unterliegt keinem Zweifel. Denn die Soldateska Amins hat keine realen Möglichkeiten für irgendeine Offensive, ja sie kann nicht einmal jene Stückchen Land halten, die sie infolge ihres überraschenden Oberfalls erobert hat. Wor-

Es ist eine bestimmte Verfahrensweise entstanden, der zufolge die Vertreter der 35 Staaten vor jedem Treffen zu einer Vorberatung zusammenentreten, die organisatorische Fragen entscheiden soll. So war es auch diesmal. Am 9. September wurde in Madrid die Vorbereitungsphase eröffnet, auf der die Tagesordnung des Haupttreffens, seine Arbeitsweise, seine ungefähre Dauer usw. festgelegt werden sollten.

Wie das auch früher war, kamen einige Entwürfe auf den Tisch der Vorberatung in Madrid. Obwohl diese Texte offiziell nicht veröffentlicht werden, wurden ihre Grundsatzthesen publik. Bekannt ist auch die Haltung einiger Länder. So wurde festgestellt, daß die USA ihre Aufmerksamkeit nicht auf die praktischen Schritte zur Festigung von Sicherheit und Zusammenarbeit konzentrieren wollen, sondern auf eine unersprießliche Diskussion, in erster Linie über die Menschenrechte. Dazu möchten die USA, wie die spanische EFE äußerte, „über bequeme und unbegrenzte Fristen verfügen“.

Eine derartige Fragestellung läßt die bestimmte Tendenz erkennen, das Negative von Belgrad zu wiederholen. Darüber hinaus besteht auch der Plan, das Treffen zu einer demagogischen Diskussion über die „Afghanistanfrage“ zu mißbrauchen. Ist aber das Fruchtlose eines derartigen Vorhabens nicht klar? Es widerspricht grundsätzlich den Zielen des in Helsinki verkündeten gesamt-europäischen Prozesses.

auf hofft sie denn dann noch?

Amin hatte ein wirtschaftliches Chaos und verschärftete Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen hinterlassen. Die Situation wird durch die scharfen Gegensätze zwischen den Parteien kompliziert, die die verschiedensten politischen Standpunkte vertreten. Insgesamt aber stimmen alle Parteien darin überein, daß der Ausweg aus der Krise nur Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sein können. Sie werden gegenwärtig intensiv vorbereitet. Allerdings wurden die auf den 30. September angesetzten Wahlen dann auf den 10. Dezember verschoben.

Den Wahlen in Uganda wird nicht nur im Land selbst, sondern auch darüber hinaus, insbesondere in den Nachbarstaaten Zaire, Sudan, Kenia und Tansania große Bedeutung beigemessen. Von ihrem Ausgang hängt schließlich ab, was für ein Regime in Uganda herrschen und folgerichtig, wohin dessen weitere Entwicklung gehen wird. Entweder es verfolgt den Weg der wahren Unabhängigkeit, der Demokratie und des sozialen Fortschritts oder es muß jenen afrikanischen Ländern zuge-

Die sozialistischen Länder dagegen sind bemüht, die notwendigen Voraussetzungen für eine normale und erfolgreiche Arbeit des Haupttreffens zu schaffen. Die Delegationen der Ungarischen VR und der CSSR legten Anträge vor, und die DDR-Vertreter brachten am 10. Oktober folgenden Arbeitsentwurf ein: Während der ersten sechs Wochen sollte eine einheitliche Zeitspanne einerseits dem vertieften Meinungsaustausch über die Einhaltung der Punkte der Schlußakte und der von der Konferenz festgelegten Aufgaben sowie über die Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen, die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa, die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft gelten; andererseits der Überprüfung von Anträgen zu diesen Fragen. Der Vorschlag bezweckt, das Gleichgewicht aller nötigen Arbeitselemente zu sichern.

Wie zu erwarten stand, wurden in der vergangenen Zeit die unterschiedlichsten Betrachtungsweisen erkennbar. Diese Situation entsteht jedoch nicht zum ersten Mal. Angesichts dessen wird der Erfolg des Madrider Treffens vom politischen Willen seiner Teilnehmer abhängen, vom Willen nach einer konstruktiven Atmosphäre und von ihrer Entschlossenheit, nichts zu unternehmen, was zur Konfrontation führen könnte. Der gesamteuropäische Prozeß kann und muß fortgesetzt werden.

rechnet werden, die im Fahrwasser der Imperialisten schwimmen, ihnen ihre Naturschätze ausliefern und Militärstützpunkte zur Verfügung stellen.

Deshalb muß man die Ereignisse im Nordwesten Ugandas im Zusammenhang mit der Gesamtstrategie des Imperialismus in Afrika betrachten, zu deren Elementen die Schaffung von Spannungsherden auf dem Kontinent gehört. Darin sehen die Imperialisten ein Mittel zur Verlängsamung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der afrikanischen Länder sowie einen eventuellen Vorwand zur Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.

Die Banden Amins hätten sich kaum auf ihr Abenteuer eingelassen ohne die Rückendeckung imperialistischer Kreise. Indem die Neokolonialisten an den Grenzen Ugandas Unruhe stiften, wollen sie offenbar die Vorbereitung freier und demokratischer Wahlen in diesem Land verhindern, um einen möglichen Sieg jener Kräfte auszuschließen, die sich für eine wahrhaft unabhängige Entwicklung einsetzen.

J. BOTSCHKARJOW

## WACHSAME REVOLUTION

Die staatlichen Sicherheitsorgane Nikaraguas haben zwischen August und Oktober eine Gruppe von Anführern einer konterrevolutionären Organisation verhaftet, die sich als „Demokratische Bewaffnete Kraft“ bezeichnete. Unter den Verhafteten ist ihr Oberhaupt, der ehemalige Oberst der Nationalgarde Somoza Bernardino Larios. Die Organisation war mit Unterstützung der US-Geheimdienste illegal zur Bekämpfung der revolutionären Behörden gegründet worden. Die Bandenmitglieder, ehemalige Somoza-Lute, überfielen Polizeireviere, ermordeten Lehrer, die in der Alphabetisierungskampagne eingesetzt waren, und begingen Diebstähle. Zu ihren Plänen gehörten Terrorakte gegen Führungsmitglieder der Sandinistischen Befreiungsfront. An der Atlantikküste versuchte die Organisation eine Separatistenbewegung in Szene zu setzen und provozierte Ende September Unruhen im Hafen Bluefields. Die Verschwörer wurden jedoch dingfest gemacht. Bereits früher hatten Militärs und Gruppen der sandinistischen Volksmiliz zwei konterrevolutionäre Banden in den Departments Nueva Segovia und Jinotega ausgehoben.

Dennoch gaben die Nachhelfer Somozas und andere Reaktionäre ihre Pläne nicht auf, die revolutionären Umgestaltungen in Nikaragua rückgängig zu machen. Von Zeit zu Zeit unternehmen „Ehemalige“, die sich in den Nachbarländern Honduras und El Salvador niedergelassen haben, bewaffnete Ausfälle. Dabei ist es kein Geheimnis, daß sie sich auf die imperialistischen Kreise der USA stützen.

Gleichzeitig wollen bestimmte Kreise der Großbourgeoisie Nikaraguas Maßnahmen der Behörden diskreditieren, was von den imperialistischen Massenmedien im Ausland liebend gern aufgegriffen wird. Einige verantwortungslose Gewerkschaftsgruppierungen fragen sich mit Plänen zu Streiks, zur illegalen Besetzung von Ländereien und anderen Gewaltakten.

Der Führungsrat der Regierung der Nationalen Erneuerung Nikaraguas warnt deshalb in einer Erklärung die Feinde der Revolution, man werde keinen einzigen Versuch dulden, die öffentliche Ordnung zu verletzen und die Lage in der Republik zu destabilisieren. Die Anschläge der Konterrevolution werden eine entsprechende Abwehr erfahren, lautet der feste Entschluß des Volkes von Nikaragua.

W. DOLGOW

# ZU EINER KONFERENZ IN ROM

Ende September fand in Rom ein Treffen einer kleinen Gruppe von Personen statt, organisiert von der Zeitschrift „Mondo Operaio“, die von der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) herausgegeben wird. Das Treffen wurde als internationale Konferenz „Die Linken für Afghanistan“ bezeichnet, was auf den ersten Blick wohl doch recht irreführend war und auch sein sollte.

Deshalb sei vorausgeschickt, daß niemand „für Afghanistan“ war. Im Gegenteil handelte es sich ganz offenbar um den Versuch, eine weitere Propagandashow sowohl gegen Afghanistan und die afghanische Revolution wie gegen die Sowjetunion abzuziehen. Dieses Spektakel unterschied sich von den vielen anderen, die imperialistische Propagandadienste inszeniert hatten, nur dadurch, daß „Linke“ hier die Hauptakteure sein sollten. Was das bedeutet, läßt ein Blick auf die Teilnehmerliste verstehen. Neben den offiziellen Vertretern einiger sozialistischer Parteien (der italienischen, der französischen und der spanischen) figurierten da Leute, die den Antisowjetismus zu ihrem Hauptberuf gemacht haben — u. a. die Franzosen

Elleinstein und Daniel, die Italiener Coletti und Strada, der tschechische Emigrant Pelikán und einige „Dissidenten“ tieferen Rangs. Unter den „Linken“ war auch der amerikanische „Afghanistan-Spezialist“ M. Barry, auf dessen Verbindungen zur CIA die Presse wiederholt verwiesen hatte.

Als Konsultanten dieses „linken“ Publikums betätigten sich Vertreter der afghanischen konterrevolutionären Emigration — ebenjener, die von Pakistan und einigen anderen Ländern aus die Verbrechen der Banditengruppen gegen das afghanische Volk dirigiert. Sie haben Morde an afghanischen Frauen und Kindern, Lehrern und geistlichen Würdenträgern, angezündete Schulen und vergiftete Brunnen auf dem Gewissen. Und mit solchen „Freiheitskämpfern“ haben sich die besagten „Linken“ an einen Tisch gesetzt.

Besagte Teilnehmer bestimmten natürlich auch den Verlauf der Debatte. Die Diskussionsteilnehmer verschwiegen vollständig die wichtigsten Tatsachen, die die Lage in Afghanistan heute bestimmen: die Festigung des Ansehens der Volksmacht im Lande und die Liquidierung der Banden in vielen Regionen Afghanistans bei breiter Un-

terstützung durch die afghanischen Werkältigen.

Losgelöst von der afghanischen Wirklichkeit schmiedeten die Teilnehmer der Zusammenrottung in Rom völlig irreale Pläne zur „Befreiung“ des afghanischen Volkes und schufen sogar ein „Solidaritätskomitee für Afghanistan“ (?!).

Natürlich richteten die „Befreier“ ihre Pfeile hauptsächlich gegen die Sowjetunion, die dem afghanischen Volk bei der Abwehr der ausländischen Einmischung internationalistische Hilfe leistete. Hierbei störte die Veranstalter nicht im geringsten, daß die UdSSR diese Hilfe für das revolutionäre Afghanistan in voller Übereinstimmung mit dem Vertrag zwischen unseren Ländern und auf Bitte der afghanischen Regierung erwies.

Unter ihnen waren solche (wie der Italiener Coletti), die dazu aufriefen, die Reihen des Westens gegen die Sowjetunion zu schließen. All jene, die nach Meinung dieses großsprecherischen „Philosophen“ die „westliche Solidarität“ stören, sollten geächtet werden.

Dieses provokatorische Treiben war nötig, um die Öffentlichkeit davon abzulenken, was sie jetzt vor allem beunruhigt — die Verstärkung der US-Militärpräsenz und die immer offene Einmischung Washingtons in die An-

## GERECHTE STRAFE

Das hohe Gericht hält Einzug. Das Urteil wird verkündet. Einige Monate hatte die Voruntersuchung gegen die sieben Angeklagten gedauert. Ihre Schuld war unwiderlegbar durch Indizien und Zeugenaussagen bewiesen. Auch die Angeklagten selbst gestanden ihre Mittäterschaft bei den Verbrechen ein. Entsprechend den Hauptprinzipien der DR Afghanistan (der provisorischen Verfassung) werden sie zu Haftstrafen von fünf bis zwanzig Jahren verurteilt.

„Gibt es noch Fragen oder Beschwerden über die Untersuchungsverfahren und die Prozeßführung?“ „Nein.“

Vieelleicht haben die Angeklagten wohl doch eingesehen, wie schwer ihre Verbrechen waren, die sie vor einigen Monaten an Kabuler Schülern, an Aktivisten des Demokratischen Jugendverbandes Afghanistans begingen.

Noch kurz vor dem Urteil schien, als sei ihnen das Leid der Mütter und Väter, Brüder und Schwestern gleichgültig, die vor dem Kran-

kenhaus warteten, wo nach Angaben der Agentur Bakhtar 2069 junge Kabuler, die Giftgasopfer, eingeliefert worden waren.

Es geschah im Juni d. J. Damals hörte man immer wieder von afghanischen Moslems, ein solcher gemeiner Anschlag auf das Leben von Kindern und Jugendlichen könne nur das Werk von Faschisten sein, für die es nichts Heiliges gibt. Was heißt denn hier Kampf für den Glauben?

Und eben hinter dem grünen Banner des Islam wollen sich die zahlreichen konterrevolutionären Gruppierungen, die sich im Ausland eingegraben haben und die die internationale Reaktion für Aggressionsakte gegen die DR Afghanistan einsetzt, tarnen. Eine von ihnen, die sich in Pakistan eingenistet hat, trägt sogar den Namen „Islamische Partei“. Geleitet wird sie von dem sattsam bekannten profaschistischen Extremisten Gülbeddin Hikmatiar. Dieser äußerlich respektable Anhänger des Islam, der sich bei jeder Gelegenheit über

religiöse Themen ausläßt, schickt zugleich skrupellos bewaffnete Banditentrupps nach Afghanistan, um Frauen, Kinder und alte Leute zu morden, Schulen zu zerstören und Brücken zu sprengen.

Die Angeklagten sagten über die Aufträge, die sie von Gülbeddin erhielten, über die von ihm gegebenen Instruktionen und Spezialchiffen aus. Asmia, ein weibliches Bandenmitglied, gestand ein, daß sie aus Pakistan 200 Fläschchen mit Tabletten erhalten hatte, die bei Auflösung im Wasser Giftgas freisetzen. Sie war beauftragt worden, mit diesen Tabletten im Sourai-Luzeym einen Giftanschlag zu verüben. Dann wurden mit den gleichen Tabletten Schüler anderer Lehranstaltungen vergiftet. Glücklicherweise konnte durch die sofortige medizinische Hilfe das Schlimmste verhindert werden, doch viele Opfer des Bandenterrors haben schweren gesundheitlichen Schaden genommen.

Was beabsichtigten die Verbrecher mit ihren Anschlägen auf Schüler? Sie wollten den normalen Unterricht unterbrechen, eine Panik in der Hauptstadt auslösen, die übrigen

gelegenheiten der Länder des Nahen und Mittleren Ostens. Die Öffentlichkeit sieht dort eine große Gefahr für den Weltfrieden.

Hiermit könnte man den Bericht von dem Spektakel beenden. Auch die Teilnahme von Vertretern der französischen Sozialisten (P.S.) ist da nicht verwunderlich. Unsere Zeitschrift hat bereits zweimal in diesem Jahr auf den Rechtsrund der P.S.-Führung hingewiesen. Die Zusammenrottung der besagten „Eurolinken“ in Rom und ihr Charakter bringen also im Grunde nichts Neues. Oberhaupt hätte sie in der italienischen Hauptstadt keinerlei Interesse gefunden, wenn nicht bedauerlicherweise einige Vertreter der IKP mitgespielt hätten.

Zwar weigerte sich die IKP, offiziell an dem Treffen teilzunehmen, doch auf seiner Schlußetappe beteiligte sich nichtsdestotrotz Ledda, Mitglied des ZK der IKP, und dem erwähnten „Solidaritätskomitee für Afghanistan“ (lies: Komitee zur Unterstützung der konterrevolutionären Banden) trat Terracini, Mitglied der IKP-Führung, bei.

Nicht zum erstenmal agierten IKP-Vertreter als Teilnehmer einer sowjetfeindlichen Kampagne. Das muß Fragen aufwerfen — und offenbar nicht nur bei den sowjetischen Menschen.

konterrevolutionären Banditen, ihren ausländischen Beschützern und „Theoretikern“ ehrsonnene politische Provokation scheiterte. Sicherheitskräfte und Parteikommunisten gelang es, die Verbrechen schnell aufzudecken und deren Ausführende zu verhaften.

Nicht wenige Menschen wurden dabei in Mitleidenschaft gezogen. Doch der Unterricht in den Schulen ging weiter. Weder die Kinder selbst noch deren Eltern ließen sich einschüchtern. Der gemeine Gifftanschlag der Helferhelfer der inneren wie äußeren Reaktion löste bei der Bevölkerung berechtigte Empörung aus.

„Diese Bestien, die mit dem Islam nichts gemein haben, dachten, daß wir uns einschüchtern lassen“, sagte Habiba, eine 45jährige Kabulerin, deren zwei Kinder ins Jomhuriat-Krankenhaus kamen. „Doch wir werden uns keine Angst machen lassen. Ich habe daran geglaubt, daß meine Kinder gerettet werden und sie weiter werden lernen können. Jetzt gibt es dafür immer größere Möglichkeiten. Doch nie werde ich den Tag vergessen, da die Konterrevolution mir und Hunderten anderer Müttern solches Leid gebracht hat. Danach meldete sich mein Ältester sofort als Freiwilliger zur Armee. Er schrieb mir, daß auch ausländische Instrukteure und geflüchtete Großgrundbesitzer die Söldnerbanden von Pakistan aus dirigieren. Einige von ihnen hat unsere Familie persönlich gekannt. Man denke nur: Ein Mordanschlag auf Kinder! Ich bin überzeugt, daß die Banditen bald erledigt sein und wir alle ein glückliches, friedliches Leben führen werden...“

Die Menschen, die sich während des Gesprächs um uns versammelt hatten, nickten zustimmend. Jeder wollte von sich aus noch ergänzen, was ihm auf dem Herzen liegt. Keiner zweifelte daran, daß die gemeinen Verbrecher ihre verdiente Strafe erhalten würden.

Und der Tag des Gerichts kam. Ein gerechtes Urteil wurde gesprochen. Doch nicht alle Banditen saßen auf der Anklagebank. Einigen von ihnen gelang es, nach Pakistan zu flüchten, das zum Hauptausgangspunkt für Provokationen gegen die DR Afghanistan, gegen das afghanische Volk wurde.

Alle, die Diversionsakte gegen die DR Afghanistan verüben, die die Entwicklung in diesem Land rück-

gängig machen wollen, sollten endlich verstehen, daß sie ihre abenteuerlichen Pläne nicht werden verwirklichen können. Der revolutionäre Prozeß in Afghanistan ist unumkehrbar. Die verschiedenen Gesellschaftsschichten schließen sich immer enger um die Demokratische Volkspartei und die Regierung der Republik zusammen. Immer fester wird das Vertrauen in die neue Führung, die eine Politik im Interesse des afghanischen Volkes verfolgt und Maßnahmen zur Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens konsequent verwirklicht. Die Gründungskongresse mehrerer Organisationen der schöpferischen Intelligenz (kürzlich in Kabul), die gesamt nationale Konferenz des Demokratischen Jugendverbandes Afghanistans sowie die Bildung von Gewerkschaftsräten in Städten und Provinzen — all das demonstriert die breite Unterstützung für die Politik der revolutionären Regierung durch jene, denen an einer besseren Zukunft ihrer Heimat, ihres Volkes wirklich gelegen ist. Auf Seiten der Konterrevolution aber, die mit jedem Tag Boden verliert, bleiben nur die angeheuerten Pogromhelden und Mörder, die in pakistanischen Sammellagern unter Leitung amerikanischer, chinesischer, ägyptischer und pakistanischer Instrukteure ausgebildet werden. Die Banditen und Terroristen, die auf Bergpfaden nach Afghanistan eindringen, sprengen Kommunikationsanlagen, Schulen, Krankenhäuser und staatliche Einrichtungen, morden friedliche Einwohner, die das revolutionäre Regime unterstützen. Die afghanischen Werktätigen verstehen immer besser, wer diese Verbrecher wirklich sind, und helfen der Volksmacht beim Kampf gegen die Banditen.

Und darin liegt die Gewähr, daß alle Umtriebe der Konterrevolutionäre und ihrer ausländischen Beschützer zum Scheitern verurteilt sind.

Das Kabuler Gericht hat ein gerechtes Urteil gesprochen. Möge der Urteilsspruch eine ernste Warnung an alle sein, die Anschläge gegen das friedliche Leben und eine bessere Zukunft des afghanischen Volkes verüben.

R. MUSSIN

Kabul, im Oktober



Die konterrevolutionären Banditen haben mehr als 1000 Schulen zerstört. Doch die afghanischen Kinder lernen weiter, wenn auch unter schweren Bedingungen.

Foto: W. Budan (TASS)

um die „Geschehnisse in Kabul“ entfesseln und „Wogen des Volkszorns“ auslösen. Doch die von den

## SICHERHEIT-ZUSAMMEN MIT WEM?

„Es gibt keine Sicherheit in Europa ohne die USA.“ Dieser Ansicht ist ein Führer der bundesdeutschen SPD und namhafter Experte für Entspannungsfragen, Egon Bahr.

Wer zu kategorischen Aussprüchen über eine sehr wichtige und akute Frage neigt, der muß wohl auch mit der Annehmbarkeit eines anderen, ebenso kategorisch geäußerten Standpunkts rechnen. Ein solcher besteht, sogar bei einem Landsmann von Herrn Bahr, bei dem bekannten Publizisten und Verleger Gerd Bucerius. Er sagt: „Im Notfall könnte die Bundesrepublik ohne die Amerikaner auskommen, und unter gewissen Umständen wäre das sogar besser für sie.“

In Westeuropa hat man festgestellt, daß im Wahlkampf in den USA mehr von Auf- als von Abrüstung die Rede ist, ja, daß dort vielleicht zum erstenmal das Streben nach militärischer Überlegenheit über die UdSSR offen ausgesprochen wird. Dort redet man neuerdings von einem „begrenzten Atomkrieg“ als einer ganz realen Möglichkeit.

Zwischen dem Standpunkt der USA und dem Westeuropas scheinen jetzt drei wesentliche Unterschiede zu bestehen. In der Neuen Welt legt man den Akzent auf die Erlangung einer militärischen Überlegenheit, in der Alten Welt darauf, daß das militärische Gleichgewicht gehalten wird. In der Neuen orientiert man sich darauf, die internationalen Spannungen aufzuheizen, in der Alten, sie zu mildern. In der Neuen will man die Konfrontation mit der UdSSR auf die Spitze treiben. In der Alten möchte man das vermeiden.

In Europa teilen viele Washingtons Einstellung zum Problem der internationalen Sicherheit nicht. Es herrschen aber auch ziemlich viele Illusionen. Die eine lautet, es sei nicht so schlimm, wenn Washington versuche, eine militärische Überlegenheit über Moskau zu erlangen, Westeuropa könne sich aus dem Wettschreit der „Supermächte“ heraushalten und dabei vielleicht sogar gewinnen. Beides wird nicht sein, Westeuropa wird schon jetzt in das Wettrennen einbezogen, in dem Washington die Spitze hält.

Kein maßgeblicher Spitzenpolitiker Westeuropas wirft Moskau aggressive Absichten gegen diesen Teil Europas vor. Nicht einmal Strauß glaubt, daß sowjetische Soldaten nach seinem lieben Bayern, an die Themse oder auf die Champs-Elysées kommen werden. Ebenso begründet ist es anzunehmen, daß in Westeuropa niemand (es sei denn unverbesserliche Militaristen) an einen neuen Marsch gen Osten denkt. Wer gefährdet also die europäische Sicherheit? Offenbar diejenigen, die aus Europa einen Kriegsschauplatz machen wollen, diejenigen, die sich einen „begrenzten Krieg“ ausgedacht haben. Wo könnte er sich abspielen? Natürlich nicht im Land seiner Verfechter, denn sie werden doch nicht den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Und nicht auf dem Mond oder in der Antarktis. Folglich sind diejenigen Europäer zu verstehen, die eine Gefahr darin erblicken, daß in Westeuropa Offensivwaffen, auch solche für einen „Erstschlag“, für einen „begrenzten“ Krieg — die neuen Kernraketensteine des Pentagons — stationiert werden. Taugen sie etwa dazu, die Sicherheit Europas zu erhöhen, die sich Herr Bahr ohne die USA nicht vorstellen kann?

Sein Ausspruch ist nur insofern richtig, als in unserem Atomraketenzeitalter keiner seine Sicherheit von der eines anderen trennen kann. Und deshalb muß man die Formel „keine Sicherheit ohne die USA“ so ergänzen: „und keine ohne die UdSSR“. Schon aus dem einfachen Grunde, weil die UdSSR und Westeuropa nicht durch das Weltmeer getrennt sind. Die Sicherheit aber, die Washington Westeuropa anzubieten vorgibt, ist jedoch eine Sicherheit ohne die UdSSR und gegen sie. Wie falsch das ist, sieht nicht jeder. Es liegt aber auf der Hand. „Es gibt keine Sicherheit ohne Verhandlungen mit Moskau“, gestand die „New York Times“ in einem redaktionellen Artikel.

Wie sieht schon diese Sicherheit aus, die die USA zu garantieren versprechen? Sie basiert nicht auf militärischer Parität, die Washington ja gerade vernichten will, weil es Kurs auf eine militärische Überlegenheit genommen hat. Es ist die Sicherheit des Bunkers, Arm in Arm mit dem Atomtod, der in den Pershing- und Tomahawk-Raketen lauert.

W. KUSNEZOW

Ein zorniges „Ohi“! (Nein!) schwang über den Demonstrantenzügen Mitte Oktober, die gegen die Entscheidung der Regierung protestierten, Griechenland wieder der Militärorganisation der NATO anzuschließen. Tausende Einwohner Athens, Salonikis und anderer Städte skandierten Anti-NATO-Lösungen.

Die Protestbewegung erfaßte das ganze Land. Sie erinnerte an eine andere starke Bewegung in Griechenland vor 40 Jahren. Damals setzte das Volk am 28. Oktober 1940 dem Ultimatum der faschistischen Aggressoren ihr entschlossenes Nein entgegen. Die Griechen haben diesen historischen Tag noch gut im Gedächtnis, der zum Wahrzeichen der nationalen Unabhängigkeit, zum Ausdruck des Willens nach Selbständigkeit bei der Entscheidung wichtiger innen- und außenpolitischer Fragen geworden ist.

Die griechischen Widerstandskämpfer haben in der Schlacht gegen die faschistischen Okkupanten großen Ruhm errungen. Sie banden auf ihrem Territorium starke Kräfte der Eroberer und brachten ihnen empfindliche Verluste bei. Ihr Kampf wurde von den sowjetischen Menschen hoch geachtet, die auch heute noch dankbar daran denken, daß kein einziger Grieche damals auf Seiten Hitlers gegen die UdSSR kämpfte. Vielmehr standen viele Griechen in den sowjetischen Streitkräften. Mit verständlicher Erregung sprachen davon die Mitglieder der Delegation der griechischen Öffentlichkeit, die sich an den „Griechenlandtagen“ im Oktober d. J. in der Ukraine beteiligten. Die Namen der griechischen Helden, die ihr Leben für den Sieg über den Faschismus hingaben, zieren die Marmortafeln zu Ehren der Helden der Verteidigung und der Befreiung Odessas und anderer sowjetischer Schwarzmeerstädte.

Kurz vor dem Beschuß über die „Reintegrierung“ ins System des NATO-Oberkommandos erklärten die bürgerliche Presse und einige Regierungsmitglieder, das Kabinett und die Regierungspartei Neue Demokratie seien bereit, mit diesem Schritt „abzuwarten“, wenn ihre „Forderungen“ über die Rechte Griechenlands in der Ägäis nicht befriedigt werden. Tatsächlich jedoch war die Haltung Athens immer eindeutig. „Solange wir an der Macht sind, bleibt Griechenland NATO-Mitglied“, erklärte Außenminister Mitsotakis.

1981 finden wieder Parlamentswahlen statt. Die Wahlkampagne hat praktisch bereits begonnen. Da die Beteiligung Griechenlands an der

# DER KAMPF GEHT WEITER

Eduard KOWALJOW

militärischen Organisation der NATO sehr unpopulär ist, entschieden sich die herrschenden Kreise gerade jetzt zu diesem Schritt, in der Hoffnung, zu Beginn der Wahlkampagne werde sich die Aufregung etwas glätten.

Auf die Regierungsentscheidung wirkte sich auch der Druck der USA und der NATO auf griechische Regierungskreise aus.

Bereits während des Aufenthalts der Delegation der sowjetischen Öffentlichkeit im Oktober in Athen und auf Kreta verbargen viele unserer griechischen Gesprächspartner nicht, daß die Versuche, die Rückkehr Griechenlands in die NATO hinauszögern, bei den Amerikanern und beim NATO-Stab Verärgerung ausgelöst hatten. Hochgestellte Offiziere in Washington antworteten darauf mit Drohungen. Die Regierung wurde vor „gefährlichen Folgen“ gewarnt. Es gab ziemlich durchsichtige Andeutungen eines „Embarcos“ über Waffen- und Ersatzteillieferungen aus den USA (die griechischen Streitkräfte sind fast vollständig mit US-Waffen ausgerüstet).

Man gab Athen zu verstehen, die USA könnten Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit schaffen. Schließlich hieß es: Sofern die Regierung Rallis „unzügänglich“ bleibe, sei es keineswegs ausgeschlossen, daß sich andere Männer für die Ministerposten fänden, die der „Entwicklung der amerikanisch-griechischen Zusammenarbeit“ freundlicher gesinnt seien.

Als Rallis sein Einverständnis mit dem Entwurf der „Reintegrierung“ erklärte, der im „Rogers-Plan“ (nach dem Namen seines Verfassers, dem Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa) dargelegt war, stimmte man in Übersee und in den Militärcreisen der NATO Jubel an. Einige westliche Zeitungen schrieben offen, Griechenlands Rückkehr ermögliche die Unterzeichnung eines neuen amerikanisch-griechischen Abkommens über die Nutzung von Militärstützpunkten in Griechenland durch die USA. Das gestatte dort nicht nur eine Stärkung der NATO-Positionen, sondern auch der Positionen der Großmacht USA.

Tatsächlich war der Einsatz zu hoch, um Griechenland eine „eigene Meinung“ zu gestatten. Die USA besitzen auf griechischem Boden vier große Stützpunkte und 12 „Hilfs-

objekte“. Sie werden von rund 4500 Militärangehörigen bedient. Als wichtigster gilt der Stützpunkt in der Bucht von Souda (Kreta), der die größten Schiffe der 6. Flotte aufnehmen kann. Hier befinden sich Treibstoff- und Munitionslager für

nachschubzentrum. Hier befindet sich auch der Stab der US-Truppen in Griechenland. Der Stützpunkt in Nea Makri ist mit elektronischen Aufklärungsanlagen für den Balkanraum ausgestattet. Beide Objekte erlangten nach dem Verlust der amerikanischen Radaranlagen im Iran besondere Bedeutung.

Die Vorteile der Reintegrierung Griechenlands für die USA und die NATO liegen also auf der Hand. Ob aber Hellas selbst irgendwelche Vorteile aus seinem Beschuß ziehen kann, dürfte fraglich sein. Denn der Rogers-Plan hat nicht einmal das Problem der Souveränitätsansprüche Griechenlands in der Ägäis gelöst.

In der Vorwoche schloß das griechische Parlament seine Debatten über die Rückkehr in die Militärorganisation der NATO ab. Obwohl das Kabinett, das über Stimmenmehrheit verfügt, ein Vertrauensvotum erhielt, ist es bemerkenswert, daß die linke, demokratische Opposition den gefährlichen Beschuß der Regierung einmütig ablehnte. Die Abgeordneten der bedeutendsten Oppositionspartei — der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) — verließen aus Protest noch vor der Abstimmung mit ihrem Vorsitzenden Papandreu an der Spitze den Saal. „Wir verweigern diesem Beschuß die parlamentarische Zustimmung“, erklärten die PASOK-Abgeordneten. Mit der Feststellung, das jetzige Parlament widerspiele nicht den Willen des Volkes, verlangte Papandreu seine Auflösung und ein Referendum zur NATO-Frage.

Auch andere Oppositionsparteien versagten der Regierung ihr Vertrauen. Unter ihnen die Kommunisten. Ihr Generalsekretär Florakis betonte in einer Ansprache vor dem Parlament, die Rückkehr Griechenlands in die militärische Struktur der NATO diene weder den Verteidigungsinteressen des Landes noch seiner nationalen Sicherheit, noch den Interessen des Volkes. Sie entspreche lediglich den Interessen der NATO und der USA sowie der griechischen Industrie- und Finanzkreise, die eng mit ausländischem Kapital verflochten sind. Griechenland braucht die NATO nicht, sagte der KP-Chef. Sie werde nur von den rechten Kräften gebraucht. Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten, Beleidigung nationaler Gefühle, riesige wirtschaftliche Belastungen, Umstürze, Diktatur und Verschwörungen hätte die NATO-Mitgliedschaft mit sich gebracht, unterstrich Florakis.

Das alles läßt darauf schließen, daß der Kampf gegen die Rückkehr Griechenlands in die Militärorganisation der NATO weitergehen wird. Athen—Moskau, im Oktober



Die Rückkehr...

Zeichnung: W. Tschakiridis

die US-Marine. Von hier aus unternimmt die Marineluftwaffe ihre täglichen Aufklärungsflüge. In einem Bericht des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats hieß es, der Stützpunkt gestatte es den USA, ihre Flotte weit ins östliche Mittelmeer vorstoßen zu lassen, und er sei kaum ersetzbar.

Ein weiterer Stützpunkt mit der Zentrale der elektronischen Luftaufklärung der USA liegt in Herakleion (ebenfalls auf Kreta). Sie beobachtet „die Aktionen der Sowjetunion im Mittelmeer“, sichert die Nachrichtenverbindung zu den US-Stützpunkten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika.

Der dritte Stützpunkt — Luftwaffe — befindet sich in Hellenikon (im Einzugsbereich des Flughafens von Athen). Der vierte, von der Marine benutzte, in Nea Makri (bei Marathon). Hellenikon ist ein Transit-

## SCHUSTER ROGERS

US-General Bernard Rogers, NATO-Oberkommandierender in Europa, war der alte: Seine Rede enthielt alle seine Standardphrasen über eine „sowjetische Bedrohung“. Nur der Platz für seine Rede war etwas ungewöhnlich gewählt: Westberlin, das bekanntlich nicht zum NATO-Gebiet gehört.

Dem „Tagesspiegel“ zufolge erklärte Rogers zur „Beru-

higung“ seines Auditoriums, im Westen arbeite man intensiv an Plänen, um die Verbindungen mit Westberlin in einer Krisensituation aufrechtzuhalten.

Gegen wen beabsichtigt der NATO-General die Verbindungswege nach Westberlin zu verteidigen? Vielleicht gegen jene, die durch ihre Untätigkeit und direkte Unterstützung die kürzlichen Provokationen

bei der Deutschen Reichsbahn in Westberlin gefördert haben? Keineswegs. Will ja sonst niemand die Bahn-, Straßen- oder Luftverbindungen sperren.

Rogers Westberlintournee ist ein weiterer Versuch der NATO, die Stadt in ihre Sphäre hineinzuziehen. Schuster Rogers, bleib' bei deinen Leisten!

M. PODWIGIN  
Eigenbericht

Berlin, im Oktober



Acht Monate sind bereits vergangen, seit die Olympia-teams wieder aus Lake Placid abgereist sind. Neue Bewohner wurden bisweilen noch nicht angekarrt, doch werden sie erwartet. Das frühere „olympische Dorf“ hat man mit Stacheldraht eingezäunt, damit die Häftlinge sich nicht zu erfolgreich „sporllich betätigen“.

Foto: „U.S. News & World Report“

### BUNT IST DIE WELT

#### „ICH SCHENKE IHNEN EINE WETTERFAHNE!“

Ein Artikel in der „Washington Post“, in dem es hieß, ein geheimer Teil der Direktive Nr. 59 sehe vor, Schläge gegen 100 Ziele in China zu führen, löste in Peking Aufregung aus. Ein erfahrener Diplomat, feiner Taktiker, großer Strateg und Sonderbotschafter flog in aller Eile nach Washington, um Erklärungen einzuholen. Direkt vom Flughafen begab er sich in das State Department. Der amerikanische Official, einer der Architekten der amerikanisch-chinesischen Annäherung, war darauf nicht vorbereitet.

„Wie ist das zu verstehen, my dear?“ fragte der Chinese und legte den Zeitungsartikel auf den Tisch. „Warum habt ihr uns ins Visier genommen?“

„Regen Sie sich nicht auf, mein

teurer chinesischer Freund! Glauben Sie mir, jedesmal schmerzt es mich, wenn ich daran denke, daß 100 US-Raketen auf das mit uns befreundete China gerichtet sind. Ehrenwort, als wir diese Frage mit dem Pentagon erörterten, war ich dagegen, drohte mit dem Rücktritt. Doch ich mußte den Krebsgang einschlagen. Um so mehr nehmen Sie das Wort eines Gentleman entgegen, daß diese Raketen völlig veraltet sind. Viele von ihnen werden China nicht erreichen, das Ziel verfeheln oder direkt in einem Silo explodieren. Betrachten Sie die Raketen ruhig als Papieriger! Keine Raketen dürfen unsere Freundschaft trüben. An wen verkaufen wir denn Rüstungsgüter über 400 Lizzenzen und überlassen wir polizeiliche Hilfsmittel? Mit wem zusammen verteidigen wir die Pol-Pot-Leute? Erinnern Sie sich, wie Ihr stellvertretender Premier des Staatsrates, Geng Biao, im vergangenen Jahr

so begeistert von amerikanischen Bombern und Jagdflugzeugen war? Soll man da etwa noch von 100 veralteten Raketen sprechen, die auf Ihr Land gezielt sind?“

Der Amerikaner holte Luft und fuhr fort:

„Raketen, stimmt... Doch wir verkaufen ja auch billig Getreide an euch. Ihr aber führt einen Nuklear-test in der Atmosphäre durch, ohne uns vorher zu warnen. Übrigens möchte ich Ihnen zum Zeichen unserer Freundschaft eine Wetterfahne schenken und sie bitten: Bevor Ihr eure nächste Atombombe zündet, schaut doch einmal auf dieses Präsent. Wenn der Wind in Richtung der US-Küste weht, dann wartet doch etwas — damit die radioaktive Wolke nicht in unsere Richtung zieht...“

Dann überreichte er die Wetterfahne.

J. KOWALENKO

## VERWANDTE SEELEN

Der „Große Stern für militärische Verdienste“, der höchste Orden Chiles, wurde unlängst D. I. von der RSA-Luftwaffe verliehen.

Der General ist nicht der einzige Rassist in Uniform, den die chilenische Junta „ehrt“. Aus Pretoria nach Santiago und umgekehrt reisen ständig „hohe Tiere“. Um die militärischen Kontakte beider Länder zu festigen.

Pinochet entsendet jetzt Soldaten zur Unterstützung der RSA-Okkupationstruppen nach Namibia. Pretoria vermittelt der Junta rüstungstechnologisches Know-how.

RSA-Generalleutnant Rogers leckt Pinochets Speichel: „Südafrika kann bei Chile vieles lernen, was den Kampf gegen den Kommunismus angeht“ (d. h. gegen die patriotischen und progressiven Kräfte). Auch das südafrikanische Regime hat Dinge, die es den chilenischen Gorillas beibringen kann. Kurz gesagt, verwandte Seelen!

A. WLADIMIROW

## ...DER NÄCHSTE

Diese Monster, die respondent der „Globe and Mail“ te, sind Amerikaner Großherzogtums die dort wieder ein növorn unter Einscher Waffen teilneilen. Luxemburg h nancial Times“ z Herzen der Touris seine malerische

und seine historischen Sehenswürdigkeiten errungen.

Wie dieses Bild zeigt, hat auch das Pentagon sein Herz für Luxemburg entdeckt. Kürzlich bewilligte der US-Senat Gelder für den Bau einer Nervengasfabrik in Pine Bluff, Bundesstaat Arkansas, da nach Berechnungen des Pentagon die jetzigen Arsenale mit „nur“ ca. 3 Mio Artilleriegeschossen, Tausenden von Fliegerbomben und Hunderttausenden Minen zu klein seien... Auf US-Militärstützpunkten sind auch über 50 t des mörderischen BZ-Gases gelagert.

Dabei preist Washington gegenüber den NATO-Partnern in höchsten Tönen die Vorteile chemischer Waffen. Will es ja diese Waffen nicht in den USA selbst, sondern in Europa einsetzen. Am willigsten war London. Die USA und Großbritannien tauschen bereits Erfahrungen bei der Entwicklung chemischer Kampfstoffe aus. Das Großherzogtum hat sein Territorium für C-Waffen-Manöver bereitgestellt. Der nächste, bitte!

G. VIKTOROW

## IHR MANN IN SEOUL

Als der südkoreanische Diktator Chon Du Hwan noch ein kleiner Junge war, antwortete er auf die übliche Frage, was er denn später einmal werden wolle, nie mit „Präsident“. Er wollte Militär werden und wurde es. Doch nachdem Chon sich in Vietnam so „hervorragend“ bewährt und mit der linken Hand den Volksaufstand in Kwangju niedergeworfen hatte, wurde man auf ihn aufmerksam — in Washington. Und gab zu verstehen, man habe nichts dagegen, wenn der General Präsident werde — von Südkorea natürlich.

Washington war, so die kanadische „Globe and Mail“, nur mit einem einzigen Problem konfrontiert: „Wie können die USA ihre Unterstützung für ein Regime rechtfertigen, das sich ganz offen selbst jedem Anschein von Demokratie widersetzt?“

Am 22. Oktober lief in Südkorea das „Referendum über die neue Verfassung des Landes“



über die Bühne. General und jetzt Präsident Chon Du Hwan hat sei-

nen Wortschatz über die Kommisssprache hinaus bereichert. Kurz vor dem Referendum erklärte er, ohne zu stottern, Südkorea trete „durch die Annahme der neuen Verfassung in eine Epoche, da eine gerechte Gesellschaft und ein demokratischer Staat geschaffen werden.“ Die „neue Verfassung“ segnet natürlich seine Alleinherrschaft ab.

Das Referendum hat ein Echo gefunden — in den USA. Jetzt kann man dort stolz erklären, man habe in Seoul seinen eigenen Mann. Ist er ja so brav und gehorsam — siehe Foto aus „Globe and Mail“.

V. GRIBATSCHOW



Zeichnung: N. Tscherbakow

## RECHTSSTAAT", KAPITEL 1...

ungewöhnliches Schauspiel sich am 2. Oktober in einem desdeutschen Gerichtssaal in Frankfurt a. M. In der Pressecke weniger Journalisten als auf Anklagebank. Erstmals in der Kriegsgeschichte der BRD hat sich sechs Reporter von Springer's überblatt „Bild“ gerichtlich zu antworten.

„Bild“ hatte erfahren, daß ein begeisterter Frankfurter Oberstaatsanwalt Experimente mit seinem Blut durchführte. Am späten Abend des 2. Januar 1979 brachen „Bild“-Reporter, die sich vorher in einer Kneipe angetrunken hatten, die Wohnungstür auf. Einige Tropfen wurden von den Springer-Leuten als „Beweis“ für ihre Berichterstattungen mitgenommen.

„NEUE ZEIT“ 44-80

Bereits am folgenden Tag warnte „Bild“ mit Überschriften auf wie „Deutscher Schüler trank Mädchenblut“ und „Statt Blumen schenkte er Blut“...

Fast zwei Jahre zog sich die Untersuchung hin, doch diesmal konnte der Vorfall, anders als früher, nicht unter den Teppich gekehrt werden. Jetzt werden die sechs Journalisten von 12 „renomierter“ Rechtsanwälten verteidigt. Springer fürchtet, der Prozeß könne zu einem „Tribunal“ gegen sein Pressemonopol werden. Ist ja die „Vampiraktion“ kein Einzelfall, keine betrübliche „Entgleisung“, sondern der professionelle Stil der „Bild“-Kulis, die für eine „Sensation“ zu allem bereit sind.

N. SHOLKWER

## ...UND KAPITEL 2

Kürzlich schauten „Nachbarn“ bei zwei Einwohnern von Brüssel — Jean-Claude Garot und Anne Hauben — vorbei. Die Mieter waren nicht anwesend. Und die „Gäste“ freuten sich sogar darüber. Nachdem sie die Tür geöffnet hatten, drangen sie in die Wohnung ein, um nachzusehen, ob dort auch nichts Verdächtiges ist.

Die „Nachbarn“ waren als Polizeiagenten beruflich dazu angehalten — gab es ja genug Gründe, Garot und Hauben zu verdächtigen. Beide arbeiteten für die progressive Wochenschrift „Pour“, die ihre Leser über die totale politische Bespitzelung in Belgien, über die vielen tausend Akten informiert hatte, die das Justizministerium über Gewerkschaftsaktivisten, Politiker, Bürger, die in sozialistische Länder reisen, und Personen mit linken Überzeugungen angelegt hatte.

Die Journalisten hatten ferner ermittelt, daß Neonazis, mit denen die Polizei ausgezeichnete Verbindungen pflegt, zur Bespitzelung und für Denunziationen eingesetzt werden. Mitarbeiter des Blattes, die den Lesern die Wahrheit berichtet hatten, wurden verhaftet. Die belgische Polizei fackelt nicht lange bei Unruhestiftern. Nur bei Neonazis drückt sie alle Augen zu.

L. MAKAREWITSCH

# IM LABYRINTH DER WIDERSPRÜCHE

Wadim NEKRASSOW

Die heftige Zuspitzung der politischen Widersprüche zwischen den führenden westlichen Ländern, durch die die Frühjahrs- und Sommermonate 1980 gekennzeichnet waren, scheint abgeschlossen. Das jedenfalls behaupten viele Politiker und mit ihnen eng liierte Beobachter der NATO-Länder. Tatsächlich ergibt sich auf den ersten Blick ein solcher Eindruck. Angesichts der Wahlen in der BRD und in den USA sowie den anstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich haben die Politiker ihre Aufmerksamkeit auf andere, vor allem innenpolitische Probleme, umgeschaltet. Eine tiefgehendere wissenschaftliche Analyse der Fakten zeigt jedoch, daß die imperialistischen Gegensätze unausrottbar sind, daß sie entsprechend den konkreten Augenblicksbedingungen lediglich modifiziert werden und sich unausbleiblich in einer mehr oder minder fernen Zukunft erneut bemerkbar machen. Deshalb scheint es angebracht, eine Bilanz aus der vergangenen Zeit zu ziehen.

## Stabilität oder Wandel?

Die Geschichte kennt nicht wenige Beispiele dafür, wie rasch sich Bündnisse zwischen führenden Staaten ändern können. Für heute jedoch bleibt die Struktur der internationalen Beziehungen im Aktionsradius des entwickelten Kapitalismus insgesamt die gleiche wie seit dem zweiten Weltkrieg. Es entsteht die Frage nach der Ursache für eine derartige, wenn auch relative, so doch deutlich erkennbare, Stabilität?

Kein Zweifel, daß in diesem Fall der Klassenfaktor die wichtigste Zementierung darstellt: die gemeinsame Feindschaft der herrschenden Kreise der kapitalistischen Länder gegen den realen Sozialismus, die Angst vor dessen rascher Stärkung und der Zunahme seines internationalen Einflusses, vor dem Aufschwung des Befreiungskampfes der Völker, der werktätigen Massen in der ganzen Welt. „Während das Gewicht des real existierenden Sozialismus zunimmt“, schreibt das französische „Casciers du Communisme“ „schrumpft der imperialistische Herrschaftsbereich sowohl geographisch als auch qualitativ ein“. Beweis dafür ist der überall vorherrschende Produktionsrückgang, die steigende Arbeitslosigkeit und Inflation, die zunehmend stärker werdende Energiekrise und der härtere Handelskrieg im Westen. Die sozialpolitischen Folgen der jetzigen Krise, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems erschüttern können,

abzuwenden, ist das Hauptmotiv für das Verhalten der herrschenden Kreise in den westlichen Ländern.

Wesentliche Bedeutung erlangt auch die militärstrategische Parität zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Kapitals, die auf dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU (1980) als Errungenschaft von „prinzipieller und historischer Bedeutung“ bezeichnet wurde. Angesichts dessen sind die westlichen Politiker besonders bestrebt, eine gemeinsame Front in der Auseinandersetzung der beiden sozialen Systeme zu bewahren. Deutlich erkennbar wurde das von Lenin konstatierte „Bündnis der Imperialisten aller Länder ... das Bündnis, das natürlich und unvermeidlich ist für die Verteidigung des Kapitals, das kein Vaterland kennt...“

Dennoch treten durch die Widersprüche bestimmte Veränderungen in den Beziehungen zwischen den westlichen Staaten ein und müssen eintreten. Sie sind der Ausdruck des Wirkens des Gesetzes der ungleichmäßigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des modernen Kapitalismus. Diese Veränderungen werden vielleicht nicht so deutlich erkennbar wie früher, aber sie sind zweifellos vorhanden.

## Politische Färbung

Die Vorgänge der vergangenen Monate zeigten recht deutlich die Staaten vom Hauptproblem der Beziehungen zwischen den westlichen Staaten vom Hauptproblem der Gegenwart, vom Problem Krieg und Frieden. Nüchtern denkende Politiker muß die Perspektive eines globalen Kernkonflikts beunruhigen, auf den die abenteurliche Linie der jetzigen Washingtoner Administration hinführt. Die „Washington Post“ bemerkte in diesem Zusammenhang lakonisch zur Lage in Westeuropa: „Viele befürchten, daß die USA sie in einen Krieg hineinziehen.“

Andererseits hat die in Europa verwurzelte Entspannungspolitik den westeuropäischen Staaten nicht wenige wirtschaftliche Vorteile eingebracht. Sie sind besonders vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Wirren der letzten Jahre spürbar. Die Erfahrungen der geschäftlichen Zusammenarbeit in den 70er Jahren haben viele Politiker und Geschäftsleute des Westens von der Realität und dem beiderseitigen Vorteil des Kurses auf Normalisierung der internationalen Lage überzeugt.

So sind nicht die zunehmenden wirtschaftlichen Widersprüche zwis-

schen den Ländern des Kapitals in den Vordergrund getreten, obwohl man deren Bedeutung keinesfalls unterschätzen darf, sondern Widersprüche vor allem politischer Färbung. In ihrem Brennpunkt ergab sich die Frage über die Beziehungen zu den Staaten des realen Sozialismus, vor allem zur UdSSR.

Das „Wall Street Journal“ schrieb im vergangenen Sommer, die USA seien bereits kein Machtssymbol mehr, was gebraucht werde, um die Aktionen des Bündnisses zu lenken“. Jedoch entschloß sich das Weiße Haus, auch diesen Umstand für die aggressiven Interessen des US-Monopolkapitals zu nutzen. Die Carter-Administration hat bei ihrem Bemühen, die internationalen Beziehungen in die Zeiten des kalten Krieges zurückzuwerfen, die vorbehaltlose Solidarität der anderen westlichen Länder verlangt. Man hatte in Washington erwartet, sie würden sich automatisch um die amerikanischen Thesen zusammenscharen. In den meisten Hauptstädten der Bündnispartner aber erkennt man die friedensgefährlichen Folgen dieses Kurses. Man sieht dort auch, daß es ein Ziel der US-Politik ist, es nicht zu einer Stärkung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der politischen Unabhängigkeit Westeuropas kommen zu lassen und dort auf Kosten der europäischen Konkurrenten günstigere Voraussetzungen für die US-Monopole auf den Weltmärkten zu schaffen.

Die Regierungen der NATO-Länder sahen sich vor einem schwierigen Dilemma: Einerseits bestand die Gefahr einer ernstlichen Spaltung des westlichen Bündnisses, andererseits wollten sie die ihrer Meinung nach irrgewisse Handlungsweisen der Vereinigten Staaten nicht wiederholen. So gerieten die einen oder anderen konkreten Schritte des Weißen Hauses ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik, während jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit einer allgemeinen Solidarität mit den USA betont wurde. In diesem Zusammenhang wurde auch immer häufiger die Frage nach der Rolle Westeuropas in der Weltpolitik gestellt.

Die Solidarität mit Amerika, bemerkte das Organ der französischen Geschäftskreise „Echos“, „darf nicht auf einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ungleichheit basieren, die von der dominierenden Macht sorgfältig aufrechterhalten wird, die es Europa nicht gestattet, den ihm zustehenden Platz in der Welt einzunehmen“. Das Dilemma, vor das die Wende in der amerikanischen Außenpolitik zu Beginn des

Jahres 1980 die Bündnispartner stellte, läuft, der britischen "Financial Times" zufolge, auf die Frage hinaus, „ob es sich lohne, hin und wieder entgegen den eigenen richtigeren Überlegungen die Vereinigten Staaten im Interesse der ‚Solidarität‘ zu unterstützen oder die eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen und einen unabhängigen Kurs zu verfolgen“.

Eine Entschlußfindung kompliziert sich jedoch, wie das gleiche Blatt äußert, dadurch, daß es zwischen den Bündnispartnern der USA „keine besondere Einheit“ im Herangehen an diese brennende und wichtige Frage gebe. London hat, mit Ausnahme weniger Nuancen, den abenteuerlichen Kurs des Weißen Hauses von Anfang an unterstützt. Die gleiche Haltung nahm in den letzten Monaten allmählich auch Tokio ein. Andererseits lehnte sich Paris offen dagegen auf, Washington vorbehaltlos zu folgen. Die Regierungskreise der BRD und Italiens bezogen eine Zwischenposition. Alarmierend war die demonstrative Zusammenarbeit Washingtons und Bonns, als sie den anderen NATO-Partnern Beschlüsse aufdrängten, die zu einer Fortsetzung des Wettrüsts führen. Und zwar unter der Scheinparole von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“. Die Bündnispartner, so erklärte „U.S. News & World Report“, hätten „keine andere Wahl, als mit den Vereinigten Staaten zu gehen, wobei sie die ständige Abhängigkeit Westeuropas und Japans von den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Verteidigung in Rechnung stellen müssen“. Mit ähnlichen Warnungen und ausgehend von den eigenen Interessen meldeten sich im Grunde auch einflußreiche Kreise der BRD zu Wort.

### Keine bedingungslose Unterwerfung

Dennoch wurde eine realistische Betrachtungsweise der Hauptprobleme der heutigen internationalen Beziehungen sehr deutlich. So wollten viele Staatsmänner westlicher Länder nicht bedingungslos der Forderung des Weißen Hauses über die Teilnahme an wirtschaftlichen und anderen „Sanktionen“ gegen die UdSSR zustimmen. Bei einigen anderen wichtigen Fragen war das Bemühen zu beobachten, eine gewisse Distanz zur US-Administration zu wahren. Am deutlichsten kam das bei den sowjetisch-französischen und sowjetisch-bundesdeutschen Gipfelkontakten im vergangenen Sommer zum Ausdruck.

Dennoch gelang es den Vereinigten Staaten, wenn auch nicht vollständig und sofort, die Zustimmung zu ihrem Kurs und sogar einige Maßnahmen zu seiner Unterstützung seitens der meisten Partnerstaaten durchzusetzen. Gleichzeitig bildete sich in dieser Zeit eine mehr oder minder allgemeine Konzeption der Beziehungen der westeuropäischen Partner zur Politik des Diktats der Carter-Administration heraus: Solidarität mit Washington im Prinzip, nicht aber unbedingte Orientierung

„Die Regierungen der kapitalistischen Länder unternehmen einen Versuch nach dem anderen, um die Widersprüche zu glätten und sich über gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung der Krise zu einigen. Aber es ist nun einmal das Wesen des Imperialismus, daß jeder darauf aus ist, Vorteile auf Kosten anderer zu ergattern und anderen seinen Willen aufzuzwingen. Die Differenzen treten in neuen Formen zutage, die Widersprüche entbrennen mit neuer Kraft.“

(Aus dem Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag am 24. Februar 1976)

auf seine konkreten Aktionen. Schon im Januar d. J. äußerte der französische Ministerpräsident Barre Journalisten gegenüber: „Frankreich verteidigt seine Interessen. Das bedeutet nicht, daß es die Solidarität ignoriert, die es mit vielen Ländern verbindet, sondern es bedeutet, daß Solidarität in seiner Vorstellung kein Synonym für bedingungslose Gleichschaltung ist.“ Dem bundesdeutschen Verteidigungsminister Apel folge bedeute Solidarität keine vollständige Hintanstellung der eigenen Interessen.

Die mehrfachen persönlichen Kontakte der französischen und bundesdeutschen Staatsmänner in diesem Jahr haben bekräftigt, daß es, nach Ansicht derjenigen, die in diesen Ländern an der Macht sind, nötig ist, das Vorhandensein besonderer Interessen extra zu betonen, die nicht unbedingt mit den amerikanischen übereinstimmen müssen. Das ignorierte auch Großbritanniens Premier Margaret Thatcher während ihres Septemberaufenthalts in Paris nicht.

Die Klassensolidarität, das Fortbestehen der allgemeinen wirtschaftlichen, technischen aber auch militärischen Überlegenheit der USA in der westlichen Welt sowie die relativ schwache politische Zusammenarbeit der EG-Länder gestatten ihnen bislang nicht, an eine tatsächliche Gleichberechtigung mit den USA oder etwa an eine Unabhängigkeit von Washington zu denken. Die „New York Times“ bemerkte dazu sehr richtig: „Obwohl bei ihnen das Gefühl für die Gemeinsamkeit der politischen Interessen zwar stärker geworden ist, weisen die EG-Länder nicht genügend Geschlossenheit auf, um selbständig und wirksam vorzugehen.“

Die „Selbständigkeit“ in der Außenpolitik des westeuropäischen Monopolkapitals läuft noch immer nur darauf hinaus, zu erreichen, daß Washington nicht so rücksichtslos wie in den vergangenen Monaten vorgehe, daß es sich wenigstens mit seinen wichtigsten Verbündeten konsultiere. Aus all dem ergibt sich, daß die in den westeuropäischen NATO-Ländern bezüglich der Wichtigkeit einer selbständigen Außenpolitik gemachten Erklärungen eher als fromme Wünsche denn als konkretes Aktionsprogramm zu bewerten sind. Es ist ganz klar, daß die westeuropäischen Länder und Japan die Frage über ihre vollständig unabhängige Rolle in den internationalen Beziehungen in ganzer Breite nur stellen könnten, wenn sie sich von den Washingtoner Thesen über die angebliche sowjetische militärische Bedrohung, über die Notwendigkeit einer militärischen

Überlegenheit über die sozialistischen Staaten lösen würden.

### „Arbeitsteilung“

Allerdings sind die Auseinandersetzungen im imperialistischen Lager in den letzten Monaten nicht umsonst gewesen. Washington wie seine Partner bemühen sich, Lehren aus den seit der Nachkriegszeit heftigsten zwischenstaatlichen Widersprüchen zu ziehen. So entstand der Gedanke an eine „Arbeitsteilung“ zwischen den USA und ihren Verbündeten. Sie impliziert möglicherweise eine Anpassung der entstandenen Struktur in den Beziehungen zwischen den führenden kapitalistischen Ländern an die neuen Bedingungen, da, wie die „Times“ konstatierte, das Koordinierungssystem ihrer Außenpolitik sich „als eindeutig unwirksam erwies“.

Gedanken hinsichtlich der Art dieser Anpassung sind bislang noch recht unkonkret. Beiderseits des Atlantik erkennt man in Worten bereits die Notwendigkeit einer präziseren Rollenverteilung zwischen den Mitgliedern des westlichen Bündnisses unter Beibehaltung der NATO und des gesamten Systems der bestehenden militärpolitischen Abmachungen und Verträge an. Andererseits wird dieser allgemeine Anerkennung ein widersprüchlicher Inhalt gegeben.

Die Verbündeten der USA wollen ihren eigenen politischen Status heben. Man stellt sich, nach Meinung des französischen „Monde“, die Aufgabe, „nicht die Freiheit der Entscheidungsfindung angesichts der starken Veränderungen der amerikanischen Außenpolitik zu verlieren“. Washington allerdings orientiert sich allem Anschein nach eher auf eine „Lastenteilung“, das heißt auf eine noch intensivere Einbeziehung der Partner in den Rüstungswettlauf. Sehr offen sprach sich zu den Ansprüchen der westeuropäischen NATO-Mitglieder in einem Gespräch mit französischen Journalisten niemand anderer als der einstige US-Außenminister Kissinger aus. Er stimme im Prinzip dem Gedanken nicht zu, daß (West)Europa die Verhandlungsführung übernehmen solle, während die Vereinigten Staaten sich mit der Rüstung beschäftigen müßten, da Europa in diesem Fall das Monopol auf die Entspannung haben würde, die Vereinigten Staaten aber auf die Verteidigung. Washington will die Rolle des Repräsentanten der globalen Interessen des Westens übernehmen, den westeuropäischen und japanischen Partnern aber bleibt lediglich die Funktion der Verteidigung regionaler In-

teressen des Kapitalismus.

Die Bonner Variante, vorgelegt während der amerikanisch-bundesdeutschen Kontakte 1980, beruht auf einer „Arbeitsteilung“, vor allem zwischen der BRD und den USA. Nach Ansicht von Bonner Politikern müsse gerade die Bundesrepublik ihre Aufmerksamkeit auf Europa und die Entwicklungsländer konzentrieren, wo die USA in den letzten Jahren ihren Ruf ziemlich gründlich zuschanden geritten haben. Für den Fall, daß Washington in Ereignisse ähnlich denen in Iran verwickelt wird, hätte Bonn nichts dagegen, in dessen Namen und dessen Auftrag einen Teil der militärischen NATO-Lasten in Westeuropa zu übernehmen. Jedoch wird im gleichen Atemzug betont, es könne sich nur um „einander ergänzende“ Aktionen handeln.

Immer häufiger wird auch die Frage nach einem Beratungsmechanismus zur Koordinierung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kurses der wichtigsten westlichen Mächte auf globaler Grundlage aufgeworfen. Ein solcher Mechanismus gestattete die sofortige Erörterung von Krisensituationen, wie sie der Westen sieht. Ein vorläufiger Meinungsaustausch zu dieser Frage fand, wie die westliche Presse meldet, auf dem Junitreffen der Staats- und Regierungschefs der sieben führenden kapitalistischen Länder in Venedig statt. Dort zeigte sich auch der Wunsch einiger Teilnehmer, eine Gruppe aus Vertretern der USA, der BRD, Frankreichs und Großbritanniens zu bilden, die die außereuropäischen Dinge im Namen der NATO bearbeiten könnten.

Die vorgesehenen Konsultationen sind eine keineswegs einfache Angelegenheit, was man im Westen auch sehr begreift. Die in Paris erscheinende „International Herald Tribune“ schrieb: „Dem Nordatlantikblock steht offenbar eine langwierige und qualvolle Periode der Umstrukturierung bevor, da die USA unfähig sind, eine volle Geschlossenheit der Bündnispartner zur Unterstützung ihrer Auslandspolitik zu erzielen und die westeuropäischen Länder keine vollständige Unabhängigkeit und Koordinierung ihrer Außenpolitik erzielen können.“

\*\*\*

Das gedankenschwere Resümee westlicher Beobachter lautet: Von nun an könne es zwischen den atlantischen Partnern kein Einverständnis hinsichtlich der Mittel zur Erlangung der vor ihnen stehenden Ziele geben. Je schwächer die ihr Bündnis zusammenhaltende Legende von der Gefahr einer „sowjetischen Invasion“ wird, stößt die NATO auf immer stärkere innere Differenzen. Die von Washington eingeleitete neue Runde des Wettrüstens dürfte kaum dazu verhelfen, Lösungen für die im westlichen Lager entstehenden Probleme und Widersprüche zu finden, denn Versuche, eine langfristige Politik auf antisowjetischer Hysterie aufzubauen, sind heute zum Scheitern verurteilt.

DDR

## FÜR DIE WERKTÄTIGEN

Unser ständiger Berichterstatter in der DDR, Michail Podwigin, hat Werner HEILEMANN, Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB, aufgesucht und ihm einige Fragen nach der Tätigkeit der Gewerkschaften in der DDR vorgelegt. Wir bringen hier das Interview.

### Sagen Sie mir bitte: Welche Rolle spielen die Gewerkschaften in der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR?

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist mit 8,8 Millionen Mitgliedern die umfassendste Organisation der Arbeiterklasse der DDR. In den 16 Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, die sich im FDGB zusammengeschlossen haben, sind 97% aller Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz organisiert. Über 2,2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder üben in den Grundorganisationen der Betriebe und Einrichtungen eine gewerkschaftliche Wahlfunktion aus. Jedes Mitglied des FDGB hilft damit, die Aufgaben seiner Organisation zu verwirklichen.

Die Gewerkschaftspolitik ist fester Bestandteil der auf das Wohl der arbeitenden Menschen und das Glück des ganzen Volkes gerichteten Partei der Arbeiterklasse. Als treue Kampfgefährten der Partei haben die Gewerkschaften die Beschlüsse des IX. Parteitags der SED zur Grundlage ihres Handelns gemacht. In vertrauensvoller und schöpferischer Zusammenarbeit zwischen der marxistisch-leninistischen Partei, dem sozialistischen Staat und der Klassenorganisation — den Gewerkschaften — wird so ein beträchtlicher Teil des Einflusses der Arbeiterklasse auf Wirtschaft und Gesellschaft verwirklicht.

Der FDGB wirkt als Schule des Sozialismus und Kommunismus, als Interessenvertreter der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der DDR.

### Wie steht es mit der ideologischen Arbeit in den Gewerkschaften der DDR?

Durch vielfältige politisch-ideologische Arbeit, die Herzstück der Gewerkschaftsarbeit ist, machen die Gewerkschaften ihre Mitglieder mit der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse vertraut und befähigen sie zur klassenmäßigen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus. Die wichtigsten Formen dafür sind die monatlichen Mitgliederversammlungen in den Gewerkschaftsgruppen und die rund 149 000 Schulen der sozialistischen

Arbeit mit ihren ca. 3 Millionen Teilnehmern.

Der FDGB überzeugt die Werktätigen von den Vorzügen der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und gewinnt sie über den sozialistischen Wettbewerb in den Betrieben und Einrichtungen zur aktiven, schöpferischen Mitarbeit bei der allseitigen Stärkung der DDR.

Gleichzeitig vertieft der FDGB im Denken und Handeln seiner Mitglieder die unverbrüchliche Freundschaft und das feste Bündnis zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern und ihr Eintreten für Frieden, Abrüstung und Entspannung in der Welt. Die Gewerkschaften fördern die aktive Solidarität der Mitglieder mit den um nationale und soziale Befreiung kämpfenden Werktätigen und ihr Eintreten für die Aktionseinheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

In einem sozialistischen Staat ist die Arbeiterklasse der Träger der Macht. Es gibt niemand, der für sie die gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Probleme, alle Lebensfragen löst, sie tun es selbst. Die Gewerkschaften als ihre Organisation sind dazu berufen, die Arbeiterklasse immer besser zu befähigen, ihre ureigensten Interessen, die in der Festigung der sozialistischen Staatsmacht, in der Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen bestehen, im kulturellen Wirken effektiv wahrzunehmen.

Unsere ideologischen Gegner behaupten oft, daß die Gewerkschaften von der Partei abhängige Organisationen seien. Man könnte auf Engels verweisen, der schon vor mehr als 100 Jahren schrieb, daß jede Gewerkschaft gut beraten ist, wenn sie sich unter die Führung der Arbeiterpartei begibt. In der Tat besteht auch heute in der Welt keine Gewerkschaft, die nicht irgendwie einer Partei zugetan oder sogar angeschlossen wäre. Unter sozialistischen Bedingungen ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaften der Arbeiterpartei nahestehen, mit ihr eng verbunden sind, weil sich — ich wiederhole — die Ziele der Partei der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften decken.

**Der FDGB hat in der Volkskammer der DDR eine eigene Fraktion und Abgeordnete in den örtlichen Volksvertretungen. Welche Aufgaben haben die Gewerkschaftsmitglieder in diesen Organen?**

Wie Sie aus meiner ersten Antwort ersehen können, ist der FDGB eine Klassenkampforganisation, die der Arbeiterklasse hilft, ihre historische Mission zu verwirklichen. Die Gewerkschaftspolitik des FDGB unterscheidet sich damit nicht von den anderer Gewerkschaften, die den Marxismus-Leninismus zur Grundlage ihres Handelns gemacht haben. Besonderheiten der Gewerkschaftsarbeit in der DDR bestehen in Formen der Teilnahme an der Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie, die sich in der DDR historisch entwickelt haben. Ein Beispiel dafür ist die Tätigkeit der vom FDGB in den Arbeitskollektiven nominierten Abgeordneten in den Volksvertretungen.

In der Volkskammer, dem höchsten Organ unseres sozialistischen Staates, ist der FDGB mit 68 Abgeordneten und 22 Nachfolgekandidaten vertreten. Damit stellen die Gewerkschaften die zweitstärkste Fraktion der Volkskammer.

FDGB-Abgeordnete wirken in allen 15 Ausschüssen der Volkskammer mit und sind so an der Ausarbeitung und Beschußfassung über alle im sozialistischen Staat geltenden Gesetze beteiligt. Auch in die Volksvertretungen der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden werden vom FDGB nominierte Abgeordnete gewählt. So arbeiten allein in den örtlichen Volksvertretungen über 46 000 Abgeordnete und Nachfolgekandidaten, die Mandatsträger des FDGB sind.

Da die vom FDGB nominierten Abgeordneten größtenteils in der materiellen Produktion arbeiten, fließen die Erfahrungen, Vorschläge, Hinweise und Kritiken aus den Gewerkschaftskollektiven unmittelbar in die Arbeit der Volksvertretungen ein. Das ist besonders jährlich bei der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplans so. Es war auch der Fall, als der FDGB von seinem in der Verfassung verankerten Recht der Gesetzesinitiative Gebrauch machte und auf Beschuß des 9. FDGB-Kongresses der Volkskammer den Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzbuches vorlegte, das heute Grundlage der Arbeitsgesetzgebung in der DDR ist.

Wie beteiligen sich die Gewerkschaften in der DDR an

**der Entscheidung über soziale Fragen?**

Der FDGB hat die Lösung sozialer Fragen immer im Zusammenhang mit der Leistungskraft der Volkswirtschaft gestellt und betont, daß nur das verbraucht werden kann, was erarbeitet worden ist.

Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes wird durch ein hohes Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion, durch die Erhöhung der Effektivität und das Wachstum der Arbeitsproduktivität sowie durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt erzielt. Die Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik entspricht damit den Aufgaben beim sozialistischen Aufbau. Mit ihrer Teilnahme an der Leitung und Planung der Volkswirtschaft und ihren Leistungen im sozialistischen Wettbewerb tragen die Gewerkschafter zur Hebung des Lebensniveaus der Werktäglichen bei.

Unter der Lösung „Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit, jedem Gramm Material einen höheren Nutzeffekt“ ringen die Gewerkschafter darum, alle Reserven zu erschließen, um die Qualität und Effektivität der Produktion zu erhöhen, die Arbeitsproduktivität zu steigern und gleichzeitig die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern.

Die Beteiligung des FDGB an der Lösung sozialer Fragen ist damit untrennbar verbunden mit der erfolgreichen Organisierung und Führung des sozialistischen Wettbe-

werbs. Ausgehend von den im Prozeß der Arbeit geschaffenen realen Möglichkeiten, hat der FDGB der Partei und der Regierung solche sozialpolitischen Maßnahmen vorgeschlagen, die für die Menschen am wichtigsten sind und die die vorhandenen Mittel am wirkungsvollsten zur Anwendung bringen.

Die gemeinsamen Beschlüsse des ZK der SED, des Bundesvorstands des FDGB und des Ministerrats der DDR sind eine Form ihrer vertraulosen Zusammenarbeit. Seit dem VIII. Parteitag der SED wurden über 100 wichtige sozialpolitische Maßnahmen verwirklicht. Mit der schrittweisen Verwirklichung des von der SED auf ihrem VIII. und IX. Parteitag beschlossenen sozialpolitischen Programms hat sich das Vertrauen der Werktäglichen zu ihrem Staat weiter erhöht.

Sichtbar wird der Beitrag des FDGB zur immer besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktäglichen und der ganzen Bevölkerung, auch in der Leitung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten und im Feriendienst.

Die Mitarbeit der Gewerkschaften an der Gestaltung der Einkommenspolitik, bei der Arbeits- und Urlaubsregelung, bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, besonders bei der Realisierung des Wohnungsbauprogramms zeigt ebenfalls, wie der FDGB seiner Verantwortung als Interessenvertreter der Arbeiterklasse und aller Werktäglichen der DDR für die Lösung sozialer Fragen gerecht wird.

## „UVOREINGENOMMENHEIT“

Die bekannte italienische Journalistin Oriana Fallaci interviewte einmal Deng Xiaoping. Im Gespräch fragte sie ihn, wieso Peking die reaktionärsten Regimes, auch die faschistische Junta in Chile, unterstütze. Die tiefsinngige Antwort lautete: „Man soll die Dinge unvoreingenommen sehen.“

Nun gut, unvoreingenommen. Die ganze Welt verurteilt aber das faschistische Regime und sein rabiatres Vorgehen gegen die Patrioten. Viele Länder haben chilenischen Emigranten Asyl gewährt und unterstützen die Kämpfer gegen die Diktatur. Das sei voreingenommen, sagt man in Peking und legt Muster an „Unvoreingenommenheit“ an den Tag. Den Botschafter der von den Putschisten gestürzten legitimen Regierung erklärt man zur „Person non grata“, dem Geheimdienst Pinochets leitet man Angaben über chilenische Kommunisten und andere Antifaschisten zu, die von Agenten des chinesischen Geheimdienstes stammen. Dem Regime in Santiago gibt man Hunderte Millionen Dollar Kredit für Waffenkaufe und für den Unterhalt des Gewaltapparats. Delegationen flitzen hin und her.

So hat eine Delegation unter Landwirtschaftsminister Alfonso Márquez de la Plata Ende Oktober Peking besucht, offiziell, um einen weiteren Ausbau des Handels, neue Kredite, gemeinsame Forschungen usw. zu besprechen. Nach Ansicht ausländischer Journalisten konnte aber auch anderes zur Debatte stehen. Pinochet persönlich sagte einmal: „Die uns von China zu günstigen Bedingungen angebotene nukleare Hilfe würde Chiles Wehrfähigkeit stärken... Verhandlungen mit chinesischen Beratern haben vielversprechende Ergebnisse gezeigt.“

Westliche Experten fragen jetzt, ob sich hinter den immer häufigeren Besuchen chinesischer und chilenischer Delegationen nicht Verhandlungen darüber verbergen, die versprochene nukleare Hilfe in die Praxis umzusetzen. Das kann schon sein. Es wäre immerhin ein Schulbeispiel für Pekings „Unvoreingenommenheit“.

J. DIMOW

# EIN SCHRITT VORAN

Vom 15. September bis 10. Oktober tagte in Genf die UNO-Konferenz über das Verbot oder die Beschränkung der Anwendung besonders grausamer oder nichtselektiver konventioneller Waffen.

Das auf diesem Forum erörterte Problem ist nicht neu. Waffen, die von Spezialisten als besonders heimtückisch eingestuft werden, sind bereits von einigen westlichen Ländern gegen die nationalen Befreiungsbewegungen, bei Aggressionsakten gegen die Völker und Staaten, die für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, erprobt worden. So erhielten Tausende vietnamesische Zivilisten schwere Verletzungen durch Napalmbomben, einer Form dieser Waffen.

Jetzt geht es um eine Verstärkung des völkerrechtlichen Schutzes für die Zivilbevölkerung gegenüber dem Einsatz solcher Waffentypen. Die Abrüstungssondertagung der UNO-Vollversammlung hatte diesen Fragenkomplex 1978 erörtert. In ihrem Abschlußdokument hieß es: „Weitere internationale Aktionen aus humanitären Erwägungen zum Verbot oder zur Beschränkung des Einsatzes konkreter Arten konventioneller Waffen, einschließlich derer, die übermäßige Zerstörungen und Leiden verursachen können oder nicht selektiv wirken, müssen erörtert werden.“ Man beschloß damals, für 1979 eine UNO-Konferenz einzuberufen.

Die zweite Session dieser Konferenz (unlängst in Genf) hatte die Formulierung einer „Regenschirmkonvention“ über ein Verbot oder eine Beschränkung des Einsatzes solcher Waffen sowie einzelne diesbezügliche Protokolle abzuschließen. An ihr nahmen Delegationen aus 80 Ländern teil. Ferner waren viele internationale Organisationen und Delegierte der nationalen Befreiungsbewegungen als Beobachter vertreten.

Wichtigstes politisches Ergebnis der Konferenz waren die vier verabschiedeten Hauptdokumente: die „Konvention über das Verbot oder Einschränkung des Einsatzes konkreter Arten konventioneller Waffen“, das „Protokoll über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes von Minen, Minenfallen und anderer Anlagen“, das „Protokoll über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes von Brandwaffen“ und das „Protokoll über nicht zu entdeckende Splitter“.

Auf Initiative der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft wurde in die Präambel der Konvention ein Aufruf zur weiteren Festigung der internationalen Entspannung, zur Beend-

igung des Wettrüstens und zur Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Staaten aufgenommen. Besonders wird die Notwendigkeit eines Fortschritts in Richtung auf allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle hervorgehoben. Ein prinzipiell wichtiger Punkt der Konvention ist deren Ausweitung auf die nationalen Befreiungsbewegungen in bewaffneten Konflikten. Als Depositär der Konvention und der Protokolle wird UNO-Generalsekretär eingesetzt. Die Konvention steht allen Staaten ab 10. April 1981 zur Unterzeichnung offen.

Worum geht es in diesen Dokumenten? Es wird verboten, Waffen und Munition einzusetzen, die mit Röntgenstrahlen im menschlichen Körper nicht zu entdeckende Splitterschäden verursachen. Der Einsatz von Minen, von Minenfallen und anderen Waffen wird untersagt oder eingeschränkt. Solche Waffen dürfen unter keinen Umständen gegen die Zivilbevölkerung verwendet werden: Weder aggressiv noch defensiv, noch als Repressalien oder gegen einzelne Zivilpersonen. Eine nichtselektive Verminung, die zufällige Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern, zur Verletzung von Zivilisten führen und zivile Objekte beschädigen kann, wird untersagt.

Das „Protokoll über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes von Brandwaffen“ soll die Opfer unter der Zivilbevölkerung möglichst geringhalten. Unter keinen Umständen darf die Zivilbevölkerung, dürfen zivile Objekte mit Brandwaffen, einschließlich Napalm, angegriffen werden.

Auf Vorschlag der Sowjetunion wurde ins Protokoll ein Passus aufgenommen, der im Interesse des Schutzes der Zivilbevölkerung verbietet, Wälder und andere Vegetationselemente mit Brandwaffen anzugreifen. Dieser Vorschlag steht in engem Zusammenhang mit der Initiative der UdSSR, die der 35. UNO-Vollversammlung die Frage „Über die historische Verantwortung der Staaten für die Erhaltung der Natur der Erde für die heutige Generation und künftige Generationen“ zur Debatte vorgelegt hat.

Der Erfolg des Treffens von Genf wurde vor allem durch die konstruktive Haltung der Sowjetunion, der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft und aller friedliebenden Staaten gewährleistet. Die Konferenzdokumente stellen einen weiteren Schritt dar, um das humanitäre Völkerrecht auszuweiten und das Wettrüsten zu beschränken — trotz des Widerstandes von Kreisen, die an einer Forcierung des Wettrüstens und an einer Verschärfung der Kriegsgefahr interessiert sind.

B. PAWLOW

## EXPANSIONSPROFESSOR

„Die Zeit für Israel ist gekommen, eine Initiative in der Nahostfrage zu ergreifen“ — so beginnt ein Artikel von Prof. Paul Eidelberg von der Universität Bar-Ilan in der „Jerusalem Post“. Ein vielsagender Satz! Besonders, wenn man bedenkt, daß Israel bereits die Annexion Jerusalems für „legitim“ erklärt hat.

Eidelberg meint, Israel müsse „die Initiative behalten und im weiteren seine Gegner blaffen“. Der Professor schlägt vor, die Residenz des Premiers unverzüglich nach Ost-Jerusalem zu verlegen, sonst werde das kürzlich von der Knesset verabschiedete Gesetz über die Annexion des arabischen Teils der Stadt sinnlos.

Die Knesset solle die israelische Souveränität über die Syrien geraubten Golanhöhen erklären. Eidelberg will die Palästinenserfrage zu den Akten legen — zudem ganz einfach, durch die Aussiedlung aller Moslems aus „Judäa und Samaria“ (dem Westjordanland) in das benachbarte Jordanien.

Einleitend schrieben Redakteure der „Jerusalem Post“: „Um wieder Gewißheit und Selbstachtung zu erlangen, muß Israel kühn handeln, selbst, wenn es dadurch die Weltöffentlichkeit herausfordern sollte.“ Kühn (bold) bedeutet im Englischen auch frech — und gerade das bezeichnet die Außenpolitik der zionistischen Machthaber, die Initiative von Expansionsprofessor Eidelberg.

W. LEONIDOW

# Ein Staat auf fünf Inseln

Von unserem Sonderberichterstatter Wladimir SCHELEPIN

Im Mittelmeer, auf halbem Weg von Gibraltar nach Beirut, liegt Malta, ein Staat auf fünf Inseln. Die größte, die den gleichen Namen trägt, ist 27 km lang und 16 km breit. Auf der kleinen Insel Comino leben nur ein paar Bauernfamilien und gibt es kein einziges Auto. Der ganze Staat hat nach verschiedenen Schätzungen 310 000—330 000 Einwohner.

Über die Herkunft der maltesischen Nation wird noch immer gestritten. Die Malteser selbst, jedenfalls viele, halten sich für Nachkommen der Phönizier. Aber die ersten Menschen erschienen schon 4000 Jahre v.u.Z. auf Malta, während die Kolonisierungen der Phönizier nicht früher als 1300 Jahre v.u.Z. begannen. Nach ihnen waren die Griechen und die Karthagener auf der Insel. Etwa 700 Jahre waren die Römer hier am Ruder, dann die Vandalen, bis sie Malta an Byzanz abtreten mußten. Von 870 bis 1091 wurde es von den Arabern beherrscht.

Die Normannen und später die deutschen Kaiser, die Malta eroberten, ließen die Araber noch mindestens anderthalb Jahrhunderte auf der Insel leben. Der arabische Einfluß macht sich an der Bauweise der Häuser und sogar an der Kleidung bemerkbar. Die meisten Malteser kleiden sich europäisch, aber manchmal trifft man Frauen im schwarzen Schleier, in der Faldetta, die in der arabischen Welt von Tanger bis Bagdad verbreitet ist.

Ist die Herkunft der Malteser strittig, so ist es ihre Sprache durchaus nicht. Deren Grundlage bildet ein tunesischer Dialekt. Sie verstehen das Arabische zu 90%, benutzen aber das lateinische Alphabet. In der Sprache sind Einflüsse des Englischen und Italienischen erkennbar. Satzbau, Aussprache und der größte Teil des Wortschatzes sind aber unverkennbar arabisch.

## Die moderne Rüstung der Hospitaliterriter

Das bekannte Malteserkreuz sieht man hier überall. Auf fast allen Andenken findet es sich neben einer kleinen Ritterfigur. Hier haben nämlich jahrhundertelang die Hospitaliter- oder Johanniterriter geherrscht. Der Orden heißt jetzt Malteserorden,

er entstand aber in Palästina Anfang des 12. Jahrhunderts.

Von den Arabern aus Palästina vertrieben, wanderten die Kreuzritter von Insel zu Insel und faßten 1530 auf Malta Fuß. Kurz darauf hätte der Orden um ein Haar wieder seinen Sitz eingebüßt. Im Jahre 1565 hielt die aus 9000 Rittern bestehende Einwohnerschaft fast vier Monate der Belagerung eines 40 000-köpfigen Heers und einer riesigen Flotte der Türkei stand. Nachdem die Türken weichen mußten, legte der Großmeister des Ordens, Jean Parisot de la Valette, den Grundstein zu einer neuen Hauptstadt der Insel, und diese heißt nach ihm Valletta.

Die Geschichtsschreiber schildern die Herrschaft des Malteserordens über Malta gewöhnlich etwas idealisiert. In Wirklichkeit plünderten die Ritter schonungslos die Bevölkerung und unterdrückten Aufstände mit roher Gewalt. Das Gedächtnis der Menschen bewahrt aber den Umstand, daß die kleine Insel und ihr Volk unter ihrer Herrschaft sozusagen an der Weltpolitik beteiligt waren, da der Orden Einfluß auf viele Länder Europas und des Orients besaß. Vielleicht sind die Malteser deshalb noch jetzt so stolz darauf, Nachfahren der Ritter zu sein.

Diese wurden 1798 von Napoleon aus Malta vertrieben. Aber der Orden verschwand nicht ganz und nennt sich noch jetzt Malteserorden. Er hat Zweigstellen in mehreren Ländern Europas. Ganz unlängst wurde in Jerusalem der Ritterschlag einflußreichen Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern, auch aus Israel, erteilt, denn der Orden nimmt jetzt außer Katholiken auch Mohammedaner und Juden auf und nennt sich Aufklärungs- und Wohltätigkeitsorganisation. Um aufgenommen zu werden, braucht man nicht mehr adlig zu sein, muß aber ansehnliches Kapital besitzen. Die heutigen Ritter sind politisch aktiv, u. zw. im Interesse der Finanz- und Industrie-oligarchie des Westens, und betreiben unter der Jugend eine Propaganda im Sinne des Mystizismus und Obskuratorismus. Im Grunde genommen ist der Orden jetzt eine militante internationale antikommunistische Organisation. Die Politik des



heutigen Maltesas hat aber mit der des Malteserordens nichts gemein.

## Es ist leer im Grand Harbour

Die neuzeitliche Geschichte Maltas ist die seines Kampfes gegen die britische Kolonialherrschaft, die 1800 errichtet wurde. „Unser Land hat in Kriegszeiten immer prosperiert und in Friedenszeiten Not gelitten“, sagte Alex Trigona, ein Führer der regierenden Labourpartei, bitter zu mir. Der britische Imperialismus hat aus Malta einen Luftwaffen- und Kriegsmarinestützpunkt gemacht. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts, während des Krimkriegs, wurden britische Kriegsschiffe in den maltesischen Docks überholt, und maltesische Händler und Makler bereicherten sich an Kriegslieferungen.

Malta's strategische Bedeutung nahm besonders nach dem Bau des Suezkanals zu. Im ersten Weltkrieg boten die bequemen Häfen, namentlich der Grand Harbour in Valletta, eine der besten natürlichen Buchten Europas, Geschwadern Englands, Frankreichs und Italiens, die gegen die deutsche und die türkische Flotte kämpften, wiederholt Zuflucht.

Eine wichtige Rolle spielte der Stützpunkt auf Malta im zweiten Weltkrieg. Britische Politiker nannen die Insel damals einen unverzankbaren Flugzeugträger. Daß sie das war, brachte der Bevölkerung aber nichts Gutes. Nur 20 Flugminuten von Sizilien entfernt, wurde Malta von der italienischen und der deutschen Luftwaffe furchtbar bombardiert, vom Meer aus beschossen und drei Jahre lang faktisch blockiert: von Juni 1940 bis zum Sommer 1943, als Mussolinis Regime fiel. Noch heute sind hier Spuren der Zerstörungen zu sehen. Das schöne alte Opernhaus z. B. ist noch immer nicht wieder aufgebaut.

Die Schrecken des Krieges gegen

den Faschismus und die Teilnahme maltesischer Matrosen an Gefechten der alliierten Flotte haben das nationale Selbstbewußtsein der Malteser und förderten die Freiheits- und die Arbeiterbewegung auf der Insel. Die NATO-Strategen aber wollten den strategisch günstigen Punkt im Mittelmeer um keinen Preis verlieren. Sie benutzten ihn weiter als Bereitstellungraum für Strafoperationen gegen Zypern, Ägypten, Jordanien, die Länder Südarabiens und am Persischen Golf. Doch trotz aller Repressalien der Kolonialisten gingen die antibritischen Demonstrationen und Streiks weiter und nahmen zeitweise Massencharakter an. Großbritannien mußte nachgeben. Die Verfassung Maltes ist, die früher zweimal aufgehoben worden war, wurde 1962 wieder in Kraft gesetzt. Zwei Jahre später bekam Malta die Unabhängigkeit im Rahmen des Britischen Commonwealth.

Wie Alex Trigona hervorhob, war diese Unabhängigkeit zum großen Teil nur rein formal. Alles, angefangen vom Telegrafienverkehr bis zur Justiz, hing von England und dem englischen Gouverneur ab. Funk und Fernsehen erzählten den Maltesern von den Dynastien, aber kein Wort von der Geschichte ihres Landes. Die Währung war an das englische Pfund gebunden und litt unter den Währungsschwankungen im ehemaligen Mutterland.

Die Regierung unter der westlich

Die Hauptstadt Maltes aus der Vogelperspektive



orientierten Nationalistischen Partei behielt auch im unabhängigen Malta die militärische Präsenz Großbritanniens und der NATO unvermindert bei. Als ich jetzt meine maltesischen Freunde bat, mir zu zeigen, wo sich früher der britische Stützpunkt befand, breiteten sie vor mir eine Landkarte von 1964 aus. Sie wimmelte von schwarzen Flecken, die anzeigen, wo Truppen standen. Die Freunde erzählten mir, daß auf den Hügeln Radaranlagen stationiert waren und daß sich in den Buchten britische Hubschrauberträger und Schiffe anderer NATO-Staaten befanden. Während über der Insel NATO-Bomber und -Jäger heulend ihre Schleifen zogen.

Um ihre volksfeindliche Politik irgendwie zu rechtfertigen, behauptete die Nationalistische Partei in ihrem Wahlmanifest von 1971: „Malta ist auf Seiten der westlichen Ideologie. Bisher wurde diese Politik durch Finanz- und Verteidigungsabkommen mit Großbritannien und mittels der Möglichkeiten betrieben, die wir der NATO bieten.“ Die Malteser aber wollten nicht länger an den militärischen Abenteuern der NATO beteiligt sein. Eine Mehrheit stimmte 1971 für die Labourpartei, der Dominic Mintoff vorstand. Zur Macht gekommen, orientierte sie sich außenpolitisch auf die Nichtpaktbündenheit. Sie forderte eine Kündigung der militärischen und finanziellen Abkommen mit England und eine Auflösung der Stützpunkte. Ge-wisse Umstände nötigten Malta allerdings, in ein zeitweiliges Fortbestehen der militärischen Präsenz Londons einzuwilligen. Sie wurde aber stark eingeschränkt, und Malta hat eine viel höhere Pachtzahlung für die Stützpunkte durchgesetzt.

Endlich, am 31. März 1979, verließ der letzte fremde Soldat Malta. Ungewohnt leer ist der Grand Harbour nach dem Abzug der fremden Kriegsschiffe. Sie haben die Marineinfanteristen von dem Stützpunkt Saint Andrew's mitgenommen und die Ausrüstung der Luftwaffenstützpunkte Maddalena und Luqa abmontiert. Malta ist frei.

### Ein Mekka für Touristen

Die Malteser bemühten sich beharrlich um den Abzug der ungebetenen Gäste. Aber sie sind gastfreudlich. Man erzählt sich sogar Legenden davon. Homers Odysseus war, als er auf die Insel Gozo kam, von ihrer Schönheit und von der Gastfreundschaft der Nymphe Kalypso derart bezaubert, daß er seine Irrfahrten für sieben Jahre unterbrach. Auch der Apostel Paulus soll, als er vor Malta Schiffbruch erlitt, von der freundlichen Aufnahme überrascht gewesen sein, die ihm und seinen Begleitern zuteil wurde.

Auch jetzt ist die Gastlichkeit Maltes weit und breit anerkannt. Voriges Jahr hatte es, wie mir Danny Cremona, der Minister für Fremdenverkehr, sagte, über 600 000 Ausländer, doppelt so viele wie Bewohner. Der Fremdenverkehr steht in Blüte. Es gibt mindestens 100 amtlich eingetragene Hotels und außerdem viele kleine Pensionen, möblierte Wohnungen und andere Unterkünfte, die selbst kleinen Sparern erschwinglich sind.

Die Natur Maltes ist herrlich. Zu jeder Jahreszeit ist Schönwetter, es gibt große Badestrände, und das Meerwasser ist kristallklar. Anziehend für die Touristen ist auch die in den Reiseführern versprochene Gelegenheit zu „unvergesslichen Reisen in die Vergangenheit“. Hier sind die Gebeine von Urtieren zu sehen und vor mehreren Jahrtausenden in Felsen gehauene Tempel, die etwas an den ägyptischen Felstempel Abu-Simbel erinnern. Auch die Straßen von Valletta sind sehr schön. Es ist nicht groß (nur etwa 20 000 Einwohner), wirkt aber sehr harmonisch. Die Stadt mit ihren engen, aus Treppe bestehenden Straßen, mit den weißen Kruzifixen an den Häuschen und den Kuppeln und Kreuzen der Kirchen wurde sehr schnell, wie in einem Zuge gebaut. Das Projekt stammte von dem italienischen Architekten Francesco Laparelli, einem Schüler Michelangelos. Auf einem Berge stehend, dominiert Valletta über zwei malerische Buchten. Seine 14 km lange Festungsmauer erinnerte mich etwas an das alte Tallinn. Wenn die Festungstürme und Zinnen vor dem Hintergrund der bleigrauen Ostsee aber wirklich dräuend aussehen, so wirken sie hier, in der strahlenden Sonne, umgeben von der Bläue des Mittelmeers, märchenhaft.

Über Maltes Sehenswürdigkeiten wäre noch viel zu erzählen, aber selbst Cremona, der für das alles sozusagen zuständig ist, betont, daß die Regierung den Fremdenverkehr zwar schätzt, aber vor allem bemüht ist, die wichtigsten anderen Probleme des Landes zu lösen.

### Arbeiten heißt leben

Das arabische Wort Malta bedeutet kahl, nackt. Die Flora Maltes ist in der Tat dürtig. Wälder gibt es nicht. Die Landwirtschaft hat mit Wassermangel zu kämpfen, die Insel hat keinen Fluß. Wasser gewinnt man nur aus artesischen Brunnen. Der Stand des Grundwassers hängt weitgehend von den Niederschlägen ab, die unregelmäßig sind. Außerdem wird es vom Meer immer mehr versalzen. In einem Luxushotel von Valletta sah ich einen Anschlag mit der Aufforderung, sparsam mit dem



Die Johanneskirche im Zentrum von Valletta

Fotos des Autors

Wasser umzugehen: „Davon hängt das Leben Tausender Malteser ab“. Das ist keineswegs übertrieben. Im Sommer gibt es in der Hauptstadt nur jeden Übertag Wasser.

Zur Kolonialzeit suchten die Engländer, die Arbeitskräfte ausschließlich für das Instandsetzen von Schiffen, für Dienstleistungen an die Militärstützpunkte und im Hotelgewerbe zu verwenden. Die Beschäftigung reichte aber nicht für alle, und so mußten über 100 000 Malteser in diesem Jahrhundert auf Arbeit ins Ausland gehen. „In Australien besteht schon ein zweites Malta“, sagt man in Valletta mit Galgenhumor.

Die Labourregierung hat sich um ein Gesunden der Wirtschaft bemüht. Sie hat Schritte unternommen, um Verkehrs- und Fernmeldewesen, Banken und die wichtigsten Betriebe — den Schiffbau und die Schiffss reparaturen — zu verstaatlichen. Auch hat sie sich auf die Industrialisierung, auf die Schaffung möglichst vieler Arbeitsplätze orientiert. Man hat sich vorgenommen, nicht nur die Arbeitsfähigen mit Beschäftigung zu versorgen, sondern auch denen, die auf Arbeitssuche ausgewandert sind, die Rückkehr zu ermöglichen. Wie mir Alex Trigona sagte, konnte man die Wirtschaft im letzten Jahrzehnt hochbringen und die Beschäftigung um 40% steigern. Allerdings trägt die Wirtschaftsstruktur noch immer den Stempel der Kolonialepoche. In der Industrie einschließlich der Schiffsreparatur werden nur etwas mehr als 34% des Bruttosozialproduktes erzeugt. Ernste Besorgnis erregt die Flaute im internationalen Schiffbau, sie droht mit

einer Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Die westlichen Konzerne machen sich die Schwierigkeiten Maltas raffiniert zunutze. Ein typisches Beispiel ist die Firma Blue Bell aus den USA. Ihre größten Fabriken, die die beliebten Jeans herstellen, befinden sich auf Malta. Sie benutzt die relativ billigen Arbeitskräfte und streicht enorme Gewinne ein.

### Die Internationale im Schloß

Die außenpolitische Orientierung des Landes und das Beschäftigungsproblem stehen im Brennpunkt des Wahlkampfes vor den nächstes Jahr stattfindenden Parlamentswahlen. Die regierende Labourpartei (20 000 Mitglieder) stützt sich auf die werktätigen Massen in Stadt und Land und hat gute Verbindungen mit dem wichtigsten Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Arbeiterverband. Gemeinsam mit der Labourpartei tritt die junge, aber energische Kommunistische Partei Maltas auf.

Indessen übersehen die Marxisten Maltas die Natur der Labourpartei nicht, die mit ihren Prinzipien dem britischen Fabianismus nahesteht. Sie will ihren „demokratischen Sozialismus“ durch Predigen des Bürgfriedens erreichen. Das führt aber unweigerlich zum Erstarken der Bourgeoisie, auf die sich der Hauptgegner der Labourpartei, die Nationalistische Partei, stützt. Deren Sprachrohr, die „Times“ von Malta, hat der Labourpartei z. B. vorgeworfen, daß sich „die sozialistische Regierung kühl und manchmal feindselig zu den USA“ verhalte.

Anthony Vassalo, der Generalsekretär der KPM, wies warnend darauf hin, daß die Nationalpartei die Gewerkschaftsbewegung zu spalten und einen Teil der Arbeiterklasse zu gewinnen sucht. Sie schreckt die Dockarbeiter mit Arbeitslosigkeit und hetzt sie gegen die Regierung auf.

Außer den westlichen Monopolen ist die mächtige Geistlichkeit auf seitens der Nationalistischen Partei. Auf Malta gibt es etwa 1000 Geistliche oder einen je 300 Bewohner. Die katholische Kurie hat die Gläubigen in einem Rundschreiben aufgefordert, „die Führer der Labourpartei solange nicht zu unterstützen, wie sie sich gegen die Kirche stellen und mit den Sozialisten, den Kommunisten und der Organisation für Afro-Asiatische Solidarität in Kontakt stehen“. Die Regierung Mintoff hat im Parlament Zusatzanträge zur Verfassung durchbringen können, laut denen die Kirche kein Recht hat, in den Wahlkampf einzugreifen. Trotzdem hat die Geistlichkeit Möglichkeiten zu einer subversiven Propaganda.

Das neue Malta bemüht sich um eine ausgewogene Politik internationaler wirtschaftlicher und kulturel-

ler Zusammenarbeit. Das bestätigte sich bei dem Besuch, den Ministerpräsident Mintoff unlangst Italien abstattete. Malta erklärte, es werde nicht an Militärblöcken teilnehmen, auf seinem Boden keine fremden Truppen stationieren und keine Militärstützpunkte anlegen lassen.

Im Sinne dieser Grundsätze dehnt Malta seine Verbindungen mit den arabischen Nachbarländern aus. In Libyen z. B. deckte es sich jahrelang zu Vorzugsbedingungen mit Erdöl ein. Allerdings kam es vor kurzem zwischen den beiden Ländern zu gewissen Reibungen wegen der Ölshürfung und -gewinnung auf dem Kontinentalschelf. Zweifellos aber liegt die Aufrechterhaltung der gut-nachbarlichen Beziehungen zwischen Libyen und Malta im Interesse beider Länder.

Die Befreiung von den kolonialen Fesseln hat Malta befähigt, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zur sozialistischen Welt anzubauen.

Ein gutes Beispiel dieser Zusammenarbeit sind die Beziehungen zwischen Malta und der UdSSR. Seit 1978 bestehen enge Verbindungen im Gesundheitswesen. Dieses Jahr wurde in Prag ein Abkommen geschlossen, dem zufolge die Partner ihre Erfahrungen in der Behandlung mehrerer Krankheiten austauschen und einander bei der Erzeugung von Medikamenten und medizinischen Einrichtungen helfen werden.

Von der UdSSR wissen die Malteser mehr, als angenommen werden konnte. Auf der Insel besteht die Gesellschaft Malta-UdSSR für Freundschaft und kulturelle Verbindungen, deren Mitglieder sowjetische Touristen herzlich aufnehmen. Es gibt russische Sprachlehrgänge. Die Gesellschaft fördert die Entsendung junger Malteser zum Studium nach der UdSSR.

Diese Tätigkeit fügt sich in das Bild des heutigen Maltas ein, das die Kolonialisten Jahrzehntelang von der sozialistischen und überhaupt der fortschrittlichen Welt abschnitten.

Etwas Erhebendes habe ich in dem alten Ritterschloß erlebt, in dem das Mittelmeerzentrum für internationale Treffen untergebracht ist. Eine Kapelle in Nationaltracht spielte die Internationale, und der Hymne des Proletariats lauschten andächtig Vertreter der Öffentlichkeit Maltas und ihre Gäste aus vielen Ländern, Kämpfer der Bewegung für Afro-Asiatische Solidarität, durch Verbindung mit der sich die Labourpartei den Bannstrahl der katholischen Kirche zuzog. Heute ist auf Malta Solidarität keine Todsünde, sondern ein inniges Bedürfnis der Bürger dieses jungen Staates, als dessen Herr sich das Volk fühlt.

Valletta—Moskau

# DER RIESE DES TROPISCHEN AFRIKA

Igor DJAKONOW

Nigeria nimmt eine besondere Stellung in Afrika ein. Es ist das Land mit der größten Bevölkerungsdichte: 80 Millionen. Es verfügt über riesige Naturvorkommen, vor allem Erdöl. Nach afrikanischen Maßstäben lässt es sich als Riese bezeichnen. Als ehemalige britische Kolonie, die am 1. Oktober 1960 unabhängig wurde, hat Nigeria in den 20 Jahren einen komplizierten Weg zurückgelegt. Es hat einen mehr als zweieinhalbjährigen blutigen Bürgerkrieg hinter sich, der fast 2 Millionen Menschenleben gekostet haben soll. Lange Zeit hindurch befand sich die Macht in den Händen von Militärs. Vier Generäle lösten einander als Staatschefs ab. Die verfassungsmäßige Zivilregierung wurde erst vor einem Jahr, im Oktober 1979, wiederhergestellt.

Ein Grund für die so stürmische geschichtliche Entwicklung Nigers ist in den äußerst komplizierten Beziehungen zwischen seinen ethnischen Gruppen: Das Land zählt mehr als 200 Völkerschaften. Daraus erklärt sich auch sein föderativer Aufbau: Die Republik besteht gegenwärtig aus 19 Staaten.

## Stadt der blauen Lagunen

Die nigerianische Hauptstadt Lagos ist eine der größten Städte und ein großes Handels- und Wirtschaftszentrum des Tropischen Afrika. Ihr Hafen schlägt rund drei Viertel des gesamten Außenhandels des Landes um.

Es ist eine vielgestaltige Stadt. Sie liegt an der Küste des Festlands und auf vier vorgelagerten Inseln und scheint aus verschiedenartigen Teilen zusammengeklebt, die auf den ersten Blick nichts Gemeinsames haben. Die Provinzatmosphäre der im Grün ertrinkenden Insel Ikoyi mit ihren schicken Villen, die der bürgerlichen Elite gehören, steht in scharfem Kontrast zu dem brodelnden Leben auf der Insel Lagos, die schon fast den höchsten Grad der modernen Urbanisierung erreicht hat. Auch die anderen Inseln ähneln

ihren Nachbarn kaum: Die in den Rauch der Industriebetriebe eingehüllte Insel Iddo und die von ausgedehnten Sandstränden eingefaßte Insel Victoria, ein Lieblingsort der Diplomaten und der Besitzer von Luxushotels.

Lagos wahrt sorgfältig die jahrhundertealten Traditionen und die uralte afrikanische Kultur, die das geistige Leben des Landes weitgehend bestimmen. Doch das afrikanische Lagos wurde deutlich sowohl vom europäischen wie vom arabischen Einfluß geprägt. Hier leben Christentum und Islam friedlich miteinander. Noch hervorstechender sind Kontraste anderer Art. Es handelt sich um die Nachbarschaft supermoderner Bauten mit elenden Slums. Um einen wahren Überfluß in den Supermärkten und die kärgliche Tagesration der einfachen Nigerianer. Um die mit modernsten, eleganten Kraftfahrzeugen überfüllten Autohahnen angesichts einer eindeutigen Unterentwicklung des öffentlichen Verkehrs. Der Kult des Feilschens, dem in den Geschäftszentren gehuldigt wird, wo Millionenabschlüsse getätigkt werden, durchdringt auch die Ladenstraßen: Dort werden zwischen barfüßigen Jungen, den Verkäufern von Krimskrams und ihren zufälligen Käufern heftige Wortgefechte um jeden Kobo (kleine nigerianische Münze) geführt. Das alles illustriert eindeutig die scharfen sozialen Widersprüche im Lande.

Trotz aller Vielschichtigkeit hat Lagos ein gemeinsames Merkmal, seine rasche Erneuerung. Im Panorama der Hauptstadt fallen die vielen Kransilhouetten ins Auge. Die Stadt wächst in die Höhe und in die Breite. Seit 1975 ist die Bevölkerung auf fast das 2,5fache gestiegen und übertrifft gegenwärtig vier Millionen. In den letzten Jahren hat sich Lagos völlig verändert. Über seinen blauen Lagunen, die ihm den Namen gaben, schwingen sich neue Bogenbrücken. Stolz der Einwohner ist das Nationaltheater, ein an eine hochschwappende Meereswoge erinnerndes Gebäude. Vor kurzem wurde der neue moderne Flughafen in Betrieb genommen.

Die Neubauten von Lagos sind nur ein Teil der Aufbauleistungen im Lande: Die Zivilregierung unter ihrem Präsidenten Shehu Shagari, die im Ergebnis von allgemeinen Wahlen das Militärregime ablöste, hat ein Erneuerungsprogramm für die Volkswirtschaft ausgearbeitet. Es sieht die Diversifizierung der nationalen Wirtschaft, die Verlagerung der Schwerpunktzentren von der Förderungs- auf die Verarbeitungsindustrie vor, bei führender Rolle des staatlichen Sektors, sowie eine beschleunigte Entwicklung der augenblicklich stagnierenden Landwirtschaft.

## Die Kehrseite des Erdölbooms

Die Aufmerksamkeit der jetzigen Regierung für die Wirtschaftsprobleme erklärt sich keineswegs daraus, daß die Volkswirtschaft etwa eine



Auch hier sprudelt bald das Erdöl

Krise durchmache. Trotz bestimmter Schwierigkeiten liegt Nigeria weit vor vielen anderen afrikanischen Ländern. Von Jahr zu Jahr erhöhen sich seine Deviseneinkünfte, nimmt das Prestige des Landes als Außenhandelspartner zu. Dennoch ist nicht alles in Ordnung.

Vor allem liegt das an der Einseitigkeit der Wirtschaftsentwicklung. Mehr als 90% der Haushalteinnahmen kommen aus dem Export flüssigen Brennstoffs. Die erste Tonne nigerianischen Erdöls wurde 1958 gefördert. Jetzt liegt die Jahresförderung bei über 100 Mio. t. Und mit den Erdölfontä-

nen rieselten auch die Gelder in die Staatskassen. Aus der ganzen kapitalistischen Welt zog es Beauftragte der Multis nach Nigeria, denen Politiker auf dem Fuße folgten. Nicht umsonst ist es das erste Land auf dem afrikanischen Kontinent, dem US-Präsident Carter einen offiziellen Besuch abstattete.

Mit der zunehmenden Erdölförderung und vor allem mit den steigenden Weltmarktpreisen nahmen die Einkünfte der Regierung rasch zu und erreichten 1979 15 Md. Dollar. Es ist kein Wunder, daß viele Nigerianer in der Überzeugung leben, die Mittel aus dem Erdölabsatz würden immer zur Befriedigung des gesamten Bedarfs des Landes ausreichen.

Tatsächlich aber war die Situation nicht ganz so glücklich, wie sie sich durch das Prisma der Petrodollarillusionen anbot. Der Erdölbomber zerstörte die herkömmlichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen und führte zum Rückgang der mit der Erdölförderung nicht verbundenen Wirtschaftszweige. Als besonders vernachlässigt erwies sich die Landwirtschaft. Das Land, das sich einst vollständig mit Nahrungsmitteln versorgte und Agrarerzeugnisse sogar exportierte, stand vor einigen Jahren vor der Notwendigkeit, Lebensmittel einzuführen. Völlig eingestellt wurde der Export von Erdnüssen, Baumwolle, Kokosfett, der in der Vergangenheit eine Hauptdevisenquelle war.

Das Erdölfundament, auf dem der heutige Reichtum Nigerias schwimmt, dürfte jedoch nicht für alle Ewigkeit halten. Beim jetzigen Fördertempo reichen die erschlossenen Erdölvorräte nur für 20—25 Jahre.

Das alles hat man heute in Nigeria begriffen. Noch unter dem Militärregime gab es eine Kampagne unter der Parole „Ernähren wir uns selbst“. Die Regierung Shagari machte die „grüne Revolution“ zur vordringlichen Aufgabe. Ihr Ziel besteht darin, das Land bis 1985 mit eigenen Nahrungsgütern zu versorgen und nach weiteren zwei Jahren den Export von Agrarerzeugnissen wieder aufzunehmen.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Regierung stehen auch Industrialisierungsprobleme: Errichtung einer eigenen Metallindustrie (die heute bestehenden kleinen Betriebe decken den zunehmenden Metallbedarf des Landes nicht), Entwicklung einer nationalen Erdölfraffinerie und Petrochemie, Erhöhung der Erdgasförderung, die Erweiterung der Infrastruktur usw. Große Bedeutung wird der Ausbildung nationaler Kader beigemessen. Zum

ersten Mal in der gesamten Geschichte Nigerias hat die Volksbildung 1980 einen führenden Platz unter den anderen Etatposten eingenommen.

Einige Hundert Kilometer nördlich von Lagos, inmitten freundlicher Hügel und Niederungen, liegt der Ort Abuja. Noch sagt dieser Name der Welt wenig. Doch unter den Nigerianern wird er immer populärer. In Abuja geht der Aufbau der neuen Hauptstadt des Landes in raschem Tempo voran. Er gab der Erschließung des Landesinneren einen neuen Impuls. Nicht weniger wichtig dürfte aber der politische Aspekt dieser Entscheidung sein.

Die jetzige Hauptstadt liegt im Südwesten des Staates, der vorwiegend von der Völkerschaft der Yoruba bevölkert ist. Dabei ist die ethnische Zersplitterung eines der wichtigsten innenpolitischen Probleme.

„Ein Land, ein Schicksal“ war die Devise, unter der die jetzige Regierung an die Macht kam. Ihr Kredo lautet, das ganze nigerianische Volk zusammenzuschließen, die territoriale Integrität der Republik zu verteidigen und für innenpolitische Stabilität zu sorgen. Der Aufbau der neuen Hauptstadt soll eine wichtige Rolle dabei spielen. Das fast im Mittelpunkt Nigerias gelegene Abuja, das keine kulturellen oder wirtschaftlichen Bindungen zu irgend einer ethnischen Zone besitzt, soll das Wahrzeichen für die Einheit des nigerianischen Volkes werden, eine Stadt ohne das Gift des Stammeshaders.

Die Hauptsorge um die Stärkung der innenpolitischen Stabilität wird insbesondere davon diktiert, daß proimperialistische Kräfte erneut gegen die Einheit Nigerias Intrigen spinnen. Sie wollen die Beziehungen zwischen den Bundesbehörden und den Regierungsorganen der Staaten zuspitzen und den moslemischen Norden und den christlichen Süden gegeneinander auspielen sowie den Kampf zwischen den Parteien anheizen.

### Auf unabhängigen Kurs

Es werden auch Versuche unternommen, die nigerianische Außenpolitik in einem für den Imperialismus vorteilhaften Sinne zu verändern. Selbst in der Nationalversammlung, dem höchsten gesetzgebenden Organ, werden Stimmen laut, die nach einer Milderung der unversöhnlichen Haltung der Regierung gegenüber der rassistischen RSA rufen sowie nach Kontakten zu Israel. Nigeria wurde seitens der USA einem offenen Druck ausgesetzt, die es zum

Boykott der Moskauer Olympiade veranlassen wollten.

All diese Intrigen erweisen sich allerdings als vergeblich. Eckpfeiler der Außenpolitik Nigerias bleibt der Kampf gegen die Überreste des Kolonialismus, gegen Rassismus und Apartheid im Süden Afrikas. „Wir müssen nach vollständiger Beseitigung des Rassistenregimes und nach Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes der RSA streben“, erklärte Präsident Shagari.

Die Regierung setzt sich für die Verankerung der positiven Veränderungen auf dem Weltschauplatz ein sowie dafür, den Entspannungsprozeß unwiderruflich zu machen. In der UNO unterstützte Nigeria die wichtigen sowjetischen Initiativen zur Festigung der Völkersicherheit. Die Nähe der Standpunkte der UdSSR und Nigerias zu den wichtigsten Problemen der Weltpolitik wurde mehrmals bei Begegnungen zwischen führenden Männern beider Länder betont.

Die sowjetisch-nigerianische Zusammenarbeit wurde besonders nach dem Bürgerkrieg intensiv, in dem die Sowjetunion Nigeria übrigens moralischen, politischen und materiellen Beistand leistete. Mit technischer Unterstützung der UdSSR wurde in Nigeria eine über 900 km lange Erdölleitung verlegt.

Begonnen wurde mit der Realisierung eines Abkommens über den Bau des größten Hüttenwerks im Tropischen Afrika im Raum der Stadt Ajaokuta.

Unterzeichnet wurden Regierungsabkommen, die die langfristige Perspektive der Zusammenarbeit festlegen. Jahr für Jahr nimmt der Umfang des gegenseitig vorteilhaften Handels zu. Mehr als tausend junge Nigerianer wurden in der UdSSR ausgebildet und bringen nun als qualifizierte Fachleute verschiedenster Berufsbilder ihrer Heimat Nutzen.

\* \* \*

So sieht der von Nigeria in den 20 Jahren der unabhängigen Entwicklung zurückgelegte Weg aus. In dieser Zeit hat das Volk sein Land umgestaltet, es in die Reihe der wirtschaftlich fortgeschrittenen Staaten des Tropischen Afrika gestellt. Doch bleibt ihm noch viel zu tun, um die vollständige wirtschaftliche Selbständigkeit der Republik zu erlangen und damit das Fundament ihrer politischen Unabhängigkeit zu stärken.



Sergej KUSMIN

Im Sommer 1944 war ich an der Untersuchung der von den Faschisten in Lwow Stadt und Gebiet verübten Verbrechen beteiligt.

Zusammen mit dem Kriminalistik-experten Nikolai Gerassimow trat ich die Reise in Ternopol an, das damals eine ukrainische Kleinstadt war. Wir fuhren über 100 km auf einer zerschossenen Chaussee, zu deren Seiten hier und da statt der Häuser rußige Schornsteine in die Höhe ragten. Die Menschen wohnten noch in Unterständen, aber die vom Krieg zerschundene Erde erwachte schon wieder zum friedlichen Leben.

Im Hotel „Georges“ in Lwow, wo wir unser Standquartier aufschlagen sollten, lernten wir die von der Staatlichen Sonderkommission zur Ermittlung und Untersuchung Verbrechen der Naziokkupanten herangezogenen Experten kennen. Es waren der Chefexperte der Sowjetarmee für Gerichtsmedizin, Dr. med. habil. Michail Awdejew, sein Assistent Wassili Puchnarewitsch und noch ein Experte für Gerichtsmedizin, Dmitri Golajew.

Wir hatten es schwer, denn die Nazis hatten, als sie den Schlägen der Sowjetarmee wichen, alles getan, um die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen. Sie hatten die meisten Lager und Massengräber von Opfern vernichtet. Aber es waren ehemalige Häftlinge, ihre Verwandten und Augenzeugen der Verbrecher am Leben geblieben.

„Vati, noch!“

In Lwow, Rawa-Russkaja, Soltischew, Sokal, Jaworow, Sholkew, Gorodok, Brody und in den Bezirken Podkamen, Nowo-Jarytschew und Iwano-Frankowsk vernichteten die Nazis etwa 70 000 Sowjetbürger. Unter den Ermordeten waren auch Bürger der CSSR, Polens, Jugoslawiens, Hollands, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der USA, die aus anderen Konzentrationslagern nach Lwow abtransportiert worden waren.

Im Einklang mit den Richtlinien der Wehrmacht, die Kultur der Slawenvölker auszutilgen, verfolgten die Nazis in Lwow besonders grausam die Angehörigen der Intelligenz. Noch bevor die Stadt besetzt wurde, hatte die Gestapo schon Listen namhafter Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler aufgestellt, die vernichtet werden sollten. Gleich nach der Einnahme Lwows begannen Massenverhaftungen unter den Wissenschaftlern, Ärzten, Anwälten, Schriftstellern, bildenden Künstlern und Musikern. Unter ihnen waren Prof. Tadeusz Boj-Zieleński, Mitglied des Sowjetischen Schriftstellerverbandes, Prof. Roman Rencki von der medizinischen Hochschule, Włodzimierz Sieradzki, Rektor der Universität, Dr. jur. habil. Roman Longue-

chamut-de-Berier, Dr. habil. der Physik und Mathematik Włodzimierz Stózek, Dr. habil. der Physik und Mathematik Antony Lomnicki, Prof. Kazimierz Bartel, Ehrenmitglied mehrerer Akademien, die Schriftstellerin Halina Górska und der Kritiker Ostap Ortwin. Alle wurden sadistisch mißhandelt und in der Nacht zum 4. Juli 1941 auf dem Wótecka-Berg erschossen. Zwei Jahre danach gab Himmler, der wahrscheinlich das Nahen der Vergeltung ahnte, den Befehl, die Spuren dieses Verbrechens zu vernichten: die Leichen der Erschossenen auszugraben und zu verbrennen.

Im Gebiet Lwow bestanden viele Konzentrationslager: das von Janów, die „Zitadelle“, das Lager Nr. 325 in Galizien und das Lwower Getto. Über die massenhaften Folterungen sagten ehemalige Häftlinge, viele Zeugen und Bewohner der Umgegend aus. Das Bild wurde durch aufgefundene Aktenstücke vervollständigt.

Der Kommandant des Lagers Janów, Obersturmführer Wilhaus, hatte seinen Spaß daran, vom Balkon seines Amtszimmers aus mit der MPi auf Häftlinge zu schießen. Manchmal gab er die MPi seiner Frau, und sie versuchte sich auch in diesem „Sport“. Um seine Tochter zu amüsieren, ließ er kleine Kinder in die Luft werfen und schoß auf sie. Das Fräulein Tochter amüsierte sich und rief: „Vati, noch!“ Und er kam



Massenvernichtung von Zivilisten durch die Nazis

ihrem Wunsche nach. An Hitlers 54. Geburtstag, im Jahre 1943, ließ Wilhaus 54 Häftlinge antreten und erschoß sie mit eigener Hand.

Ein ehemaliger Häftling dieses Lagers sagte vor der Kommission aus:

„Ich habe gesehen, wie Hauptsturmführer SS Gebauer Frauen und Kinder würgte und Männer im Winter in Wassertonnen erfrieren ließ. Sie wurden mit gefesselten Armen und

Beinen hineingesteckt. Man holte sie erst heraus, wenn sie zu Eisklumpen gefroren waren.“

Ein anderer Hauptsturmführer SS namens Warzog ließ Häftlinge mit den Füßen nach oben an Pfählen aufhängen und erst abnehmen, wenn sie tot waren. Ein weiterer Sadist, der Leiter der Untersuchungsabteilung im KZ Janów, Heine, ließ Frauen an den Haaren aufhängen, stieß sie an, daß sie schaukelten, und schoß auf diese beweglichen Ziele.

### „Todesfango“

Es ist unglaublich aber wahr: Die Mißhandlungen und Erschießungen im KZ Janów waren von Musik begleitet. Mitten auf dem Hof mußte



Die Häftlingskapelle spielt im Lager Janów bei der Erschießung von Sowjetbürgern den „Todesfango“

eine Kapelle aus Häftlingen mehrere Stunden hintereinander, in einem geschlossenen Kreise stehend, spielen, während die Opfer fürchterlich schrien. Es war immer dieselbe „Todesfango“, wie die Häftlinge diese Musik nannten.

Einige Einzelheiten konnten wir von einem ehemaligen Häftling erfahren, der im KZ Janów als Fotograf verwendet wurde.

Uns öffnete ein kleiner, hagerer Mann. Er hielt eine rötlich brennende Kerze in die Höhe, und wir sahen ein ausgemergeltes Gesicht, eine spitze Nase mit Höcker und erschrockene schwarze Augen.

„Sind Sie der Fotograf Lewinter?“

„Ja.“

„Sie waren im KZ Janów?“

„Ja.“

Er und seine Frau konnten durch

einen geheimen Stollen aus dem KZ fliehen und einen großen Teil der Negative und auch einige Abzüge mitnehmen, darunter einen, auf dem zu sehen ist, wie die Nazis Häftlinge mit Musikbegleitung erschießen. Die Musiker stehen im Kreis, in der Mitte der Dirigent, abseits Offiziere und Soldaten mit der Lagerleitung an der Spitze. Auf dem Nürnberger Prozeß sagten viele Zeugen aus — und die Welt hörte es —, wie Häftlinge in den Todeslagern der Nazis bei Musik erschossen wurden. Das war aber erst später. Damals in Lwow hörten wir zum erstenmal davon und wollten die haarsträubende Wahrheit in allen Details rekonstruieren.

Während der Verhaftungen unter den Intellektuellen kam die Reihe an Prof. Striks vom Konservatorium in Lwow. Eines nachts wurde laut an seine Wohnungstür geklopft, und er wußte — es ist soweit! Zwei SS-Leute kamen hereingestürmt. Seine Frau reichte ihm die beizeiten gepackte Reisetasche, das Ehepaar hatte das alles jeden Tag erwartet.

Kommandant Wilhaus empfing den Professor lächelnd und sagte:

„Schön, daß Sie kommen, Herr Striks. Das hier ist mein Assistent Richard Rokita, Ihr Kollege. Er hat vorgeschlagen, den Lagerinsassen Platzkonzerte zu bieten. Rokita hat früher in polnischen Nachtlokalen gespielt und weiß, wie wohltuend Musik auf müde Menschen wirkt. Wir haben hier viel

müde Menschen. Sie sollen helfen, sie munter zu machen.“

Die Musik wurde bei einem Häftling bestellt, dessen Namen wir nicht ermittelten konnten. Die wenigen Überlebenden sagten, es sei immer traurige Musik gewesen. „Das Blut stockte einem in den Adern, wenn die Kapelle den Todesfango anstimmte“, das und Ähnliches haben ehemalige Häftlinge erzählt.

Wir haben versucht, die Noten aufzutreiben oder uns die Melodie von Zeugen aus dem Gedächtnis andeuteten zu lassen. Der Tango wurde im KZ ja fast zwei Jahre lang gespielt, wobei 200 000 Menschen ermordet wurden. Als wir aber darum baten, ihn wenigstens annähernd wiederzugeben, konnten sie sich nicht dazu überwinden. Wir verstanden, daß sie bei diesen Klängen immer auch die MG-Salven und die Todesschreie zu hören glaubten. Wir mußten die Ab-

sicht aufgeben, die Noten als belastendes Indiz in die Akte aufzunehmen. Im KZ entstanden, ist der Todesfango zusammen mit den Musikern gestorben. Anna Poicer, eine früh ergrauten Frau, die im KZ in der Küche für die Wachen Tellerwäscherin war, hat die letzte Stunde dieser Männer miterlebt.

An dem trüben Tag mußten alle 40 Musiker am von vielen Füßen hartgetretenen Rand des Lagerplatzes antreten. Rings um sie postierten sich Wachen. „Musik!“ tönte ein Befehl. Jakob Mund, der Dirigent der Lwower Oper, hob wie gewohnt den Stab, und die herzzerreißenden Akkorde schwebten über den Platz. Als erster fiel der Dirigent, aber die Kapelle spielte weiter. Der Kommandant brüllte immer wieder: „Musik!“ Sie spielten immer lauter, denn sie wußten schon, daß es das letzte Mal war und daß sie ihr eigenes Requiem spielten. Auf Befehl des Kommandanten traten sie nacheinander in den Kreis, legten ihre Instrumente behutsam an die Erde und zogen sich aus. Ein Schuß, dann kam der nächste an die Reihe.

Die Musik wurde immer leiser und die Schüsse immer lauter.

Im Kreis lag schon ein ganzer Berg Instrumente, Kleidungsstücke und Leichen. Nur der Komponist und Musiker Striks war noch übrig. Sie hatten ihn sich für zuletzt aufgespart, weil sie hofften, doch noch seinen Stolz zu brechen. Das Wiehern der SS-Leute übertönte fast seine Geige, aber er spielte den Höllentango weiter.

„Herr Professor, bitte, jetzt Sie!“ rief der Kommandant höhnisch. „Die Lagerleitung ist Ihnen für den Kunstgenuss sehr dankbar.“

Der stolze Greis hob mit zierlicher Geste seinen Bogen, schmiegte die Geige an die Wange und spielte und sang dazu in deutscher Sprache das polnische Lied: „Ihr werdet morgen vielmals büßen, was ihr uns heute angetan!“ Eine Kugel brachte ihn mitten im Satz zum Schweigen.

### Die Vernichtungsmaschine

Auch das sogenannte Todesstal zeugt von den Verbrechen im KZ Janów. So wird eine Schlucht genannt, wo über 200 000 Erschossene begraben liegen. Eine gerichtsmedizinische Kommission hat 40 Tage lang die Todesursachen der Opfer untersucht. Die Kommission begann am 9. September 1944 mit den Exhumierungen und stellte bis zum 20. Oktober durch sorgfältige Untersuchungen an den Leichen und Sachbeweisen fest, daß die Nazis im

KZ Janów Massenmorde an Zivilisten verübt haben. Zur Vernichtung ausgeschrieben waren Personen größtenteils im Alter zwischen 20 und 40 Jahren (73,5% der obduzierten Leichen), größtenteils Männer (83%), aber auch Kinder, Jugendliche und ältere Leute.

In Janów fanden wir eine Knochenmühle. Nie vergessen werde ich die Aussage eines Häftlings namens Korn. Die Nazis ließen ihn das Skelett seiner auf offenem Feuer verbrannten Frau in der Knochenmühle zermahlen.

Im Juli 1941 richtete das deutsche Kommando im Zentrum von Lwow, auf dem Wronowski-Berg, in der alten sogenannten Zitadelle ein Lager für sowjetische und französische Kriegsgefangene ein.

Die dicke Festungsmauer wurde mit Drahtverhau versehen. Als unse- re Kommission mit ihren Unter- suchungen begann, war der Draht- verhau nur noch stellenweise vor- handen. Am Tor der Zitadelle fehlten aber schon der Adler mit dem Hakenkreuz in den Klauen und die Aufschrift „Konzentrationslager der Standarte“. An den Mauern der Ba- stionen und Keller aber lasen wir er- schüttert von den Häftlingen einge- ritzte Inschriften wie diese: „Ruhm- reiche russische Armee, dich erwar- ten nicht nur die Völker, sondern auch die Kriegsgefangenen, die dem Hungertod geweiht sind. Wie schwer ist es zu sterben!“ Oder diese: „Die Ration eines Kriegsgefangenen: 3 Li- ter Wasser, 250 g Brot, 50 g Steckrü- ben und als Würze Hiebe.“ — „Hier sind russische Kriegsgefangene zu Tausenden verhungert.“

Auf dem Gelände der Zitadelle wuchsen alte Kastanien- und Lindenbäume. In Friedenszeiten zierten sie den Berg. Wir aber sahen an vielen abgerissene Rinde — die Gefan- genen aßen sie und verschafften sie sich unter Todesgefahr.

Der Zeuge Nikifor Goljuk sagte vor der Kommission aus: „Ich war als Heilgehilfe in diesem Lager und weiß, daß in den vier Monaten von August bis November 1941 ungefähr 3000 Kriegsgefangene an der Ruhr allein gestorben sind. Die Lagerleit- tung unternahm nichts gegen die Krankheit. Umgekehrt, die Deut- schen holten Häftlinge mit Fleck- typhus aus dem Lager 385 in Rawa- Russkaja und brachten sie zusammen mit gesunden Kriegsgefangenen in Gruppen von je zehn Mann unter. Danach brach im Lager natürlich eine Flecktyphusepidemie aus, an der von November 1941 bis März 1942 ungefähr 5000 Kriegsgefangene starben.“ Alles in allem sind in der Zita- delle 140 000 Kriegsgefangene ver-

hungert, den Mißhandlungen erlegen oder erschossen worden.

Aus zusammengetragenen Dokumen- ten wissen wir, daß da auch französische Kriegsgefangene einge- sperrt waren. Wo und wie aber soll- ten wir Überlebende suchen? Jemand schlug vor, wir sollten uns an die Pension von Madame Ida Vassot, einer Französin, wenden. Sie habe lange vor dem Krieg in Lwow be- standen, und unter den dort Woh- nenden seien auch ältere Leute ge- wesen.

Mme. Vassot-Tom, die die Pension all die Jahre leitete, eine energische Dame, empfing uns freundlich. Wir stiegen eine Treppe hinauf und ka- men in ein ziemlich großes Zimmer. In der Mitte stand ein langer Tisch mit einfachen Bänken herum. Hier lernten wir ehemalige Häftlinge ken- nen, darunter Emile Leger, den die Nazitruppen im Juni 1940 in der Champagne gefangennahmen; Loof Clément, den sie am 4. Juni 1940 in Saint Clair (Departement Seine), und Marcel Rivette, den sie am 24. Juni 1940 in den Vogesen gefangennah- men; ferner Georges Le Foul u. a. Ich trug ihnen vor, warum wir ge- kommen waren und warum die So- wjetregierung die Untersuchungs- kommission ins Leben gerufen hatte.

„In ständiger Todesgefahr mußten wir, unterernährt und ohne jemals ausruhen zu dürfen, arbeiten. Wir waren ausgemergelt, verlaust, zer- lumpt und barfüßig“, erzählte Leger. „Auf Beschwerden hieß es immer: „Für französische Hunde und Schweine ist das noch viel zu gut.“ Auf Ge- suche, an unsere Verwandten schrei- ben zu dürfen, bekamen wir die Antwort: „Wozu? Die leben bestimmt nicht mehr, und eure Frauen schlaf- en mit deutschen Soldaten.“ Im Ja- nuar 1942 schickten sie mich in das Disziplinarlager 325 nach Galizien. Da war es noch schlimmer. Viele Franzosen wurden ermordet. Bei dem Terror war der einzige Trost der Gedanke an den Tod.“

Loof Clément, der in Rawa-Russ- kaja eingesperrt war, berichtete: „Das Kriegsgefangenenlager, in dem ich am 3. September 1942 eingeli- fert wurde, nannten die englischen Häftlinge das Langsame Sterben. Da gab es einen Wasserhahn für 12 000 Personen. Er durfte nur 4—5 Stunden am Tag benutzt werden. Von den Wachen wurden wir terro- risiert. Für das geringste Verschul- den drohte uns der Tod. Wir hun- gerten. Beim Morgenappell konnten wir uns kaum auf den Beinen hal- ten. Wir bekamen am Tag 200 g Brot, morgens heißes Wasser mit Kiefern- nadeln darin, am Tag einen Liter Suppe, die oft auch nur Wasser war. Schlafen mußten wir auf dem Fuß-

boden. Es wimmelte von Flöhen und Läusen. Russische Kriegsgefangene verhungerten zu Tausenden oder starben an Typhus.“

„Wir kamen nachts in Rawa-Russ- kaja an“, berichtete Georges Le Foul. Man schlepte uns, denn die meisten von uns Kriegsgefangenen waren völlig entkräftet. Ein deut- scher Unteroffizier rief: „Willkom- men im sonnigen Land!“ An Typhus starben hier über 3000 Russen. Wir mußten sie verscharren. Manche waren noch nicht tot, sie warfen sie aber doch in die Gruben und schütteten ungelöschten Kalk über sie. Jede Woche kamen Tausende von Franzosen an, solche, die sich ge- weigert hatten, für einen Sieg Hit- lerdeutschlands zu arbeiten.“

Bevor Rivette und Leger ins KZ im Gebiet Lwow kamen, waren sie in Deutschland in ebenso einer Hölle. Leger erzählte: „1941 war ich dabei, als russische Kriegsgefangene im Stalag Neubrandenburg ankamen. Das war grauenhaft. Sie waren nur noch Haut und Knochen. Viele hat- ten auf dem Rücken Bajonettwun- den. Manche wurden von den Nazis niedergemacht, andere starben an Entkräftigung. Die Toten wurden aus- gezogen, auf eine Fuhré gestapelt und zu einem Massengrab nicht weit vom Stalag gefahren. Die Fuhré kam mit Brot und Gemüse für die Küche ins Lager zurück. Sie wies noch Blutflecke auf. Jeden Morgen gingen Offiziere in die Blöcke der Russen, „Scharfschießen üben“, wie sie laut sagten, daß es alle hören sollten. Täglich starben etwa 200 so- wjetische Soldaten. Sie wurden ermordet oder erlagen Krankheiten oder dem Hunger. Ich habe selbst ge- sehen, wie ihnen Nazis mit Stock- schlügen oder Tritten Schädelbrüche beibrachten, wobei sie sagten, die „russischen Hunde“ seien keine Ku- geln wert.“

Die schamlose Ausplünderei gan- zer Staaten, die Todeslager, in denen Millionen umkamen, die Massener- schießungen von Zivilisten, die Pei- nigung unschuldiger Kinder — das alles ist Faschismus.

Es darf nicht in Vergessenheit geraten. Die Lehren aus der Ge- schichte und Geschehnisse von heute ermahnen die Menschheit zur Wach- samkeit.

# DISKUSSION MIT DEM LESER

Die Spitzenpolitiker Ihres Landes haben wiederholt erklärt, daß für ihre außenpolitischen Schritte das Bewußtsein der Verantwortung vor den Völkern für den Frieden bestimmend sei. Das gleiche erklären auch die Spitzen der USA. Folglich wäre doch eine ruhigere Weltlage zu erwarten, als sie heute besteht.

Ray CLIFFORD  
Blackpool, Großbritannien



Es diskutiert  
NZ-Kommentator  
Leonid  
SPLENDOR

Ihre Logik hat etwas für sich, Herr Clifford. Richtig ist es auch, daß die Stärke und der Einfluß unserer beiden Länder ihnen eine besondere Verantwortung für die Wahrung des Friedens auferlegt. Doch auch alle anderen großen und kleinen Staaten können zu diesem humanen Werk beisteuern. Ein wichtiger Umstand muß aber unbedingt beachtet werden, wenn man die Äußerungen über diese Verantwortung beurteilt. Glauben darf man nur Worte von guten Vorsätzen, die durch Taten bekräftigt werden. Man sagt ja, daß mit guten Vorsätzen der Weg zur Hölle gepflastert ist.

Betrachten wir einmal von diesem Gesichtspunkt aus Fakten der Weltpolitik, die erkennen lassen, warum sich die Situation jetzt verschlechtert hat.

Ich war schon während des Wahlkampfes von 1976 in den USA und erinnere mich, wie Carter als Präsidentschaftskandidat versprach, die militärischen Aufwendungen zu kürzen. Es verging aber nur etwas mehr als ein Jahr nach Carters Amtsantritt, da beschloß eine NATO-Tagung auf Antrag der US-Regierung, die Militäretats der NATO-Staaten jedes Jahr zu erhöhen.

Weiter: Im Juni 1979 tagte ein sowjetisch-amerikanischer Gipfel und wurde der SALT-II-Vertrag unterzeichnet. Carter erklärte, er sei in einer „Friedensmission“ gekommen, um „die Gefahr eines Kernkriegs zu verringern und mit der Schaffung einer stabilen Welt vorwärtszukommen, die sich sicherer fühlen könnte“. Die US-Regierung hat aber die Ratifizierung des Vertrags auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben.

Und nun zu den jüngsten Ereignissen. Die Stationierung der auf die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder zielenden Mittelstreckenraketen und die unmenschliche Direktive Nr. 59, die einen Kernkrieg als legitime außenpolitische Maßnahme hinstellt, wird — ich bin sicher — kein denkender Mensch friedensfördernd nennen. Die unaufhaltsame Aufstockung des militärischen Potentials und die weitere Perfectionierung der Kernwaffen, z. B. laut Programm für die Einführung der strategischen MX-Raketen, verringern die Gefahr einer Katastrophe nicht, sondern erhöhen sie noch.

Gewiß werden Sie zugeben, daß die Selbstbeherrschung und Geduld der sowjetischen Spitzenpolitiker in dieser ernsten Situation hohe Anerkennung verdient. Die UdSSR tut alles, um die Menschheit nicht in einen Krieg hineinschlittern zu lassen.

Gerade unser Land und seine sozialistischen Bündnispartner haben sich sehr darum bemüht, daß die Entspannung ein realer Faktor der zwischenstaatlichen Beziehungen wird. Die Entspannung hat die KSZE ermöglicht. Ihre Schlußakte hat nicht ihresgleichen. Das darin enthaltene Programm für die friedliche Zusammenarbeit in Europa ist durchaus auch für die Beziehungen zwischen allen Völkern der Welt anwendbar. Mit vollem Recht hat Leonid Breschnew es eine Botschaft der Generation genannt, „die die Schrecken des zweiten Weltkriegs

durchgemacht hat, an diejenigen, denen das Grundrecht des Menschen — das Recht auf ein Leben in Frieden — fest garantiert werden muß“.

Auf das in Helsinki Erreichte hin schlagen wir jetzt eine gesamteuropäische Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung vor. Mehr noch, um die Verhandlungen über einen Abbau der militärischen Konfrontation in Europa vom Fleck zu bringen, hat die UdSSR von sich aus ihre Streitkräfte in Mitteleuropa abgebaut: aus der DDR 20 000 Militärs, 1000 Panzer und andere Kriegstechnik zurückgenommen.

In der Erkenntnis, wie gefährlich die Aufstockung der Kernwaffen in Europa ist, haben wir Verhandlungen über die Mittelstrecken-Atomraketen vorschlagen zugleich und in engem Zusammenhang mit der Frage der amerikanischen forward based systems. Sicher wissen Sie auch, daß in der jetzigen, 35. UNO-Vollversammlung der von der UdSSR eingebrachte Punkt „Über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr“ einstimmig als wichtig und dringend in die Tagesordnung aufgenommen worden ist. Überhaupt kann die UdSSR über 100 in der Nachkriegszeit eingebrachte konkrete Vorschläge für eine allgemeine und vollständige Abrüstung für sich verbuchen.

Und die USA? Bei dieser Frage drängt sich einem die Schlußfolgerung auf, ob das Gerede Washingtons von Verantwortung nicht bloß den aggressiven Kurs färben soll?



In Beiträgen über Lateinamerika kommen manchmal die Ausdrücke „rebellierende Kirche“ und „rebellierender Geistlicher“ vor. Was bedeuten sie?

J. SAWIZKI  
Murman, RSFSR

Der Ausdruck „rebellierender Geistlicher“ tauchte zum ersten Mal während der kubanischen Revolution auf. Einer von den Kämpfern Fidel Castros, der Jesuit Guillermo Sardiñas, war der erste für die Revolution eingenommene katholische Prälat. Er wurde offiziell zum Kaplan der Aufständischen Armee ernannt. Ein anderer bekannter Repräsentant der „rebellierenden Kirche“, Camilo Torres, war bei den Partisanen Kolumbiens.

Die „rebellierende Kirche“ will die menschliche Gesellschaft mit friedlichen Mitteln und auch mit bewaffneten Methoden umge-

stalten. Sie fordert, daß dem politischen und wirtschaftlichen Diktat der imperialistischen Länder, vor allem der USA, ein Ende bereitet wird. Aber manche „rebellierenden“ Prälaten lassen die objektiven sozialen Verhältnisse außer acht und nehmen einen sektiererischen, ultralinken Standpunkt ein.

Viele Geistliche Lateinamerikas, wo ein Drittel aller Katholiken der Welt lebt, wurden gefoltert, verfolgt und ermordet. Ein Beispiel von vielen war der Mord an Erzbischof Romero in El Salvador.

# PS

## Ob's dabei bleibt?

Nachdem Carter 1976 zum Präsidenten gewählt worden war, glaubte die britische Getränkefirma Carter, ein gutes Geschäft daraus machen zu können, daß sie Zweiliterflaschen mit einem Etikett versah, auf dem neben dem Firmennamen das Sternenbanner und der Name des neuen Getränks — „Mr. President“ — abgebildet war. Der „Guardian“ schrieb, nachdem Carters Honigmond zu Ende war und immer lauter Kritik an ihm geübt wurde, sei etwas Merkwürdiges mit dem Getränk vor sich gegangen. Eines Tages war das Sternenbanner vom Etikett verschwunden, und der Name lautete nur noch „Mr. Senator“. Die Besitzer der Firma gedenken, ihn nicht mehr zu ändern...

## So naiv!



Ein Korrespondent der irischen „Sunday World“ wollte die Ehrlichkeit der privat praktizierenden Zahnärzte nachprüfen. Er suchte sich aus dem Telefonbuch zehn Adressen heraus und ging los. Neun von den zehn Zahnärzten behaupteten, zwei oder sogar sieben seiner Zähne müßten geröntgt, plombiert usw. werden. Nur einer sagte ehrlich: „Ihre Zähne sind kerngesund.“ Nun sprach der Korrespon-

dent beim Irischen Zahnärztekongress vor und erzählte, wie es ihm ergangen war. Darauf lachte man nur: „Was haben Sie gedacht? Die Herren praktizieren doch privat!“

## Pfiffig



In Genua alarmierte der 18jährige Nachtwächter Romano Domingo die Polizei: In einem Tresor des Bürobetriebs, in dem er Nachtwache hielt, steckte ein Schlüssel. Die Polizei stellte fest, daß das ein Nachschlüssel war. Aus dem Tresor aber fehlte nichts. Hinter der ganzen Krimigeschichte steckte Domingos Angst, nachts im ganzen Haus allein zu sein. Er hatte das ganze fingiert, damit die Firma noch einen Nachtwächter einstellt.

## Es fehlt eine Kleinigkeit

Die UPI-Agentur gab aus Kairo durch, daß „das Sekretariat Ihro Majestät Farah Pahlawi, der Kaiserin des Irans“ folgendes Kommuniqué ausgegeben hat: „Kronprinz Reza Pahlawi wird verfassungsmäßig am 31. Oktober 1980 mündig. Laut Verfassung geht an diesem Tag die Herrschaft von Ihro Majestät Farah Pahlawi an

Reza Pahlawi über ... als Nachfolger seines Vaters, Mohammed Reza Schah Pahlawi, der am 27. Juli 1980 in Kairo verstarb. Unter den jetzigen Umständen findet keine öffentliche Zeremonie statt.“ Warum eigentlich keine Krönung? Eine Krone ist vorhanden, ein Thron ist leicht zu bauen, es fehlt nur eine Kleinigkeit: ein Reich.

CCCP (UdSSR). Zu Tode erschrocken, rief er nach der Polizei, zeigte ihr den runden, 3 m langen Gegenstand und wurde ohnmächtig. Im Krankenhaus wurde sein Zustand als kritisch bezeichnet. Die „sowjetische Rakete“ hatten Jungens aus der Nachbarschaft aus zwei großen Milchkannen gebastelt, denen sie Flügel angelötet und die sie mit der Aufschrift und den Sternen versehen hatten.

## Wenn das Napoleon wüßte!



## Schöne Aussichten!

Anders als in anderen Ländern wird in Frankreich nicht verlangt, daß Kapellen nicht zu laut spielen. Auch aus den vielen Diskotheken kommen abends ohrenbetäubende Töne. Jetzt hat der Oberbürgermeister von Paris angeordnet, daß 50 Diskotheken geschlossen werden, bis sie für eine bessere Schalldämpfung ihrer Wände gesorgt haben. Zu den lautesten Stellen in Paris zählt die Gegend um den Tanzpalast. Dort erreichen die Musiker eine Lautstärke bis zu 120 dB. Soviel Lärm macht nicht einmal ein Turbogenerator. Ein französischer Ohrenarzt sagt: „Wenn das so weitergeht, ist Frankreich in ein paar Jahren ein Land der Schwerhörigen.“

## Opfer einer Psychose



Ted Kramer (42) aus Fond du Lac (Wisconsin, USA) entdeckte morgens vor seinem Haus eine „Rakete“ mit fünfzackigen Sternen und der Aufschrift

Als Napoleon nach St. Helena verbannt war, schnitt man ihm, wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, vier Haare ab, die seitdem in einem Gläserchen aufbewahrt werden. Unlängst wurde in London diese „Haarpracht“ Bonapartes versteigert, jedes Haar für 65 Pfund Sterling. Für ein Paar Socken des Kaisers zahlte ein Sammler sogar 535 Pfund.

## Rekorde, Rekorde...

Diogenes soll bekanntlich in einer Tonne gewohnt haben, was aber leider nicht ins Rekordbuch Guiness‘ eingetragen worden ist. Diese Ehre ist 49 Amerikanern zuteil geworden. Der kanadischen Zeitung „Globe and Mail“ zufolge haben sie einen Weltrekord gebrochen, denn bisher hatten sich in eine Tonne gleichen Ausmaßes nur 43 Personen hineingewängt. Das Blatt brachte ein Foto der überglücklichen „Weltmeister“.

Zeichnungen:  
V. Trintschenko

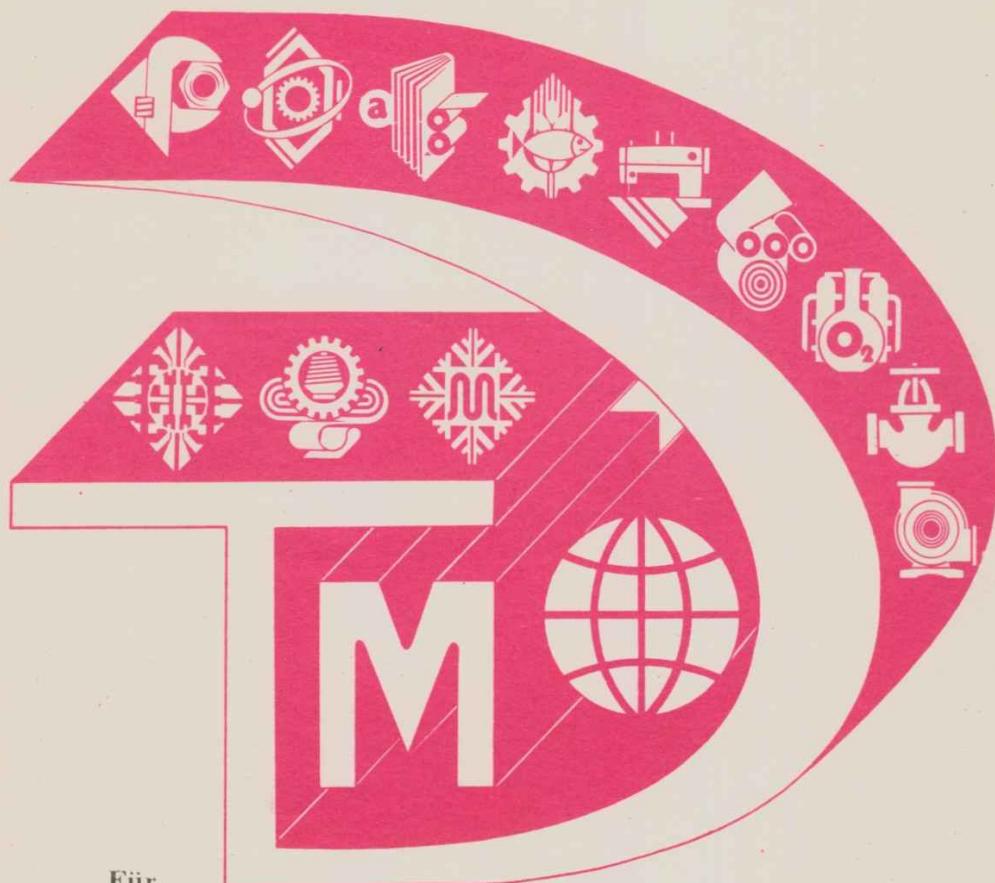
NEUE ZEIT

на немецком языке

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ

# TECHNOLOGISCHE ANLAGEN aus der UdSSR



Für

- die Textilindustrie,
- die Leichtindustrie sowie die Lederwaren- und Schuhindustrie,
- die Nahrungsmittelindustrie,
- die Chemie-, die Erdölveredlungs- sowie die Zellulose- und Papierindustrie,
- die graphische Industrie sowie die Kopierer- und Vervielfältigerindustrie,
- die elektronische Industrie,
- die Glasindustrie,
- sowie
- kryogene und Kühlanlagen,
- Kompressoren,
- Pumpen und Industriearmaturen,

**TM TECHMASHEXPORT**

UdSSR, 117330 Moskau, Mosfilmowskaja 35. Telefon: 147 15 62. Telex: 411 228 TECEX SU



## ELEKTRO-TECHNOLOGIE '80

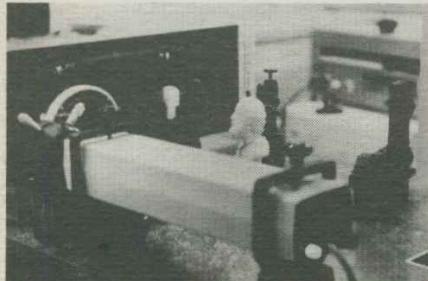
Die Ausstellung vom 15. bis zum 24. Oktober auf dem Ausstellungsgelände „Krasnaja Presnja“ in Moskau fand natürlich das größte Interesse bei den Fachleuten. Organisationen und Firmen Belgiens, Bulgariens, der BRD, der DDR,

Finnlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Polens, Schwedens, der Schweiz, der Sowjetunion, Ungarns, der USA sowie Westberlins zeigten neueste

Anlagenmuster zur Herstellung von elektrotechnischen Geräten. Bedeutung und Wirkungsprinzip der einen oder anderen Anlage ist zweifellos nicht allen verständlich. Doch die elektrotechnischen Geräte, die darauf hergestellt werden, sind seit langem ein Bestandteil unseres Alltags. Deshalb traf man hier Menschen unterschiedlichster Berufe. Der sowjetische Industriezweig stellt mehr als 80 000 unterschiedliche Ge-

räte her. Ihr Anwendungsbereich liegt in der Industrie, der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen, im Umweltschutz.

Viele Ausstellungsgegenstände bewiesen den Erfolg der guten Zusammenarbeit der RGW-Länder, der Mitglieder der internationalen Organisation „Interelektro“. Die vereinten Bemühungen der sozialistischen Länder im wissenschaftlich-technischen Bereich fördern den Leistungsanstieg in der sozialistischen Gemeinschaft insgesamt. Die Ausstel-



Der Stand der BRD-Firma Rottenkolber zeigte Holographie-Systeme



Der in der VR Polen hergestellte Industrieroboter „PRO 30“



Stark vertreten waren Erzeugnisse österreichischer Firmen



Fotos:  
A. Motschalin

Italienische Betriebe zeigen ihre Leistungen in der Elektrotechnologie



Am sowjetischen Ausstellungsstand

Dem Vertreter einer japanischen Firma wird eine Ehrenurkunde der Handels- und Industriekammer der UdSSR überreicht

lung hat ein weiteres Mal gezeigt, daß sich die wissenschaftlich-technischen sowie die Geschäftskontakte der Sowjetunion mit vielen kapitalistischen Ländern zum gegenseitigen Vorteil beider Seiten entwickeln.

Hier handelte es sich nicht nur um eine Ausstellung. An fast jedem Tag wurden im Kommerzzentrum bedeutende Kontrakte geschlossen und zwischen Vertretern der Ausstellerfirmen und der sowjetischen Außenhandelsorganisationen verhandelt. Experten aus den verschiedenen Ländern tauschten Erfahrungen aus.